

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 32 vom 13. August 1982

16. Jahrgang

1 DM

KPD-Flugblatt für die AEG-Betriebe:

Das folgende Flugblatt verbreiteten die Betriebsgruppen der KPD am Dienstagmorgen vor den Berliner AEG-Betrieben, im Laufe der Woche wurde es vor zahlreichen weiteren AEG-Betrieben im Bundesgebiet verteilt. Die Belegschaften der AEG-Werke haben erneut ihre Kampfbereitschaft zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze gezeigt, es ist an der IG Metall, dies zu organisieren. Die Forderung, daß die Banken die Krise bezahlen sollen ist der echte Ausweg gegenüber dem geplanten Ausschachten des Konzerns.

Streikt den Vergleich vom Tisch!

Gestern, am 9.8., verkündete der Aufsichtsrat des AEG-Konzerns, daß zur Abwendung eines Konkurses ein Vergleichsantrag gestellt wird. Das Konzept „AEG 83“ sei gescheitert, weil die Verhandlungen mit möglichen Partnern ergebnislos verlaufen seien und die Verluste für 1982 höher als erwartet ausfallen würden. Gleichzeitig wurde versichert, daß die AEG in einer anderen Form, wie ein „Phönix aus der Asche“ wiederaufstehen würde. Die Banken und die Bundesregierung haben dazu ihre Unterstützung zugesagt. Allerdings wäre mit 20000 Entlassungen zu rechnen und das vorwiegend im Bereich Unter-

haltungselektronik und Hausgeräte. 60000 Arbeitsplätze im Bereich Technik wären nicht gefährdet.

Warum, fragt man sich aber dann, dieser Vergleich? Einmal (das wurde ganz offen gesagt) um sich die lästigen Pensionsverpflichtungen vom Hals zu schaffen. Die werden nämlich dann vom Pensionsversicherungsverein übernommen. Fraglich ist allerdings, ob die Renten dann noch in der ursprünglichen Höhe gezahlt werden. Und zweitens bezweckt dieser Vergleich (und das wurde nicht gesagt)

das einmal begonnene Werk der Zerschlagung und des Ausverkaufs des AEG-Konzerns weiter fortzusetzen.

Ist denn dem zu glauben, daß 60000 Arbeitsplätze im Bereich Technik relativ si-

bezahlen, zumal das Krisenjahr 1982 für sie zum Rekordjahr wird. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben die drei größten Banken Rekordzuwächse zu verzeichnen.

Deutsche Bank Halbjahresbetriebsergebnis 902,3 Millionen Mark — Zuwachs gegenüber dem Vorjahr: 16,7 Prozent
Dresdner Bank Halbjahresbetriebsergebnis 392,0 Millionen Mark — Zuwachs gegenüber dem Vorjahr: 41,4 Prozent
Commerzbank Halbjahresbetriebsergebnis 203,3 Millionen Mark — Zuwachs gegenüber dem Vorjahr: 50,7 Prozent

cher seien? Sicher nicht. Die internationalen Aufkäufer warten im Augenblick nur darauf, sich wie die Aasgeier auf den noch lebendigen Leichnam AEG zu werfen, die besten Stücke herauszufled-

Kolleginnen und Kollegen, gestern legten in Ulm 1500 Kollegen die Arbeit nieder. 450 Kollegen protestierten in Frankfurt. Auch in Berlin kam es zu Arbeitsniederlegungen. Das ist die



Berliner AEG-Kollegen beim Wirtschaftssenator Pieroth.

haltungselektronik und Hausgeräte. 60000 Arbeitsplätze im Bereich Technik wären nicht gefährdet.

Warum, fragt man sich aber dann, dieser Vergleich? Einmal (das wurde ganz offen gesagt) um sich die lästigen Pensionsverpflichtungen vom Hals zu schaffen. Die werden nämlich dann vom Pensionsversicherungsverein übernommen. Fraglich ist allerdings, ob die Renten dann noch in der ursprünglichen Höhe gezahlt werden. Und zweitens bezweckt dieser Vergleich (und das wurde nicht gesagt)

dern, und den unverdaulichen Rest übrig zu lassen. Und wer kann garantieren, daß „am Stück“ verkaufte Betriebsteile vom neuen Besitzer nicht noch einmal gehörig durchgeforstet werden. Und noch eins: wird der Vergleich erst durchgeführt, ist der Vergleichsrichter der alleinige Herr über AEG, der tun und lassen kann, was er will. Dieser Vergleich muß vom Tisch!

Unsere Forderungen sind immer noch die gleichen: Der AEG-Konzern muß als Ganzes erhalten bleiben. Die Banken allein müssen die AEG-Krise

richtige Antwort, hier helfen uns keine Argumente mehr. Hier muß gehandelt werden.

Unbefristeter Streik aller AEG-Kollegen!

Und noch eins, Kollegen. Noch stehen und produzieren wir an den Maschinen. Lassen wir uns diese Werte nicht einfach wegnehmen. Halten wir den Daumen drauf, wenn es hart auf hart kommt.



Von Israelis zerbombtes Westbeirut.

Begin verschärft den Bombenterror gegen Westbeirut

Kein Interesse an „politischer Lösung“

Auch zu Beginn dieser Woche lag das westliche Beirut weiterhin im mörderischen Feuer der israelischen Geschützstellungen und im nahezu pausenlosen Bombenhangel der Kampfflugzeuge. Am vergangenen Mittwoch haben die Israelis ihren bislang schwersten Angriff seit der Belagerung der libanesischen Hauptstadt gestartet.

Dabei wurden gezielt Wohnviertel und zivile Versorgungseinrichtungen bombardiert, darunter mehrere Krankenhäuser. Allein der Terrorangriff israelischer Kampfflugzeuge auf die Klinik der amerikanischen Universität hat 55 Todesopfer gefordert; über 200 Menschen wurden dabei verwundet. Am letzten Freitag machten Begins Bomber ein mit Flüchtlingen aus dem Südlibanon belegtes achtstöckiges Wohnhaus dem Erdboden gleich — 250 Menschen fanden dabei den Tod oder wurden schwer verletzt.

Im Windschatten dieser verheerenden Angriffe versuchten die israelischen Bodentruppen, weiter gegen das Zentrum von Westbeirut vorzudringen — in der offenkundigen Absicht, die Halbstadt in ost-westlicher Richtung zu teilen. Dieser Vorstoß brachte ihnen jedoch nur wenige hundert Meter Geländegewinn ein; er scheiterte am heftigen Widerstand der PLO und

der libanesischen Milizen.

Trotz des immer maßloser werdenden Terrors der Begin und Sharon können die israelischen Aggressoren auch weiterhin auf die Unterstützung der USA bauen. Beim Besuch des

Außenministers Schamir letzte Woche in Washington wurde wieder das bekannte Spiel getrieben: Reagan gab sich öffentlich besorgt über das israelische Vorgehen, seine Mitarbeiter versorgten die Medien mit Informationen über angebliche Drohungen, die der US-Präsident gegenüber Schamir ausgesprochen hätte. In der Praxis jedoch hat die amerikanische Supermacht nicht den geringsten Schritt unternommen, um in irgendeiner Weise Druck auf Israel auszuüben. Und in der UNO blockieren die US-Vertreter nach wie vor in schöner Regelmäßigkeit alle Maßnahmen gegen das Begin-Regime, wie beispielsweise einen in der UNO geforderten internationalen Boykott von Waffenlieferungen an Tel Aviv.

Nur mit dieser amerikanischen Unterstützung im Rücken können Begin und sein Feldherr Sharon weiter auf die „militärische Lösung“ setzen — die Liquidierung der in Beirut eingeschlossenen Gruppen der PLO und der libanesischen Linken durch die systematische Zerstörung der Stadt. Auf die Ankündigung der libanesischen Unterhändler, wonach die PLO zu einem Abzug aus Beirut bereit sei, reagierten die israelischen Führer mit unerfüllbaren Forderungen. Und Sharon tönte, die PLO sei sowieso „kurz davor, zu verschwinden, so oder so.“

Zentrale Libanon-Demonstration am 21. August in Frankfurt

Zu einer bundesweiten Demonstration gegen den israelischen Vernichtungskrieg rufen fortschrittliche Organisationen, darunter auch die KPD, auf. Genauere Angaben über den Abmarschort, Uhrzeit usw. sowie der endgültige Text des Aufrufes lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor und werden im nächsten RM veröffentlicht.

Libanon-Veranstaltung der KPD

Am Tag der zentralen Demonstration führt die Frankfurter Ortsgruppe der KPD eine Veranstaltung durch, bei der auch ein Vertreter der PLO sprechen wird.

21. August, 17 Uhr

„Bürgertreff“ Frankfurt-Bornheim, Saalburgstr. 17

Was ändert der Vergleichsantrag?

AEG-Ausverkauf im Gange

Der Vergleichsantrag, den der Aufsichtsrat der AEG am Montagabend dieser Woche beschloß, wurde vom Vorstand und weiten Teilen der Presse als Mittel dargestellt, möglichst viele Arbeitsplätze zu retten. Als kleinstes der möglichen Übel sozusagen. 60000 Arbeitsplätze im Bereich Technik würden in der „neuen AEG“ allemal sicher sein, die Pläne in den Bereichen Unterhaltungselektronik und Hausgeräte würden weiter verfolgt, so wären nur 20000 Arbeitsplätze verloren, weniger gehe halt nicht.

Tatsache aber ist: wieviele Arbeitsplätze die nach wie vor geplante Übernahme von Telefunkenanteilen durch die Philips/Grundig-Gruppe kosten soll, wenn es nach deren Plänen geht, weiß bis heute niemand. Dasselbe gilt für den Bereich Hausgeräte, wo unter anderem Siemens und Bosch einen Konkurrenten verdrängen wollen.

Die Angaben Dürres zum „Rest“ des Konzerns, machten nicht nur seinem Namen Ehre: sie waren mehr als dürr. Genaueres wurde nicht gesagt. Sie ließen, bei genauer Betrachtung, alle bereits geäußerten Befürchtungen wieder aufleben. Gerüchte gab und gibt es beispielsweise über eine Kooperation mit

dem amerikanischen Rüstungsmulti United Technologies (UTC). Der wollte sich mit 49 Prozent an der zu gründenden „Telefunken Bauelemente GmbH“ beteiligen. Findet dies statt, ist mit Sicherheit auch hier eine Rationalisierungskampagne großen Ausmaßes zu erwarten, denn UTC hat genügend solcher Produktionsstätten. Einerseits heißt es, dies Projekt sei abgesagt, andererseits wird gesagt, es sei „nach menschlichem Ermessen“ nicht gefährdet.

Und so geht es weiter, Unsicherheit wird mit System verbreitet. Der Vergleichsantrag ist wahrhaftig kein Gegenmittel ge-

gen einen Ausverkauf, gegen ein Ausschachten des Konzerns. Er ist nur ein Mittel, über Pensionskosten und weiteren Bundes-Zusagen die Kosten für die kapitalistische Reorganisation des Konzerns noch weiter auf die Allgemeinheit zu übertragen. Es soll verhindert werden, daß die Banken wirklich bezahlen. Die Lösung des nebenstehend wiedergegebenen Flugblatts „Streikt den Vergleich vom Tisch“ ist deshalb der einzig gangbare Weg, die AEG-Arbeitsplätze zu verteidigen. Eben: statt den Belegschaften den Banken mit ihren Supergehilfen die Lasten zum Tragen zu geben.

AEG-Serie des „Roten Morgen“, Teil III, Seiten 4 u. 5.

Kommentar der Woche

Die Staatsschutzaktivitäten, die bei uns offiziell und gemeinhin „Verfassungsschutz“ genannt werden, sind eine undurchsichtige Angelegenheit. Verfassungsschutz ist Geheimdienst, Ausforschung, Bespitzelung, Anlage von Akten und Dateien, die nur wenigen bekannt sind.

Geheimdienst und Öffentlichkeitsarbeit vertragen sich schlecht, das bemerkte auch der Autor Stefan Aust in der Einleitung zu einem Beitrag, der von der ARD ausgestrahlt werden sollte; das sei „so etwas wie eine Abteilung ‚schwarzer Schimmel‘“. Dennoch: „Eine solche ‚Abteilung positiver Verfassungsschutz‘ gibt es im bayerischen Innenministerium und nicht nur dort.“

Wo noch, möchte man fragen, und wenn die Antwort heißen muß, in allen Innenministerien unseres Landes, dann möchte man gern genaueres wissen. Einen Einblick in das, was unter „positivem Verfassungsschutz“ zu verstehen ist, erhielten wir aber bisher nur durch das Wirken des Leiters der entsprechenden Abteilung in Bayern, Hans Langemann.

Positiver Verfassungsschutz

Um ihn ging es in Austs Film. Der Film aber verschwand unmittelbar vor dem geplanten Ausstrahlungstermin zwischen Schneider und Filmgeber beim NDR. Am nächsten Tag versicherte Langemanns Anwalt Amelung, sein Mandant käme als „Drahtzieher“ für eine Entwendung des Films nicht in Frage. Wer weiß. Am Tage der vorgesehenen Ausstrahlung hielt sich Langemann, der gegen Kautionsinzwischen auf freiem Fuß ist, mit seinem Anwalt zu einem vierstündigen Gespräch im bayerischen Innenministerium auf. Ob Tandler länger Arm bis zum NDR reicht, ob, wie es selbst für die FDP zum „konkreten Verdacht“ wurde, „im NDR als Mitarbeiter getarnte bezahlte Agenten und Spitzel am Werk“ sind oder gewesen sind — wer möchte dies verneinen?

Gerade die bayerische Staatsregierung hat intensive Erfahrungen mit „legaler“, will heißen gesetzlich abgedeckter, und illegaler geheimdienstlicher Tätigkeit. Aktiv dabei ist nicht zuletzt Landesvater Franz Josef, einmal gescheiterter und immer noch nicht abgeputzter Kandidat fürs Kanzleramt der ganzen Republik.

Der „positive Verfassungsschutz“ Marke Tandler ist nichts anderes als das Bemühen, eine bestimmte Politik durchzusetzen, besonders die öffentlichen Medien zu überwachen, zu zensieren und als Handlanger für die eigene Sache einzuspannen. „Positiver Verfassungsschutz“ ist ein Bestandteil der geheimen Maschinerie, mit der bei uns hinter dem Vorhang des Parlamentarismus Machtpolitik betrieben wird.

Solche Aktivitäten kosten Geld. Langemann stand dafür ein eigener Fonds zur Verfügung, den er nutzbringend — für die bayerische Regierung und die CSU-Politik überhaupt und für die, in deren Interesse diese Politik gemacht wird — ausschöpfte. Tandler selbst gestand ein, Langemann habe Geld an „journalistische Institutionen und Einzelpersonen“ gezahlt, um die Veröffentlichung „bestimmter Informationen überhaupt zu ermöglichen“. Bestechung nennt man so etwas normalerweise.

Die Liste der Geldempfänger habe dem Langemann-Untersuchungsausschuß vorgelegen, fügte Tandler hinzu, aber der ist ja nicht mehr tätig. Diese Empfänger sitzen offensichtlich nicht nur im Inland. Denn ein Hauptaugenmerk seiner Tätigkeit legte Langemann, wie aus einem persönlichen Vermerk dieses Herrn aus der Zeit vor der Bundestagswahl 1980 hervorgeht, auf die „internationalen publizistischen ‚Aufwertungen‘ des Herrn Ministerpräsidenten“.

Derartige Sorge um die Ausgewogenheit der Berichterstattung — vielleicht sollte man es „positive Zensur“ nennen? — wurde ergänzt durch die übliche „negative Zensur“. Die bestand in der Sammlung von Informationen und deren Weitergabe an Tandler und Kameraden über Journalisten, die sich der Kampagne „Strauß muß Kanzler werden“ und ähnlichen Vorhaben nicht anschlossen.

Der Herr Ministerpräsident, um dessen Aufwertung sich Langemann so bemühte, hatte bei dieser Angelegenheit ganz direkt seine Hände im Spiel. Schon im Untersuchungsausschuß war aufgefallen, daß Langemann Strauß brieflich um „Weisungen“ gebeten hatte, obwohl dieser gar nicht sein Dienstherr war. Wie Aust jetzt aufdeckte, hatte Strauß persönlich Langemann auch auf Frank Heigl angesetzt, der ihm — Strauß — aufgefallen war, weil er sich offensichtlich mit seiner Person beschäftigte. Pech für Strauß, daß Langemann seinem Auftrag einmal nicht gerecht wurde, sondern Heigl mit dem Material versorgte, dessen Veröffentlichung schließlich den Stein ins Rollen brachte. Ein wichtiger Teil seines hauseigenen Geheimdienstes war aufgefliegen.

Ein Sumpf an Verfilzung, Bestechung, Bespitzelung, Diebstahl, Lüge und Betrug, dessen ganze Ausmaße immer noch nicht abzusehen sind. Und doch nur ein Beispiel, wie dieser Staat wirklich funktioniert.

Dietrich Lohse

US-Kampfgasdepot bei Viernheim

Kein Giftgas im Kreis Bergstraße!

Seit Mitte der sechziger Jahre hält sich hartnäckig das Gerücht, daß in Südhessen/Nordbaden chemische Munition der US-Armee gelagert wird. Auf einer Pressekonferenz am 5.8. in Heppenheim konnte die „Aktionsgemeinschaft gegen das Giftgaslager im Viernheimer Wald“ jetzt erstmals Fotos vorlegen, die diese Vermutung beweisen.

Es handelt sich dabei um Aufnahmen, die im inneren Sicherheitsbereich des Lagers aufgenommen worden waren. Sie wurden der Aktionsgemeinschaft vor kurzem zugespielt. Bei der regionalen Presse sind diese in der Bundesrepublik bisher einmaligen Aufnahmen auf großes Interesse gestoßen. Bei den kommunalen Behörden und der Landesregierung herrscht bisher betretenes Schweigen. Aber die Zeit, in der der Landrat Kreis Bergstraße entsprechende Anfragen mit nichtssagenden Phrasen abtun konnte, scheint vorbei zu sein.

Die Geschichte des Munitionslagers bei Viernheim reicht bis in die fünfziger Jahre. Seit 1953 unterhalten die amerikanischen Streitkräfte in einem etwa dreihundert Hektar großen Gebiet bei Viernheim Munitionslager. Aber erst 1963 traten amerikanische Dienststellen an den Kreis und die Stadt Viernheim mit der Forderung nach Einrichtung von Sicherheitsbereichen heran — ein deutliches Zeichen für die geplante Einrichtung eines Giftgaslagers. Im gleichen Jahr wurde in Hanau auf dem Gelände der ehemaligen Preußischen Pulverfabrik



Die im inneren Sicherheitsbereich des Depots im Viernheimer Wald aufgenommenen Fotos beweisen eindeutig, daß dort — wie dem abgebildeten Schild zu entnehmen ist — chemische Munition der Gruppe „C“ gelagert ist.

ein chemisches Depot der US-Armee aufgelöst.

Bei Viernheim verschwand ab 1963 nach und nach ein Großteil der oberirdischen Bunker und Lagerstätten zugunsten ganz oder teilweise unterirdisch angelegter Bunker. Der vom Hauptquartier der 7. US-Armee in Heidelberg geforderte Sicherheitsbereich erstreckt sich über Teile der Stadt Viernheim. Zweigeschossige Bauweise wurde gefordert, ebenso die Verlegung der Landesstraße 3111. Diese Forderung wurde von den bundesdeutschen Behörden abgelehnt. 1967 kam es zu dem Verkauf des Geländes an den Bund.

1977 gab es Waldbrände in der Nähe der amerikanischen Einrichtungen. Nach Übergreifen des Feuers auf die südliche Seite der Straße zwischen Lorsch und Bürstadt waren hektische Aktivitäten der Amerikaner festzustellen, die mit schwerem Gerät Schneisen in den Wald schlugen.

Dann folgte 1980 eine Veröffentlichung des schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI über die Lagerung chemischer Kampfstoffe in der Bundesrepublik. 1981 berichtete die Fernsehsendung Monitor über solche Lagerstätten. Hans Günter Brauch (Sicherheitspolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand) bestätigte die Lagerung und bezog sich ebenfalls auf Friedensforschungsinstitute, Presseveröffentlichungen und ein Interview

im Hessischen Rundfunk. Die Grünen an der Bergstraße stellten in diesem Jahr eine Anfrage an verschiedene Behörden. Die Anfrage wurde überall dahingehend beantwortet, von einem Lager für chemische Kampfstoffe sei nichts bekannt. Am 9.7. 1982 kam es zur Gründung der „Aktionsgemeinschaft gegen das Giftgaslager im Viernheimer Wald“, nachdem sich schon vorher verschiedene Gruppen mit dieser Frage auseinandergesetzt hatten.

Die jetzt veröffentlichten Fotos beweisen endgültig die Lagerung von amerikanischen Kampfgasen bei Viernheim. Gleichzeitig zeigen sie, daß die zuständigen Behörden die Bevölkerung an der Bergstraße entweder bewußt und planmäßig belogen oder sich gegenüber allen Anzeichen, die auf die Existenz des Depots hinwiesen, einfach blind gestellt haben. Die Aktionsgemeinschaft ruft für den 4. September zu einer Demonstration in Heppenheim auf. In dem Aufruf zu dieser Aktion heißt es: „Wir fordern die Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden auf, wirksam dafür Sorge zu tragen, daß diese Gift- und Nervengase aus der Bundesrepublik Deutschland verschwinden und vernichtet werden. Insbesondere den Landrat des Kreises Bergstraße fordern wir zu rückhaltloser Information der Bevölkerung über Art, Umfang und Gefährlichkeit der bei Viernheim gelagerten Kampfstoffe auf.“

Chemische Kampfstoffe in der BRD

„Es gehört zu den Grundsätzen amerikanischer Heeresführung, das Vorhandensein chemischer Waffen weder zu bestätigen noch zu dementieren.“ Das erklärte im Mai letzten Jahres ein Sprecher der US-Besatztruppen gegenüber der Zeitung „Rheinpfalz“, nachdem es zu ersten Protesten gegen ein amerikanisches Depot mit Kampfgas in der Nähe von Pirmasens gekommen war.

Auf diese Art will die US-Armee die Tatsache verschleiern, daß sie längst alle Vorbereitungen dafür getroffen hat, vom Boden unseres Landes aus auch den Krieg mit chemischen Waffen gegen die sowjetische Supermacht führen zu können. Und bei dieser Taktik des Verschleierns können sich die amerikanischen Besatzer auf die volle Unterstützung des Bonner Staates verlassen. Wie im Fall Viernheim (siehe Artikel auf dieser Seite) wird die Existenz der Depots entweder bestritten oder entsprechende Proteste werden einfach ignoriert.

Diese Erfahrung mußte auch Julius Lehlbach machen, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz, der sich schon seit längerem energisch für den Abbau der Giftlager einsetzt. Die Lagerung der Kampfstoffe kennzeichnete er als „zynischen Umgang mit Gesundheit und Leben der Bevölkerung, als vorsätzlichen Verzicht auf Ausübung von Souveränitätsrechten der Bundesregierung gegenüber Amerika und als Verstoß gegen die im Grundgesetz festgelegte Friedenspflicht“ (die eine Lagerung von reinen Angriffswaffen, wie es die chemischen Kampfstoffe sind, kategorisch ausschließt).

Die Beschwerden des DGB-Funktionärs in Bonn jedoch brachten nicht das geringste Er-

gebnis. Lehlbach in einem „Taz“-Interview vom 6. August: „Aber trotz unserer Bemühungen hatten wir keinen Erfolg, da die Bundesregierung nicht bereit und willens war, die Amerikaner aufzufordern, diese Massenvernichtungsmittel Giftgas bundesdeutschen Boden verschwinden zu lassen.“

Die Bonner Regierung läßt ihrem amerikanischen „Partner“ nicht nur völlig freie Hand bei der Stationierung von chemischen Waffen in der BRD, durch die von ihr praktizierte Taktik des Verschleierns gibt es auch keine Katastrophenpläne, in denen Schutzmaßnahmen für die betroffene Bevölkerung im Falle von Unfällen bei der Lagerung und beim Transport der Gifte vorgesehen wären. In den USA selbst — wo die Existenz der chemischen Kampfstoffe nicht zum Geheimnis gemacht wird — hat der Senator Henry Jackson immerhin 4000 Lecks pro Jahr an Behältern von Kampfstoffen registriert.

Insgesamt verfügt die US-Armee heute über 150000 Tonnen chemischer Kampfstoffe, von denen etwa 4000 Tonnen in der BRD lagern. Sie sind außer im Viernheimer Wald bei Hanau, im pfälzischen Maßweiler und vor allem in der Nähe von Pirmasens stationiert. Diese Bestände reichen nach Angaben des US-Kongreßabgeordneten Zablocki dazu aus, „50 Divisionen 100 Tage lang chemischen Krieg führen zu lassen, wobei es wohl“, wie der Abgeordnete hinzufügte, „nach dieser Zeit in Europa kaum noch lebende Wesen gäbe, um die man Kämpfe führen könnte.“

Daß die amerikanische Supermacht dazu bereit ist, ihre Kriege auch mit chemischen Kampfstoffen zu führen, hat sie in Vietnam hinlänglich bewiesen. Der Massenprotest gegen

die Aggression in Indochina hatte Ende der sechziger Jahre auch zu einem Produktionsstopp für Giftgas geführt. Aber schon Carter gab wieder grünes Licht für die Entwicklung neuer Kampfgifte. Und Reagan stellte in seinem Militärhaushalt einen großen Posten für die chemische Kriegsführung bereit (in den nächsten fünf Jahren sollen insgesamt sechs Milliarden Dollar dafür ausgegeben werden).

Bei den neuen Giften, die jetzt in Massenproduktion gehen, handelt es sich vorwiegend um hochwirksame sogenannte binäre Kampfstoffe wie etwa

das VX, von dem ein Liter genügt, um theoretisch eine Million Menschen zu vergiften und eine weitere Million lebensgefährlich zu vergiften. Über den Stationierungsort der neuen C-Waffen hat das Pentagon keinen Zweifel gelassen. Sie wären „nur in Reichweite des potentiellen Schlachtfelds“ von Nutzen, heißt es beispielsweise in einem Dokument der US-Armee. Auch die Standorte für künftige neue Giftdepots auf dem „potentiellen Schlachtfeld“ sind schon ausgesucht worden; sie liegen unter anderem im Schwarzwald und im Allgäu.

Wichtig!

Kommunistische Oppositionelle in der DDR verhaftet

Informationen und Dokumente

Broschüre mit Informationen und Dokumenten über die Arbeit der Sektion DDR der KPD und ihrer politischen Verfolgung durch die DDR-Behörden. Herausgegeben und zu beziehen vom Solidaritätskomitee mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR bei: Horst-Dieter Koch, Geßlerstr. 14, 4600 Dortmund 1. Preis: 2,— DM

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



Demonstration gegen Jugendpolizei in NRW

Jugendpolizei in Regensburg

REGENSBURG. — Die Jugendpolizei ist manchem Leser des „Roten Morgens“ wohl noch durch die zahlreichen und erfolgreichen Proteste bekannt, die der Versuch ihrer Einrichtung in Nordrhein-Westfalen hervorgerufen hat. Im bayerischen Regensburg ist sie unvermindert aktiv.

Jugendpolizisten oder auch „Jugendkontaktbeamte“ — das sind jugendliche Strafverfolger, zivil gekleidet, als „normal“ getarnte Polizisten, die in Diskotheken, Jugendfreizeitanlagen und auf die Straße geschickt werden, um Jugendliche zu bespitzeln und „Straftaten“, die ihnen bekannt werden, anzuzeigen. Der Staat erhofft sich durch ihre Spitzeltätigkeit darüberhinaus auch politische Informationen.

Der Staat rechtfertigt den JuPo-Einsatz damit, daß auf diese Weise „kriminelle Karrieren frühzeitig gestoppt“ werden könnten. Das Gegenteil ist der Fall. In Regensburg beschrieb etwa Winfried Berner, Leiter eines Arbeitskreises Jugendpolizei des Stadtjugendrings, ihre Funktion mit „vorsorglicher Kriminalisierung von Jugendlichen“. Wie Gerold Tandler, CSU-Innenminister, bestätigte, ist der Jugendpolizist verpflichtet, „auch bei geringen Straftaten einzuschreiten bzw. Strafverfahren einzuleiten“. Beispiel dafür: Versuchter Kaugummidiestahl...

Die Tätigkeit der Jugendpolizei verhindert auch Ansätze fortschrittlicher Bemühungen von Sozialarbeitern. Denn in vielen Fällen ist ein Vertrauens-

verhältnis zu Jugendlichen generell weg, wenn diese einmal erlebt haben, was daraus folgt, wenn sie Vertrauen zu einem JuPo gefaßt haben. Diese Erfahrung wird oft auf die Sozialarbeiter übertragen.

Die Einführung der Jugendpolizei ist eine weitere Kampf-ansage an die Jugend, der dieses System — das wird zur Zeit besonders deutlich — die Hoffnungen auf die Zukunft raubt. Jugendarbeitslosigkeit, keine Ausbildungs- und Berufschancen — so stellt sich die Situation bereits für Hunderttausende dar. Da will der Staat die Überwachung und Einschüchterung vervollkommen, da er doch zur positiven Änderung dieser Zustände nichts zu tun gedenkt.

Die Jugendpolizei muß überall verschwinden, auch in Regensburg!

Nach den Bielefelder Waffenfunden Alle Faschisten wieder frei

BIELEFELD. — Nach den aufsehenerregenden Waffenfunden im Raum Bielefeld bei 19 Mitgliedern einer Gruppe, die zumindest unter dem führenden Einfluß militanter Neonazis stand und durch Wehrsportübungen aufgefallen war, ist inzwischen keiner der Nazis mehr in Haft. Auch der Unternehmensberater Reinhold Böttcher, ein Bekannter des Forstmeisters Lembke aus Niedersachsen, der faschistische Terrorbanden mit Waffen versorgt hatte, erhielt Haftverschonung.

Reinhold Böttcher, 43-jähriger Unternehmensberater aus Bad Salzhausen, war zunächst zusammen mit einem Andreas H., 32 Jahre, Versicherungskaufmann aus Lemgo, inhaftiert worden. Der gegen H. erlassene Haftbefehl wurde vollständig aufgehoben.

In der Presse wurde unterdessen gemeldet, daß nicht — wie es vorher geheißsen hatte — nur Böttcher Kontakte zu Lembke gehabt hat. In der „Frankfurter Rundschau“ vom 6. 8. jedenfalls wird die Staatsanwaltschaft dahingehend zitiert, daß sie „bei einigen dieser Personen“ Querverbindungen zu Lembke festgestellt habe, „die noch aus den 60er Jahren von gemeinschaftlichen Aktionen im seinerzeit verbotenen ‚Bund vaterländischer Jugend‘ herrührten“.

Das ist ein Beweis dafür, wie wenig Wirkung solche Verbote haben, die bloß rein formal ausgesprochen und vollzogen wer-

soll inzwischen auch die Bonner Regierung beschäftigen. Das äußerte der Dortmunder Oberstaatsanwalt und Leiter des Staatsschutzes Plett. Bemerkenswert, was er weiter gesagt haben soll: Die von Generalbundesanwalt Rebmann entgegen allen bekannten Tatsachen aufrechterhaltene These, Lembke sei ein Einzeltäter gewesen, gehe selbst ihm „gegen den gesunden Menschenverstand“ — „Ich vergrub doch nicht wie ein Maulwurf 88 Waffenkisten zum persönlichen Gebrauch!“

Eine bemerkenswerte Erkenntnis. Man wird sehen, ob daraus mehr folgt als eine eventuelle Streitigkeit zwischen zwei Anwälten dieses Staates. Der bisherige Fortgang der Ermittlungen brachte jedenfalls ein für die Faschisten eher positives Ergebnis: Eine Anklage wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung, so hieß es, werde es vermutlich nicht geben. Blicke lediglich der Vorwurf des Verstoßes gegen das Waffengesetz bzw. das Kriegswaffenkontrollgesetz.

Wie viele der Bielefelder Waffenbesitzer nun tatsächlich Neonazis sind, ist somit weiterhin unklar. Der bekannte Verlauf der Ermittlungen bestätigt wie alle vorher gemachten Erfahrungen, daß gegenüber den amtlichen Verlautbarungen äußerstes Mißtrauen angebracht ist. Wirkungsvolle Schritte gegen die faschistischen Terrorbanden, deren Verbindung untereinander immerhin wieder deutlich wurde, sind immer noch nicht erfolgt, bis der öffentliche Druck wesentlich stärker wird als bisher.

Ach ja, was die Verbindungen anbetrifft: Reinhold Böttcher, aktiver Faschist seit etwa 20 Jahren, verbesserte seine Schießkenntnisse durch regelmäßige Übungen im Bielefelder Polizeisportverein.



Wo der Rassismus zur offiziellen Regierungspolitik gehört

In München formiert sich der Widerstand gegen CSU-Sozialreferenten

München. — Der Rassismus, die ausländerfeindliche Hetze nach dem Strickmuster der Nazis, das ist keine Erscheinung, die nur auf das Wirken der lautstarken neofaschistischen Banden und Parteien zu reduzieren ist. Der „Rote Morgen“ hat immer wieder nachgewiesen, daß dies zur Politik des Staates, zur Politik des Kapitals gehört, die auch die Neonazis wirken lassen, weil sie deren Umtriebe für ihre Ziele nutzen können.

Kaum irgendwo wird diese Tatsache so deutlich wie in Bayern. In der dortigen Landeshauptstadt München ist ein Mann namens Hans Stütze Sozialreferent, dessen Bedeutung vielleicht dadurch deutlich wird, daß er das Familienprogramm der CSU verfaßt hat. Dieser Hans Stütze trat Anfang des Jahres mit dem Schlachtruf „In München wird gegengesteuert!“ zum Feldzug gegen die „Überfremdung“ an. In einem eigentlich für den internen CSU-Gebrauch verfaßten Aufsatz beklagt er einen angeblichen „Selbstausröschungstrend der Weißen“, eine Gefährdung aller sittlichen usw. Werte durch den Ausländerzustrom. Nicht nur sein Vokabular unterscheidet sich kaum von dem der Hitler-Faschisten, auch seine Lösungsvorschläge erinnern an die Praktiken der Nazis: Der „Lebensborn“ des Hitler-Reiches etwa kommt einem in den Sinn, wenn Stütze davon redet, man müsse deutschen Frauen eine „Berufslaufbahn ‚kinderreiche Familie‘“ eröffnen, mit „Be-

zahlung auf der Basis eines durchschnittlichen Facharbeitereinkommens“ und der Verpflichtung, vier bis sieben Kinder zu gebären — deutsche Kinder natürlich, von bodenstämmigen deutschen Vätern.

Eine Kostprobe aus Stützes Darlegungen:

„Wir würden an eine Utopie glauben und bitter enttäuscht werden, wenn die heute in München Lebenden hoffen wollten, ohne eine wieder stärker werdende Zahl von hier geborenen echten Münchnern werde München in 30 oder 50 Jahren (...) noch ‚München‘ sein, diese unverwechselbare Heimatstadt (...)“.

„Die Zahl der in München gestern, heute und morgen Geborenen ist auch mitentscheidend für die Frage, ob München in Zukunft München bleiben wird. Denn eine Stadt, die überdurchschnittlich vom Zuzug lebt und sich nur unterdurchschnittlich aus der eigenen Geburtenrate regeneriert, wird zwangsläufig verfremden und zur ‚Allerweltsstadt‘ entarten (...)“.

Zum Vergleich Ausführungen des Münchener Nazibürgermeisters Fiehler aus dem Jahre 1933:

„Wir alle sind verantwortlich dafür, daß der Wille unseres Führers gerade in München seine volle Verwirklichung findet...“

Wir wollen aus München wieder eine wahrhaft deutsche Stadt machen, in der deutsche Kunst und deutscher Geist,

deutsche Sitte und deutsche Art, deutsches Gemüt und deutscher Frohsinn wieder einen Platz haben. Wir werden einst Rechenschaft vor der Geschichte unserer Stadt und vor dem Volke abzulegen haben.“

Wie das Hitler-Reich aus der Geschichte abtrat, ist bekannt. Wann werden Stütze und seinesgleichen zur Rechenschaft gezogen?

Gegen Stütze formierte sich sofort nach Bekanntwerden seiner Darlegungen massiver öffentlicher Protest. Antifaschistische und demokratische Organisationen und Persönlichkeiten fordern den Rücktritt dieses Rassisten. Ihre Forderung: München darf nie wieder „Hauptstadt der Bewegung“ werden, was es für die NSDAP war. Dieser Protest, der sich bereits in verschiedenen Aktionen niederschlug, wird auch von der KPD mitgetragen.

In der vergangenen Woche traten die Gegner des Herrn Stütze und seiner Politik mit einer großen Anzeige an die Öffentlichkeit, die in einer München-Beilage der Illustrierten „Stern“ erschien. Bemerkenswert dabei ist, daß sich sämtliche Münchener Zeitungen geweigert hatten, diese Anzeige zu veröffentlichen.

Diese Anzeige ist namentlich getragen von weit über 200 Personen, darunter zum großen Teil Gewerkschafter und gewerkschaftliche Funktionäre. Wir geben den Text im folgenden vollständig wider.

ANZEIGE

Sofortige Entlassung des Sozialreferenten Hans Stütze!

Mit Empörung stellen wir fest, daß der Münchner Sozialreferent und CSU-Stadtrat Hans Stütze den Kampf gegen den „Selbstausröschungstrend der weißen Rasse“ zur Leitlinie der Familien- und Sozialpolitik Münchens erheben will.

Es ist nach unserer Auffassung nichts anderes als Rassismus,

— wenn Stütze vor „Problemen und Gefahren“ warnt, die durch „Überfremdung durch ethnisch und kulturell ferner stehende Zuwanderer“ drohen;

— wenn er die Förderung der deutschen Familie, der „echten Münchner“ fordert, damit „morgen überhaupt noch genug einheimische Frauen heranwachsen“, damit „noch eine Korrektur des gegenwärtigen Selbstausröschungstrends der weißen Rasse denkbar“ sei;

— wenn er den „überdurchschnittlichen Zuzug von Ortsfremden“ und die „niedrige Durchschnittsfruchtbarkeit der Münchnerinnen“ beklagt, die München „zwangsläufig verfremden und zur Allerweltsstadt entarten“ lasse;

— wenn er mit dem französischen Rassisten Chaunu den „Generationsersatz der weißen Rasse“, als der „ältesten und strahlendsten Zivilisation, die sich je in der Raumzeit verwirklicht“ habe, propagiert. Sein Vorschlag besteht darin, „eine Berufslaufbahn ‚kinderreiche Familie‘ zu erschließen durch Bezahlung auf der Basis eines durchschnittlichen Facharbeitereinkommens“. Dann kann sich das übrige Volk sogar seinen Familienplan... mit ihren dürftigen Familien von 1 und 2 Kindern gestatten.“

Er setzt diese Ansichten in die Praxis um,

— wenn er die Münchner Praxis, Sozialwohnungen nach Vermieter-vorschlag und nicht nach Bedürftigkeit zu vergeben mit den Worten verteidigt: „Wenn wir es anders machen, würden wir eine unkontrollierbare Schleuse öffnen, die sich bald bis nach Asien herumspricht“.

— wenn er die Behinderteneinrichtung „Pfennigparade“ anweist, kein „auswärtiges Klientel“ mehr aufzunehmen.

Mahnen uns nicht die ungezählten Opfer des Rassismus, ihm mit unserer ganzen Kraft entgegenzutreten und der Erfahrung zum Durchbruch zu verhelfen, daß Rassismus und Demokratie unversöhnliche Gegensätze sind?

Soll unsere Stadt noch einmal zum Ausgangspunkt für rassistischen Wahn gegen „Entartung“ und „Überfremdung“ werden?

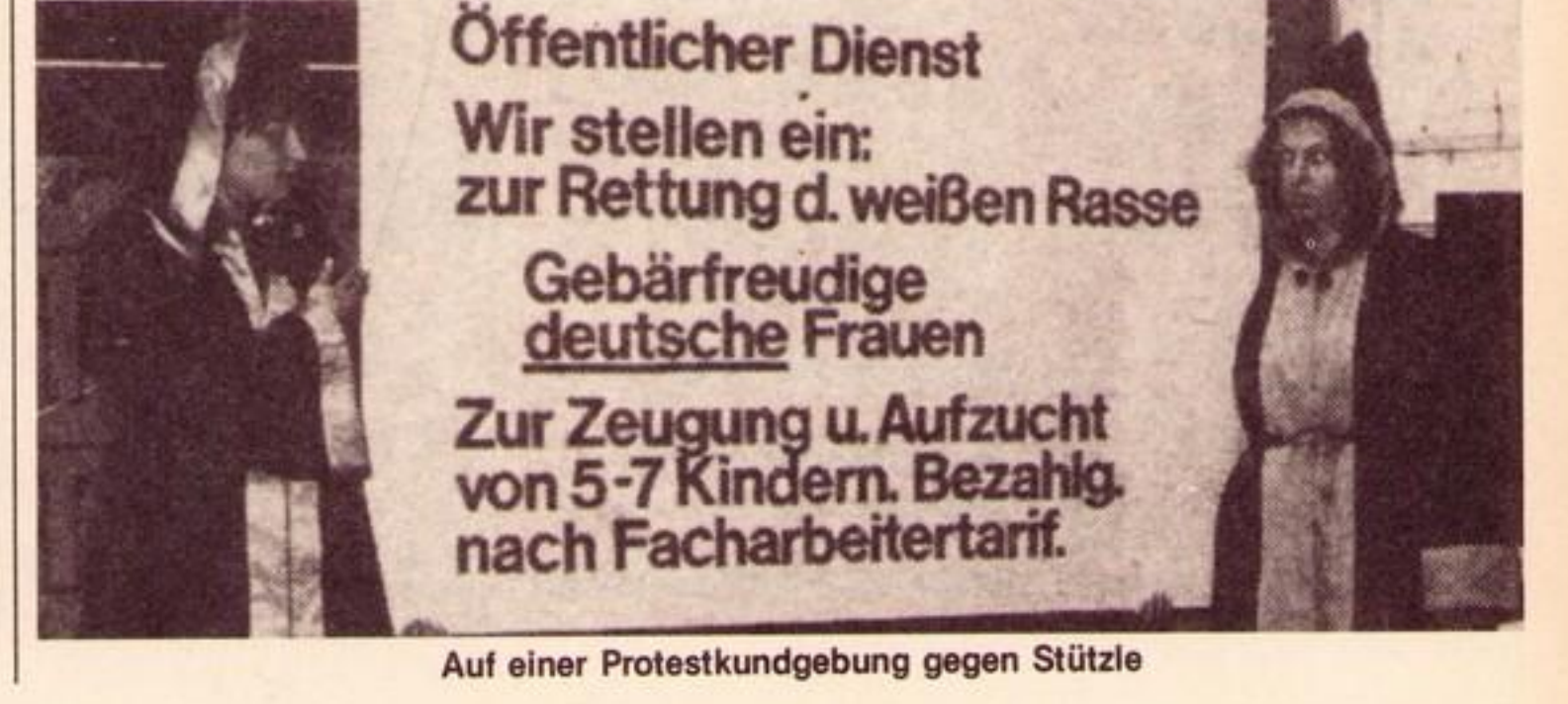
Erinnert uns nicht sein Vorschlag zur Überwindung des drohenden „unkorrigierbaren Mütterdefizits“ an Mutterkreuz und „Lebensborn“ der Nazis?

Stützes Herrenmenschenideologie, sein propagierter Fremdenhaß sind nichts Neues, sondern ein in unserer jüngsten Vergangenheit eingesetztes Mittel, abzulenken von drängenden sozialen und ökonomischen Problemen. Die Ausländer, die Fremdartigen, werden als Sündenböcke — wie einst die Juden — hingestellt.

Deshalb fordern wir:

Sofortige Entlassung des Sozialreferenten Hans Stütze!

presserechtlich verantwortlich: Roderich Lämmerhirt, Oberseestraße 3, 8000 München 82, Telefon (089) 42 44 09. Diese Anzeige wurde ausschließlich aus Spenden finanziert. Um weitere Spenden wird gebeten! Spendenkonto: Nr. 321890-808, Postcheckamt München, R. Lämmerhirt, Kennwort: Entlassung Stützes



AEG-Telefunken darf nicht sterben!



Mit neuen Hauptbüros macht AEG-Telefunken wieder Schritten. Praktisch über Nacht wird den 1200 Kolleginnen und Kollegen der Zentrale in Tübingen mitgeteilt, daß im Werk geschlossen werden soll. Bei Kupperbusch — einem der Zentren einer Tochterfirma von AEG — sollen 600 Arbeitsplätze wegfallen. Aber damit nicht genug. Der AEG-Vorstand und die Bankenvertreter gehen gleichzeitig ein Konzept auf den Tisch, das die endgültige Zerschlagung des AEG-Konzerns zum Inhalt hat.

Statt Sanierung — Ein weiterer Schritt zur Zerschlagung von AEG-Telefunken

Heinz Dürr, Vorstandsvorsitzender von AEG, bringt dieses Konzept AEG '83 als ein Konzept, welches den Konzern nicht nur absichert, sondern auf die Zukunft ausrichtet. Die neue Konzepte kamen schon vom AEG-Vorstand und den Banken und ihre Ergebnisse waren für und doch immer dasselbe: Massenentlassungen und Betriebsverlagerungen, Kürzung der Sozialleistungen wie bei den Belegschaften, und Förderung der Arbeitslosigkeit — alles einhalten. Auch dieses neue Konzept tritt nicht unumstößlich mit der Absicherung weiterer Entlassungen eine Tapferkeit. Mit dem Namen von Heinz Dürr.

Das neue „Sanierungs-konzept“ der Banken

1. Der Unternehmensbereich Unterhaltungselektronik (das sind die Telefunken-Werke mit insgesamt 6000 Beschäftigten) soll mehrheitlich, wenn nicht sogar ganz, verkauft werden. Statt damit den Kolleginnen und Kollegen dasselbe Schicksal wie Videocolor (bisher) bevor, welches auch ein ehemaliges Telefunken-Werk war!
2. Der Unternehmensbereich Hausgeräte wird in die „AEG-Konsum AG“ umgewandelt. (Insgesamt 11000 Beschäftigte!) Die Aktivitäten der Sanierung von Zentrale und der Entlassungen bei Kupperbusch, die beide zu diesem Unternehmensbereich gehören, zeigen, was die Kolleginnen und Kollegen erwarten. Schon lange bestehen auch hier Pläne mit einer anderen Firma zu kooperieren.
3. Die Unternehmensbereiche Anlagentechnik (Kommunikationstechnik, Seniorentechnik, und Olympia (12000 Beschäftigte) werden in die „AEG-Technik AG“ umgewandelt. Hierbei soll General Electric Company (England) mit AEG als Kooperationspartner einsteigen. General Electric (GEC) ist vom Produktionsprogramm und der Konzerngröße mit AEG nahezu identisch. Damit wächst auch hier die Gefahr der Schließung weiterer Werke. Es wäre nicht das erste Mal, daß ein Kooperationspartner die Schwäche des anderen ausnützt und zugunsten seiner Fertigungsstätte, insbesondere nur das technische Wissen und die Marktfähigkeit kauft, während unsere Arbeitsplätze auf der Strecke bleiben.
4. Über der „AEG-Konsum“ und der „AEG-Technik“ schließt man eine „AEG-Telefunken Finanzholding“ (ATF), die mit Hilfe von Bundes- und Länderkrediten die Aufteilung der Finanzschulden, die Ausrichtung von Staatsvergütungen und die bestehenden Betriebsrentenansprüche übernimmt soll.

„Das Konzept AEG '83 verlangt von allen Beteiligten außergewöhnliche Maßnahmen und Opfer“

Aber wie bisher werden wir es sein. Die Beschäftigten der AEG-Telefunken, die Opfer bringen sollen, während die Banken weiterhin wie bisher fröhlich ihre Gewinne aus der AEG-Masse ziehen, indem sie die Zinszahlungen kassieren. Ansonsten ist den letzten Jahren haben sie über 3 Milliarden Mark an Zinsen herausgeholt. Für ihre sogenannten „Sanierungsmaßnahmen“ bekommen sie rund 1 Milliarden Mark an Subsidien vom Staat geschenkt. 1981 sollten die weiteren Teile des Konzerns verkauft werden, um so weiterhin ihre Profite zu sichern, ohne nach dem Motto: „Wer meinet, die Kuh, solange sie Milch gibt, soll kopern.“

Zins- und Forderungsverzicht der Banken — Staatsbeteiligung nur mit einer Arbeitsplatzgarantie!

Dieses zentrale Flugblatt der RGO wurde vor über 30 AEG-Betrieben verteilt

Werden bei AEG keine Gewinne erarbeitet?

Die Misere von AEG hat natürlich bestimmte Ursachen, auf die im weiteren noch einzugehen sein wird.

Daran, daß die AEG-Belegschaften nicht genügend Mehrwert schaffen würden, liegt sie allerdings ganz und gar nicht begründet. Bei AEG werden durchaus Gewinne gemacht, hohe Gewinne, auch wenn der Konzern hoffnungslos in den roten Zahlen steckt. Nur daß diese Gewinne von den Banken in Form von Zinsen ständig aus dem Unternehmen herausgesaugt werden. Die Banken hängen dem Konzern am Hals wie eine ganze Horde Vampire an einem Opfer.

Nicht um die Existenz von AEG und die Arbeitsplätze zu erhalten, sondern damit die kapitalistischen Finanz-Vampire mehr zu sagen hatten, wurden im Rahmen der sogenannten Sanierungsmaßnahmen den Belegschaften schwere Opfer abverlangt, wurde die Ausbeutung der Arbeiter und unteren Angestellten rigoros verschärft. Einige Zahlen sollen dies belegen.

Im Jahre 1969 machte AEG mit 164000 Beschäftigten einen Umsatz von knapp 7 Milliarden Mark. 1981 war der Umsatz mit 14,8 Milliarden Mark mehr als doppelt so hoch, während gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten mit 124000 genau um 40000 gesunken war, also um ein Viertel niedriger lag als 1969. Nicht umsonst erklärte Walter Cipa, in der Zeit von 1976 bis Ende 1980 Vorstandsvorsitzender und berühmter Profitsanierer mit zynischer Offenheit, sein Motto heiße, „mit weniger Mitarbeitern mehr produzieren“.

Auch unter Cipas Nachfolger Heinz Dürr, vom ehemaligen Wirtschaftsminister und jetzigen Chef der Dresdener Bank an die Konzernspitze geholt, wurde die Ausbeutungs-schraube weiterhin rücksichtslos angezogen. Bei seinem Amtsantritt am 1.2. 1981 hatte AEG noch 154000 Beschäftigte. Der Umsatz, den AEG mit dieser Belegschaft verzeichnete, belief sich auf 14,2 Milliarden Mark. Am Ende des Geschäftsjahres 1982, also zwei Jahre

später, hatte Dürr die Belegschaft durch rücksichtslose Rationalisierung und Betriebs-schließungen um 30000 bzw. um rund ein Fünftel auf 124000 heruntergedrückt, während der Umsatz gleichzeitig um knapp 800 Millionen Mark bzw. 5 Prozent gesteigert werden konnte.

Dazu kamen noch Maßnahmen wie die Kürzung der Betriebsrenten um bis zu 60 Prozent und andere Formen des effektiven Lohnabbaus, so daß Dürr zum Beispiel allein im Jahre 1981 den Lohnanteil am Umsatz von 37,8 Prozent auf 36,8 Prozent senken konnte. Der Pro-Kopf-Umsatz erhöhte sich 1981 um 11 Prozent von 111800 auf 126400 Mark.

Im angeblichen Verlustbereich Unterhaltungselektronik (Telefunken) gab es 1981 sogar eine Steigerung des Pro-Kopf-Umsatzes um 30 Prozent auf 161000 Mark.

Trotz Krise und Absatzrückgängen bei der „weißen Ware“ (Elektro-Haushaltsgeräte) sowie der „braunen Ware“ (Unterhaltungselektronik) machte AEG auch in diesen Bereichen in Wahrheit satt Profit, ja es konnten sogar Profitsteigerungen aus den Belegschaften herausgepreßt werden. Aber: Im System des Monopolkapitalismus kann ein Kapitalist nur dann mit seinem Geschäft zufrieden sein, wenn er nicht nur Profit, sondern Maximalprofit zu verzeichnen hat. Außerdem: Was soll in den AEG-Bilanzen denn anderes erscheinen als immer nur Verluste, wie soll der Konzern nicht an Schwindsucht leiden, selbst wenn er gute Geschäfte macht, solange die Banken jeden Pfennig des Gewinns, und mehr als das, in Form von Zinsen herausziehen?

Rund 700 Millionen Mark flossen auf diesem Weg allein 1981 aus dem AEG-Konzern in die Kassen der Großbanken, also der wirklichen Eigentümer von AEG-Telefunken. Sie haben auf diese Weise in den letzten Jahren mehrere Milliarden von AEG kassiert, d.h. aus den Belegschaften an Profit herausgepreßt.

Das Pokerspiel spitzt sich zu

Folgt man den Darstellungen, wie sie in den bürgerlichen Me-

dien über die sogenannten „Rettungsaktionen“ und „Sanierungsbemühungen“ für AEG gebracht werden, so erhält man folgendes Bild: Das Bankenkonsortium mit der Dresdner, der Deutschen- und der Commerz-Bank an der Spitze, ferner Konzerne wie Siemens, Bosch, Grundig, Mannesmann, dann die Minister in Bonn und natürlich Helmut Schmidt — alle sorgen sie sich um die Existenz von AEG, alle wollen sie möglichst viele Arbeitsplätze des Konzerns erhalten, alle zerkübeln sie sich den Kopf nach einem Ausweg, alle bringen sie selbstlos große Opfer, stecken Million um Million und Milliarde um Milliarde in den kranken Riesen, nur um ihn am Leben zu halten und ihm wieder auf die Beine zu helfen.

Welch süßliche Idylle! Die Realität sieht natürlich völlig anders aus. In Wahrheit geht es all diesen Beteiligten nur um eins: Wie kann ich mein eigenes Schäfchen ins Trockene bringen? Das heißt, ganz so ist es nicht. Die Herren Schmidt, Lambsdorff und Lahnstein und Co. denken nicht ausschließlich an ihre eigenen Aktien, sondern, das ist ihr Job, in erster Linie sogar an die Aktien anderer. Nämlich an die der größten und einflussreichsten Finanzmagnaten im Lande. Täten sie das nicht, so würden sie die Mißgunst dieser Kräfte auf sich ziehen. Die Folgen wären mit Sicherheit unangenehm: Ihre Politik würde plötzlich in das Kreuzfeuer der Kritik bedeutender Repräsentanten der Öffentlichkeit geraten. Ihre Parteien müßten mit einem schlagartigen und einschneidenden Rückgang an jenen unentbehrlichen finanziellen Zuwendungen rechnen, die in den bürgerlichen Medien so taktvoll als Spenden bezeichnet werden. Und anderer, ähnlich unerwünschter Sanktionen wären da noch viele...

Der AEG-Konzern in seiner

Schon 1974 sanierungsreif

Kennzahlen des AEG-Telefunken-Konzerns von 1962 bis 1981

	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Umsatz (in Millionen Mark)	3253	3550	4001	4370	4861	5166	5432	6944	8438	9220	9858	10823	11988	12735	13466	14286	14097	14208	14395	14837
Mitarbeiter (in Tausend)	130	129	132	134	138	136	146	164	178	167	166	175	170	162	162	158	163	154	136	124
Dividende (in Millionen Mark)	52	57	65	74	74	74	78	86	93	61	66	70	0	0	0	0	0	0	0	0
Fremdkapital (in Millionen Mark)	1412	1518	1519	1727	2054	2289	2419	3131	4414	4694	5585	5565	6685	6641	7102	7292	7785	8198	7641	7688
Eigenkapital (in Millionen Mark)	611	641	738	866	890	911	1083	1246	1476	1497	1650	1655	983	1209	1590	1577	1245	1251	915	1037
Eigenkapitalquote (in % der Bilanzsumme)	29,4	28,9	31,8	32,5	29,5	27,8	30,3	27,9	24,7	23,9	22,6	22,7	12,8	15,4	18,3	17,8	13,8	13,2	10,7	11,9

Ein Konzerngigant wird zu Tode „saniert“

„Über 100 000 Arbeitsplätze in höchster Gefahr“ hieß der erste Teil unserer Serie über die Entwicklung beim Elektrokonzern AEG. Die enormen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung, die Gefährdung Hunderttausender von Arbeitsplätzen bei AEG und Zulieferern standen im Mittelpunkt dieses ersten Teils. Auswirkungen, die sich gerade bei AEG wie bei kaum einem anderen Konzern über das gesamte Bundesgebiet und Westberlin hin erstrecken. Wir berichteten darin auch kurz über den wachsenden Protest der betroffenen Belegschaften, die für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Und über die Haltung der IG Metall, die keinerlei Maßnahmen trifft, um den Widerstand der einzelnen Belegschaften zusammenzufassen und wirksamer zu machen. Forderungen wie die Einberufung zentraler AEG-IG-Metall-Vertrauensleutekonferenzen, bundesweite Funktionärsversammlungen der AEG-Gewerkschafter: All dies wurde bisher mit Ablehnung oder Mißachtung beantwortet. Die Losung der kompromißlosen Verteidigung der Arbeitsplätze mußte in dieser Lage die Orientierung des

Widerstandes sein: ohne Kompromisse mit den dunklen Plänen der Kapitalisten, ohne Rücksicht auf ihr Gejammer die Arbeitsplätze durch den Kampf erhalten. Denn: Auch bei AEG gilt, daß die überall so heftig vorgebrachten roten Zahlen nur darüber hinwegtäuschen sollen, daß ein solcher Konzern den Großbanken immer noch Hunderte von Millionen an Zinsentnahmen bringt. Unter der Überschrift „Schulden wie Sand am Meer“ waren wir im letzten Teil der ersten Folge an dieses Thema der wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns herangegangen. Die Beleuchtung dieser Hintergründe steht im Mittelpunkt unseres heutigen zweiten Teils der AEG-Serie. (Die Gründungsgeschichte der AEG und ihren Aufstieg hatten wir in einem gesonderten Begleitartikel zum ersten Teil „Die Anfänge des AEG-Konzerns und die Monopolisierung der Elektroindustrie“ bereits behandelt.) Dabei geht es auch um die verschiedenen Absichten, die die einzelnen Gruppen von Kapitalisten mit AEG haben, wie sie selbst für sich aus dieser „Pleite“ etwas erwarten und was sie tun, um es zu erhalten.

Telefunken darf nicht sterben



Die Liste der AEG-Belegschaften, die gegen Entlassungspläne demonstrierten ist lang: hier ein Bild aus 1979 in Hannover. Zusammengefaßt wurde dieser Kampf von der IG Metall bisher nicht.

jetzigen Form wirft zu wenig Profit ab, als daß seine Eigentümer, d.h. die Großbanken, von daher ein großartiges Interesse an seinem Weiterbestehen haben könnten, andererseits: Die Wirtschaftskrise verschärft sich. Die Elektroindustrie ist zunehmend von einem erbarungslosen Konkurrenzkampf der großen Monopole um die Absatzmärkte geprägt. Überkapazitäten kollidieren mit stagnierender oder gar rückläufiger Nachfrage. Das gilt in der Elektronikindustrie heute vor

allem auf dem Konsumgütersektor: Die „weiße Ware“ (Elektro-Haushaltsgeräte) und die „braune Ware“ (Unterhaltungselektronik) findet nur noch schwer willige (das heißt zahlungsfähige) Käufer.

Das Interesse, das die oben genannten kapitalistischen Kreise an der AEG haben, ist unter diesen Umständen sehr zweifelhaft. Es gleicht verzweifelt dem Interesse von Räubern, die sich gegen einen ihrer Komplizen verschworen haben. Das Verschwinden eines großen

Konzernes wie AEG bringt ihnen große Vorteile: Die Absatzmärkte werden entlastet; man kann sich die „gesunden“ Teile, d.h. die Perlen unter den Betrieben und Tochterfirmen des Konzerns herauspicken und sie für 'nen Appel und ein Ei erwerben (falls man es schafft, die rivalisierenden Bewerber aus dem Feld zu schlagen); man kann sich die teilweise erstklassige Technologie von AEG aneignen.

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

AEG ist vom Standpunkt der Profitheorie schon längst „reif“. Wenn der Konzern nun schon so lange Gegenstand von „Sanierungen“ ist, so nicht zuletzt deshalb, weil solche „Sanierungen“ eine gute Möglichkeit sind, sich aus der Staatskasse zu bedienen. So kann eine Bank, die einem angeschlagenen Großkonzern Bluttransfusionen in Form von Krediten zukommen läßt, für diese edle Tat natürlich entsprechend Steuer abschreiben. Allein dadurch haben die Großbanken den Steuersäckel in den letzten Jahren um Milliardenbeträge erleichtert. Zudem erhält man ja dann für die Kredite auch Zinsen, und zwar in Zeiten der Hochzinspolitik nicht zu knapp! Und dann: Das Risiko, daß die Kredite bei einem Zusammenbruch den Bach hinunter gehen, läßt man sich vom Staat durch entsprechende Bürgschaften abdecken. Schließlich muß die Regierung ja etwas für den Erhalt von Arbeitsplätzen tun...

Dies erhöht den Reibach dann noch zusätzlich zu den Zinsen, die man für die Kredite erhält. Sind die Großbanken — wie es bei AEG ja inzwischen der Fall ist — dann auch noch die Eigentümer des betreffenden Unternehmens, das „rote Zahlen“ schreibt (dieses eben deshalb, weil der erwirtschaftete Gewinn nicht in der Bilanz erscheint, sondern ständig in Form von Zinsen in die Kassen der Banken fließt), so profitieren sie zusätzlich noch an dem Umstand, daß die angeblichen Verluste ihnen weitere Möglichkeiten zur Steuerbefreiung bringen.

Allein in den letzten anderthalb Jahren haben die Großbanken schon mehr als eine Milliarde an Zinsen aus der AEG herausgezogen. Gerade in Zeiten der Hochzinspolitik kann es sehr lukrativ sein, sich einen kranken Konzern als Schuldner „zu halten“. Dazu kommen die erwähnten Steuerabschreibungen, deren Höhe insgesamt wohl ebenfalls in die Milliarden reicht. Und für den Fall, daß der ganze Laden plötzlich einmal zusammenkracht oder aber daß Kredite bei Rettungsaktionen in den Wind geschrieben werden müssen, bedient man sich dann ebenfalls

wieder der für Monopole stets hilfreichen Hand des Staates: Durch staatliche Bürgschaften löst sich das sogenannte unternehmerische Risiko in Wohlgefallen auf. Bekanntlich haben die Banken kürzlich gedroht, durch Sperren der Kreditlinien AEG in Konkurs gehen zu lassen, wenn der Staat nicht mindestens 1,5 Milliarden als Bürgschaft gewährt. 600 Millionen wurden daraufhin von der Bundesregierung schon einmal als „Exportbürgschaft“ herübergeschoben. Wie dann durch Sozialabbau und Steuererhöhungen die Lächer im Staatshaushalt zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gestopft werden, haben wir inzwischen ja erlebt.

Im Kapitel I des Programms unserer Partei („Der Kapitalismus und der Imperialismus als sein höchstes Stadium“) wird diese Realität in der Bundesrepublik wissenschaftlich gekennzeichnet.

Da heißt es zum Beispiel: „Die verstärkte Militarisierung, die rücksichtslose Ausplünderung der werktätigen Massen und die Plünderung der Staatskasse durch die Monopole sind weitere Grundtendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus.“

Wer pokert noch mit?

Alle Umstände in Betracht gezogen, schält sich aus dem Dickschicht von Tatsachen, Interessen und Entwicklungstendenzen heraus, daß die gegenwärtige Verschärfung der Lage des AEG-Konzerns und das heftige Pokern der verschiedenen Profitheorie sowie der zuständigen Minister in Bonn nichts anderes darstellen, als das unmittelbare Vorspiel für den endgültigen Untergang des momentan noch zweitgrößten deutschen Elektrokonzerns, eines Riesenunternehmens mit fast hundertjähriger Geschichte.

Was sich gegenwärtig abspielt, ist ein Pokern, bei dem es darum geht, welche Monopolkapitalisten, welche Gruppen des Finanzkapitals aus dem Sterben des Riesen welche Vorteile für sich ziehen können und wie die Konkursmasse verteilt wird.



Die Großbanken als Vampire: in der Tat ziehen sie die letzte Mark an Zinsgewinn aus dem AEG-Geschäft. Sie verzeichnen deshalb auch in der Krise Rekordgewinne. Zinsverzicht der

Banken — eine Forderung, wie sie von der RGO erhoben wurde, trifft das Kapital im Zentrum seiner Absichten.

Es wird gepokert um Staatsbürgschaften, es wird gepokert um die Rosinen, die es aus dem Konzern herauszupicken gibt, es wird gepokert darum, auf welchem Wege durch wen die „maroden Teile“ liquidiert werden und wer sich in welchem Maße an diesem Vorgang bereichern kann, welche Subventionen der Staat dafür gibt usw. usw.

Das kapitalistische Magazin „Wirtschaftswoche“ (WiWo) schrieb in einem Beitrag, der sich mit diesem, mehr oder weniger undurchsichtigen Treiben um die angebliche Sanierung des AEG-Konzerns befaßt:

„Die wirklichen Probleme und das Pokerspiel spitzen sich immer mehr zu. Am Ende dürfte es gerade deshalb zur Lösung des ganzen AEG-Problemmplexes durch die Auflösung des jetzigen Konglomerats in seine Bestandteile und die anschließende Teilliquidation kommen, freilich unter Inkaufnahme erheblicher Arbeitsplatzverluste.“

Im Klartext: Die Zerschlagung des AEG-Konzerns ohne Rücksicht auf die dadurch bewirkte massive Arbeitsplatzvernichtung ist so gut wie beschlossen.

Im weiteren schreibt der Autor des WiWo-Beitrages: „Der dritte und vorläufig entscheidende Schritt wird dann die Abtrennung der kranken Konzernbereiche sein (...).“

Mit einem solchen Teilausverkauf würde die Auflösung der alten AEG beginnen, einer Gesellschaft, die schon oft über ihre Verhältnisse gelebt hat.

Interessant auch folgende Bemerkung des WiWo-Autors: „Die Gewerkschaften sind sich über den Ausgang im klaren — daher ihre verzweifelte Hilfesuche in den vergangenen Wochen. Doch Schreien nützt nichts mehr.“

Um Hilfe zu schreien, nützt nichts mehr! Das haben die Gewerkschaftsführer und das hat zum Beispiel AEG-Gesamtbetriebsratsvorsitzender Hans Rubke inzwischen auch erkannt. Sie ziehen daraus jedoch nicht etwa die Konsequenz, daß dann eben mit der Faust des Klassenkampfes dazwischengeschlagen werden muß, sondern sind bereits heftig dabei, von bisher lautstark vertretenen Parolen und Forderungen herunterzukommen, wie: „Konzept AEG '83 — ohne uns“, „Erhaltung des Gesamtkonzerns“, „Eine Zerschlagung des Konzerns in einen Profitbereich ‚Technik‘ und einen stark bedrohten Verlustbereich ‚Konsum‘ kommt nicht in Frage“ (vgl. IGM-Flugblatt „metall-Nachrichten für die Beschäftigten der AEG 2“ vom 30.6.82).

Bevor sich die AEG-Belegschaften dessen bewußt werden, daß die Taktik der Gewerkschaftsführung, die Taktik von Protestaktionen als einer Form des Um-Hilfe-Schreiens absolut gar nichts mehr bringt, bevor die Protestbewegung der Arbeiter und kleinen Angestellten sich bei AEG-Telefunken eskaliert zu klassenkämpferischer Gegenwehr, bevor es zu ernsthaften Kampfschritten gegen den Ausverkauf des Konzerns und für die Verteidigung aller Arbeitsplätze kommt, bevor sich diese Dynamik entwickeln kann, muß die Bewegung abgewiegt werden. Wozu haben die Monopolkapitalisten schließlich ihre „Sozialpartner“ vom

Schlage eines Loderer oder Rubke im Gewerkschaftsapparat?

Die verlorene Aufholjagd

AEG-Telefunken steht am Rande des Abgrunds. Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik befindet sich ein Großkonzern dieses Kalibers in einer derartigen Lage, ein Konzern dessen Beschäftigtenzahl über der Hunderttausender-Grenze liegt und dessen Jahresumsatz die 10-Milliarden-Marke unter sich gelassen hat. Wie konnte es dazu kommen? Wie konnte ein solches Riesenunternehmen faktisch pleite gehen? Bisher galt derartiges in einem wirtschaftlich so starken Staat, wie die Bundesrepublik es ist, als ausgeschlossen. Der Zusammenbruch eines Konzerngiganten von so großer gesamtwirtschaftlicher und politischer Bedeutung schien undenkbar.

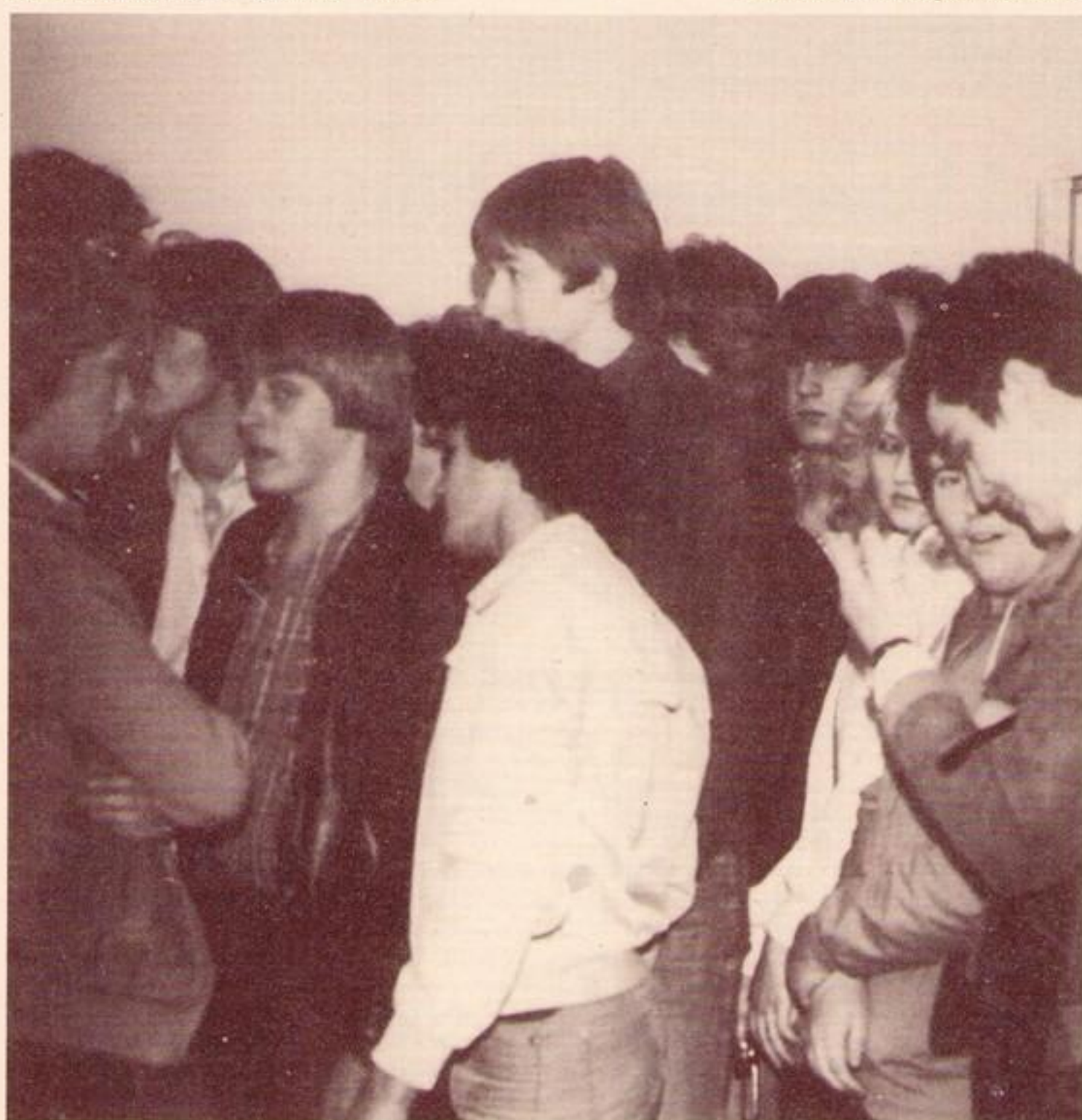
Der allgemeine Hintergrund des Bankrotts von AEG, ohne den dieser nicht zu erklären wäre, bildet zweifellos die Verschärfung der kapitalistischen Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik wie auch in der gesamten westlich-kapitalistischen Welt. Der heftige Kriseneinbruch von 1974 mit seinem drastischen Rückgang des Wirtschaftswachstums, seiner Flutwelle von Firmenpleiten, der eine Phase der akuten Verschärfung der Krise eingeleitet hat, wirkte sich auch einschneidend auf die Lage des AEG-Konzerns aus. Aber bereits vorher schon hatte die erste in der Bundesrepublik deutlich hervorgebrochene Krise von 1966/67 dem Elektrokonzern einen Schlag versetzt, von dem er sich nie wieder ganz erholt hat. Zugabe: Andere Großkonzerne, etwa die deutschen Hauptkonkurrenten von AEG, nämlich Siemens und Bosch, haben die Krisenentwicklung bisher scheinbar unbeschadet überstanden. Dies besagt aber nur, daß eben AEG der bundesdeutsche Konzern ist, der auf der Grundlage dessen, daß sich die verschiedenen Monopole und finanzkapitalistischen Gruppen in ungleichzeitiger Weise entwickelten, als erster in den Krisenstrudel hineingerissen wurde. Dafür gibt es natürlich ganz bestimmte Bedingungen, auch in der Konzernstruktur von AEG selbst. Von diesen Bedin-

gungen werden wir später noch sprechen. AEG wird aber nicht der einzige derartige Fall in der Bundesrepublik bleiben. Betrachten wir im folgenden jedoch einmal, wie sich die wirtschaftliche Krisenentwicklung der letzten anderthalb bis zwei Jahrzehnte auf die Geschäftslage des AEG-Konzerns ausgewirkt hat.

Im Jahre 1965 lag die Eigenkapitalquote (= Eigenkapital, gemessen an der Bilanzsumme), die bei AEG von jeher sehr niedrig war, bei 32,5 Prozent. Dies war eine Rekordhöhe für AEG. 1967, dem zweiten Jahr der ersten akuten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik, war die Quote auf 27,8 Prozent, ihren bis dahin niedrigsten Stand gesunken.

Der Kriseneinbruch von 1974 traf AEG dann schon weit drastischer: Betrug die Eigenkapitalquote 1973 noch 22,7 Prozent, so sackte sie 1974 sprunghaft auf 12,8 Prozent ab. Der Niedergang drückt sich auch aus im Verhältnis Fremdkapital zu Eigenkapital, das die Finanzschwäche und die Verschuldung eines Unternehmens anzeigt. 1965 sah dieses Verhältnis bei AEG folgendermaßen aus: Eigenkapital, 0,86 Milliarden Mark; Fremdkapital 1,7 Milliarden Mark. 1974 hatte sich das Verhältnis bereits drastisch verschlechtert: Eigenkapital 0,98 Milliarden Mark; Fremdkapital 6,68 Milliarden Mark. Im Jahre 1980, als eine erneute Verschärfung der Wirtschaftskrise einsetzte, sank die Eigenkapitalquote bei AEG auf ihren bislang absoluten Tiefpunkt von 10,7 Prozent.

Die Tatsache, daß AEG im Gegensatz zur momentanen Verfassung anderer vergleichbarer Großkonzerne heute so krisenanfällig wie ein mittelständisches Unternehmen ist, zeigt sich darin, daß sich die Lage des total verschuldeten Konzerns gerade jetzt zugespitzt hat, wo das Barometer der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik unaufhaltsam weiter fällt. Auch daß AEG mit der zweitstärksten Großbank der Bundesrepublik, der Dresdner Bank, liiert ist, kann den Riesenkonzern nicht mehr gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abschotten. Daran läßt sich messen, wie sehr sich die kapitalistische Krise auch hierzulande bereits zuspitzen beginnt.



Lehrlinge von AEG-Kanis in Essen mußten sich damals vom Gericht das Todesurteil über ihre „Zukunft“ bei AEG anhören

Unternehmer fordern weiterhin Karenztage

Krankmeldungen gehen zurück, Arbeitsbelastung wächst

BONN. — Verschiedene Abgeordnete der FDP, allen voran Herman Solms, Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft wirtschaftlicher Mittelstand“, haben sich erneut zum Sprecher der Unternehmerforderung nach einer Wiedereinführung von Karenztagen bei Krankheit gemacht. Herr Solms hatte dabei die laue Unverschämtheit, das als Mittel zur Abschaffung der „blauen Montage“ zu nennen, die der ach so geplagten deutschen Wirtschaft so viel Verluste beifügen würden.

Leute wie Solms haben es natürlich noch nie nötig gehabt, sich krank zu melden, weder Montags noch sonstwann. Wenn die Herren unapfänglich sind, ist eben wieder mal das Bonner Parlament leer — es sei denn, es geht um Pfründe, dann karrrt mal alle an. Aber wenn die ganzen Rechtsanwälte großer Firmen, Unternehmerlobbyisten und sonstige hochbezahlte Arbeitslose der Bonner FDP Front gegen kranke Arbeiter machen, dann tun sie dies ja nicht aus dem Grund, daß sie persönlich etwas gegen die hätten. Sondern weil ihnen Arbeitgebern, den Unternehmerverbänden, die Regierungspolitik wieder mal zu wenig weit geht, weil gerade bei der Lohnfortzahlung die SPD im Wort steht, daß daran nicht getastet werde.

Tatsache ist jedenfalls, daß die Krankmeldungen im letzten Jahr, 1981, bereits deutlich gesunken waren und daß sie in den ersten fünf Monaten dieses Jahres, im Vergleich zum selben Zeitraum im letzten Jahr, abermals um fast 1 Prozent gesunken sind. Eine niedrige Zahl? Das sind Zehntausende von

Menschen, die sich nicht krankmelden, weil sie mit Entlassung bedroht werden oder sich bedroht sehen.

Und das keinesfalls, weil man sich nicht mehr traut, blau zu machen. Zur selben Zeit, als die Krankenkassen das weitere Absinken des Krankenstandes vermeldeten, gab die Bundesanstalt für Arbeit die Ergebnisse einer Untersuchung über die Arbeitsbedingungen bekannt, die allen Parolen von einer „Humanisierung des Arbeitslebens“ ins Gesicht schlagen.

Fast jeder dritte arbeitende Bundesbürger, 6,4 Millionen Menschen, muß unter Bedingungen arbeiten, die einfach zu laut sind: Lärm am Arbeitsplatz, das ist noch immer die verbreitetste Form unmenschlicher Arbeitsbedingungen. Aber noch andere Verhältnisse werden deutlich: Über vier Millionen Deutschen müssen vorwiegend in gebückter Haltung arbeiten. 3,8 Millionen haben regelmäßig schwere Lasten zu tragen und 3,1 Millionen arbeiten in ständiger Schicht. Nicht zu reden von solchen „Nebensächlichkeiten“ wie daß 5,2 Millio-

nen über Nässe, Kälte, Hitze und Zugluft klagen und 4 Millionen ständig in Rauch, Staub und Gasdämpfen arbeiten. Gehörschäden, nervöse Krankheiten, Rückenleiden und Infektionen gehören dann auch zu den Spitzenreitern unter den Krankheitsursachen in westdeutschen Betrieben.

Nachdem Kanzler Schmidt schon seinen 5,2 Millionen „Untertanen“, die über die klimatischen Bedingungen an ihrem Arbeitsplatz klagen, kundgetan hat, er halte es für einen Irrsinn, wenn die Krankenversicherung Mittel für Schnupfen bezahle, nachdem Kuren dermaßen zusammengestrichen werden, daß Massenentlassungen in den Bädern die angeblichen Einsparungen wieder auffressen (außer, daß der Unternehmer nichts mehr zubezahlen muß), nachdem immer weniger sich krankmelden, weil sie einfach Angst um ihren Arbeitsplatz haben, nach all dem also will man von Unternehmenseite noch einen draufsetzen. „Arbeiten oder verschwinden — notfalls auch ins Grab — soll ein Arbeiter“, so schrieben es vor hundert Jahren Agitatoren der damals noch jungen Arbeiterbewegung — hat sich da heute so viel geändert? Sieht man nicht gerade heute, wo mit der Wirtschaftskrise die Tünche wegfällt, wieder diese uralte kapitalistische Forderung ans Tageslicht kommen?

„Mitbestimmung“ bei MWM (Leserbericht aus Mannheim)

Am 14. Juli stand es im „Mannheimer Morgen“: Dr. Helmut J. Kinz scheidet mit sofortiger Wirkung aus dem Vorstand der Motorenwerke Mannheim (MWM) aus. Im Anschluß an die Aufsichtsratssitzung der MWM wurde folgendes mitgeteilt:

„Der Aufsichtsrat hat dem Antrag von Dr. Helmut J. Kinz auf Entbindung von seine Pflichten als Vorstand stattgegeben...“ Was war passiert?

Vor zweieinhalb Jahren kam Dr. Kinz nach Mannheim zu MWM. Ziemlich schnell kam es zu Auseinandersetzungen mit der Belegschaft.

Er war dafür verantwortlich, daß an den Maschinen öfter die Stopper auftauchten, jahrelang praktizierte Freiheiten der Kollegen auf einmal verboten wurden — beispielsweise

Um über 100 000 gestiegen:

Arbeitslosigkeit wächst weiter

Von Sommer keine Spur auf dem Arbeitsmarkt: 1,757 Millionen Menschen im Juli ohne Arbeit — so viele gab es nur im allerersten Jahr dieser Unternehmerrepublik, im Juli 1950. Mitten im Sommer also erreicht die Zahl der Arbeitslosen schon wieder die vom Winter, das ist ein eindeutiges Zeichen dafür, daß die krisenhafte Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus sich weiter verstärkt.



AEG Kanis Essen: Geisterbetriebe werden immer mehr.

Aber es ist nicht nur diese Zahl — alle Tatsachen, die da zum Juliende aus Nürnberg gemeldet wurden, zeigen dies.

So die Langzeitarbeitslosen: 27 Prozent aller Leistungsempfänger beziehen heute bereits Arbeitslosenhilfe, sind also über ein Jahr ohne Arbeit. Das sind Hunderttausende von Men-

schen, die nicht nur die magere Arbeitslosenhilfe beziehen, sondern die auch schon diese ganze Zeit am Rande der Gesellschaft leben müssen. Auch die Tatsache, daß jetzt 130 000 mehr Männer als Frauen arbeitslos sind, zeigt die Vertiefung! „Reserve zurück an den Herd!“, diese Spielart der kapitalistischen Beschäftigungspolitik reicht heuer nicht mehr aus, um die Überproduktionsprobleme des Kapitals zu lösen: im Vorjahr waren noch 140 000 mehr Frauen arbeitslos gewesen als Männer.

Jugendliche ohne Arbeit werden von der Statistik der Bundesanstalt jetzt fast 169 000 erfaßt (Anhalt bis 20 Jahre) — die vielen, die noch nie Arbeit hatten, bleiben dabei außen vor. Mit 7,9 Prozent Arbeitslosen liegt die Jugend unter 20 aber selbst bei dieser beschönigten Statistik noch über dem allgemeinen Durchschnitt von jetzt 7,2 Prozent. Fast 230 000 ausländische Kollegen — 11 Prozent der ausländischen werktätigen Bevölkerung sind arbeitslos

gemeldet. Über 113 000 Schwerbehinderte sind unter dieser wachsenden Arbeitslosenarmee.

Über 3000mal wurde die Unterstützungszahlung aufgrund der neuen Zumutbarkeitsklausel gestrichen — damit wächst die Zahl derjenigen an, die überhaupt kein Geld aus Nürnberg bekommen, die heute schon bei weitem über einer halben Million liegt.

Niedersachsen mit 9,2 Prozent und Nordrhein-Westfalen mit 8,6 Prozent der Erwerbstätigen ohne Arbeit stehen im Vergleich der Bundesländer an der traurigen „Spitze“. Von den Großstädten ist Dortmund mit 12,1 Prozent Arbeitslosen am stärksten betroffen.

Die ersten Reaktionen auf die neuesten Zahlen kamen prompt: aus dem Lager der Unternehmer. Ihre Erkenntnis: noch mehr „Zurückhaltung“ bei den Lohnverhandlungen sei gefordert. Die Senkung des realen Lohns in diesem Jahr reicht ihnen nicht: nur wenn sie genügend Profit machen können — der Maßstab bleibt dabei selbstverständlich in ihrer Hand — seien sie dazu bereit, neue Arbeitsstellen einzustellen. Sekundierte am Tag darauf die CDU über ihre Mittelstandsvereinigung: es dürfe nichts unternommen werden, um bei der Arbeiterschaft neue Forderungen aufkommen zu lassen, wer jetzt von 35-Stunden-Woche rede, mache sich am „Niedergang der Wirtschaft“ schuldig.

Der Kurs dieser Leute ist klar: Je tiefer die Krise, desto schwerer sollen die Belastungen für die arbeitenden Menschen ausfallen, weil man ja den Reichen des Landes keinerlei Belastungen aufhalsen darf. Die Wahrheit aber sieht anders aus: Nur dann, wenn die Millionäre und Milliardäre zur Kasse werden und werden, gezahlt werden, etwas abzugeben, nur dann läßt sich diese Wirtschaftskrise für die Werktätigen mindestens abschwächen. Nur die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, deren Kosten, also den vollen Lohnausgleich und die Neubeschäftigung eben den Profitjägern aufgelastet werden muß, ein Mittel, mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Eine „seltsame“ Anhäufung

„Handelsblatt“ —

Zeitung der Gewerkschaftsvorsitzenden?

Es ist schon eine seltsame Anhäufung von Gewerkschaftsvorsitzenden, die sich da innerhalb kurzer Zeit in der noch weitgehend kapitalistischen und leitenden Angestellten reservierten Wirtschaftszeitung über bestimmte Themen auslassen. Zuerst Döding von der NGG, einst Wunschkandidat für den DGB-Vorsitz im Hause Springer, dann Sperner von der IG Bau, Keller von der Textilarbeitergewerkschaft und schließlich, der darf da nicht fehlen, Karl Hauenschild, IG Chemie. Fehlt eigentlich so richtig nur Adolf Schmidt von der IG Bergbau, aber vielleicht kommt es ja noch. Jedenfalls: es ist ein regelrechter Aufmarsch derjenigen Vorsitzenden aus Einzelgewerkschaften, die für ihren besonders engen Bonner Draht und für ihr besonders großes Verständnis für den allgemeinen Standpunkt doch schon einigermaßen bekannt sind.

Sie äußern sich denn auch nicht zu irgendetwas, sondern eben vor allem zu den beiden Themen, die im Augenblick innerhalb der Gewerkschaften immer intensiver diskutiert werden: die Wirtschaftskrise im allgemeinen mit ihrer Folge Arbeitslosigkeit und der Politik des Sozialabbaus, wie sie aus Bonn verkündet wird.

Was wiederum heißt: 35-Stunden-Woche oder nicht, Widerstand leisten oder für Rationalisierungen plädieren. So stehen dabei im konkreten die Alternativen. Dementsprechend fahren diese Leute auch ganze Breitseiten gegen die Forderung nach 35-Stunden-Woche und gegen jede Widerstandsbekundung gegen Bonn auf.

Döding und Hauenschild bekommen zwar das Visier nicht

hoch, aber ihre ständig vorgebrachten Alternativen gegen die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich sollen hier von Beginn an eine geschlossene Front verhindern. Metallurgen und Drucker sollen genauso alleine gelassen werden, wie es — in anderer Größenordnung — vor kurzem den englischen Lokführern geschah, die ihren Streik wegen mangelnder Unterstützung — bzw. regelrechten Drohungen — aus dem Gewerkschaftsbund nicht fortsetzen konnten, verloren, und so die Bresche der Unternehmer schlagen lassen mußten.

Keller und Sperner wiederum bieten ihre Patente zur Lösung der Krise überhaupt an, die, mit vielen radikalen Gebärden garniert, darin besteht, von Graf Lambsdorff Steuergelder für „ihre“ Branche zu fordern. Von Sperner war ja eh bekannt, daß er für die Beseitigung des Mieterschutzes war, weil dann mehr gebaut würde, weil es sich dann eben wieder mehr lohnen würde. Und da er eben absolut um keinen Preis an die Konzerne, Banken, Baulöwen und Spekulanten ran will, muß er sich eben Mieter, Hausbesitzer und sonstige wirtschaftsfeindliche Elemente als Gegner aussuchen. Für Keller von Textil gilt das gleiche, nur: Sein Feind heißt Singapur. Klar: Für solche Meinungen von Gewerkschaftsführern hat man in Kapitalistenzeitungen immer Platz. Und natürlich nicht nur in solchen Spezialblättern wie im „Handelsblatt“, aber dort dann eben ausführlicher, genauer, und immer öfter, bezeichnenderweise als Sprungbrett, um bestimmte Dinge in die Debatte zu werfen.

Kurzarbeit bei Mannesmann-Hüttenwerken

Im „Röhrenkicker“, der Betriebszeitung der KPD bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg-Huckingen, nehmen die Genossen der KPD Stellung zu der von der Geschäftsleitung vom 7. August bis 3. oder 7. September verordneten Kurzarbeit. Daß es dabei Unterschiede zu früheren Perioden der Kurzarbeit gibt, wie in dem Artikel der Betriebszeitung zu lesen ist, zeigt, daß die Krisenangriffe der Kapitalisten immer heftiger werden.

Zur Kurzarbeit!

Seit Wochen ist es eigentlich für jeden klar: In diesem Jahr gibt es Kurzarbeit. Und so wurde es auch vom Betriebsrat für das letzte Quartal ins Gespräch gebracht. Doch letzten Donnerstag brachten die Spitzenleute des Betriebsrats ganz überraschend Kurzarbeit schon für den August an. Vom 7. August bis zum 3. oder 7. September soll das wohl sein.

Nun mag mancher Kollege denken: Na schön, dann mache ich mir eben einen schönen Zusatzurlaub — jetzt im Sommer. Doch halt, stopp, Kollegen! Wie es aussieht,

soll im Gegensatz zu allen bisherigen Kurzarbeitsperioden kein Ausgleich für den Lohnausfall gezahlt werden!!! Und nur die 68 Prozent vom Arbeitsamt haben bei einem Reallohnabbau von rund 6 Prozent wegen des niedrigen Lohnabschlusses und dem Sozialabbau, der auch immerhin schon 5 Prozent ausmacht, ganz schön rein. Selbst im günstigsten Fall, wenn nur sieben Frühlingschichten für jede Schicht wegfallen, entstünde ein Lohnverzicht um die 200 Mark und mehr!!! Schon bei den Vorgesprächen für die zum Glück nicht stattgefundenen Kurzarbeit wegen des Hafenarbeiterstreiks in Rotterdam hatte die Geschäftsleitung lediglich ei-



ne Vorschubzahlung für die entstehenden Verluste angeboten, die in mehreren Monatsraten hätte zurückgezahlt werden müssen. Der Lohnverlust hätte uns aber voll getroffen. So soll es diesmal wohl auch sein.

Die Geschäftsleitung will mit allen Mitteln durch die Kurzarbeit den Profit steigern. Nicht umsonst wurden in letzter Zeit die Kollegen auf Teufel komm raus in Überhangsurlaub geschickt (wobei z.T. mit Unterbelegschaft voll produziert wurde), denn der hätte erst mal nach dem neuen Arbeitsförderungs-gesetz bei Kurzarbeit von den Kollegen genommen werden müssen, so daß Mannesmann viel mehr Lohnzahlungen wäh-

rend der Kurzarbeit hätte leisten müssen. Entsprechend wäre der Gewinnsteigerungseffekt durch die Kurzarbeit kleiner gewesen. Kollegen! Wir brauchen:

Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!

Das insbesondere, da Ende des Jahres sicher noch der Blockstillstand folgt. Und wenn wir jetzt keinen Lohnausgleich kriegen, wird das Ende des Jahres nicht anders sein. Und dann summieren sich die Verluste aber reichlich.

Spruch der Woche:

„Ich will dieses System nicht retten“

Franz Steinkühler, IG-Metall-Bezirksleiter in einem Gespräch mit dem Magazin „Wirtschaftswoche“. — Dann laß es doch einfach sein, Franz!

+++ Leserbriefes +++ Leserbriefes +++ Leserbriefes +++

Amtshilfe an Terrortruppe?
Gespräch mit einem „Heimgesuchten“

Morgens früh um sechs oder: Der lange Arm des britischen Imperialismus

Das folgende kurze Gespräch mit Frank Gallagher wurde von zwei Genossen der KPD Frankfurt für den „Roten Morgen“ geführt. Das Anti-H-Block-Komitee aus Frankfurt, für das auch Frank Gallagher arbeitet, gab zur Polizei-Aktion gegen ihn eine Presseerklärung heraus, die wir nebenstehend ebenfalls wiedergeben.

Frank Gallagher, gebürtiger Nordire mit Paß der Republik Irland lebt in Frankfurt. Am Morgen des 28. Juli 1982 war es außergewöhnlich laut im Haus, Fußgetrappel, Treppengepolter, laute Stimmen. Wir fragten ihn, was los war:

Frank: Am Morgen um 6.00 Uhr stürmten neun bewaffnete Polizisten ins Haus, zwei davon mit MP's und klingelten an meiner Wohnungstür: „Polizei, sofort öffnen!“. Nachdem ich aufgemacht hatte, stürmten sie in die Wohnung und verteilten sich sofort in die Zimmer, weckten dabei natürlich meine Frau und mein Kind. Ich mußte die Hände hochnehmen und wurde auf Waffen untersucht.

RM: Hatten sie einen Durchsuchungsbefehl?
Frank: Ja. Der war allerdings schon vom 8.6. 1982.

RM: Also fast zwei Monate alt. Und die Begründung?

Frank: Ich soll an einem Bombenanschlag in Herford auf die britische Armee (Rheinarmee) am 28.11. 1981 teilgenommen haben.

RM: Hast du aber nicht?

Frank: Nein, natürlich nicht. Ich denke, daß das auch nur ein Vorwand war. Denn als die Polizisten vom BKA in die Wohnung kamen, wurde ich von einem in reinem Irisch begrüßt: „Hallo, wie geht's Dir? Wir kennen uns ja.“ Ich war perplex: „Wer sind Sie? Was wollen Sie? Verlassen Sie sofort meine Wohnung!“

RM: Warum?

Frank: Er war ein Special-Branch-Mann, ein Angehöriger der Royal Ulster Constabulary, kurz RUC genannt. Die politische Polizei Nordirlands.

RM: Was sind das für Leute?

Frank: Sie werden von den Briten in Nordirland als lokale Bürgerkriegstruppe eingesetzt, sind schwer bewaffnet mit Panzern und MG's. Es ist eine Kolonialpolizei in bester englischer Tradition. Hier zeige ich dir ein Foto, auf dem festgehalten wird, wie ein RUC-Mann in Uniform einen Molotow-Cocktail in ein katholisches Wohnhaus wirft. Diese Leute hassen uns!

RM: Und mit so etwas arbeitet das BKA zusammen?

Frank: Wie man sieht. Als ich den RUC-Mann Alan Simpson rauswerfen wollte, hat sich der anwesende Staatsanwalt, er war aus Rheinland-Pfalz, schützend vor ihn gestellt und die Verantwortung für seine Anwesenheit in meiner Wohnung übernommen. Wichtig in dem Zusammenhang ist auch noch: Der Europäische Gerichtshof hat die RUC bereits wegen Folter verurteilt. Amnesty international hat ihnen auch Folterungen

nachgewiesen. Und selbst der amerikanische Kongreß hat unter der Carter-Regierung einen Waffenlieferungsstopp an die britische Regierung angeordnet, wenn sie diese Waffen an die RUC weitergibt. Denn die RUC wird in diesem Entschluß des US-Kongresses lediglich als eine der bewaffneten Gruppen bezeichnet, die im irischen Konflikt sind, keinesfalls als Polizei oder Truppe.

RM: Und solche Leute können mit der tatkräftigen Hilfe des BKA rechnen?

Frank: Ja. Am gründlichsten hat der RUC-Mann meine Wohnung durchsucht. Die BKA-Leute waren eher zurückhaltend. Sie haben dann alles mitgenommen, was irgendwie mit meiner politischen Arbeit zusammenhängen könnte. Und mich natürlich.

RM: Was haben sie mit dir gemacht?

Frank: Sie haben mich erkennungsdienstlich behandelt, dann konnte ich wieder nach Hause gehen.

RM: Frank, worin besteht deine politische Arbeit hier in der BRD?

Frank: Ich bin Mitglied, des Anti-H-Block-Komitees Armagh. Wir informieren die Öffentlichkeit über die



Britische freiwillige Berufssoldaten werden für den Einsatz gegen das irische Volk gedreht. Die in NRW stationierte Rhein-Armee ist Hauptausbildungsort, bezahlt wird das ganze aus bundesdeutschen Steuern

**Anti-H-Block-Armagh-Komitee
Frankfurt a.M.**

Presserklärung

Am 28. Juli wurde die Wohnung des irischen Mitglieds des Anti-H-Block-Komitees Frankfurt, Frank Gallagher, von der Polizei durchsucht. Diese Durchsuchung weist mehrere Besonderheiten auf:

1. An der Durchsuchung nahm ein Herr Alan Simpson teil, der englischsprachige Korrespondenzen durchwühlte. Herr Simpson ist Mitglied der Royal Ulster Constabulary (RUC), Special Branch. Das ist die Polizei der Briten in Nordirland. Herr Gallagher seinerseits ist Staatsbürger der Republik Irland und hat mit der britischen Besatzerspolizei des Nordens nichts zu schaffen.

Es ist bekannt, daß die Polizeibehörden der BRD sowohl mit dem Geheimdienst des Schahs SAVAK wie auch mit dem Geheimdienst Israels so enge Beziehungen unterhielten bzw. -halten, daß Angehörige dieser Organisationen in der BRD Polizei-, d. h. Durchsuchungs- und Verhörtätigkeiten nachgehen können. Trotzdem das ungesetzlich ist, ermöglichen die westdeutschen Polizeibehörden diese Tätigkeit jetzt auch für die RUC. Die RUC wird von der Mehrheit der irischen und der Gesamtheit der nordirischen Bevölkerung nicht als Polizeitruppe anerkannt. Der US-Kon-

greß schloß sich dieser Auffassung an, als er der RUC Waffenlieferungen mit der Begründung verweigerte, sie sei kämpfende Partei in einem Bürgerkrieg und keine Polizeitruppe. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hielt fest, daß die RUC foltert, ebenso amnesty international. Die englische „Sunday Times“ enthüllte, daß die RUC die Bombenlegertätigkeit des britischen Geheimdienstes SAS, die zu Toden unter der Zivilbevölkerung führte, abdeckte.

Was hat ein Angehöriger dieser Gangstergruppe in westdeutschen Wohnungen verloren?

Wie kommt die westdeutsche Polizei und Staatsanwaltschaft dazu, einem solchen Kerl trotz des Protestes der Wohnungsinhaber die Teilnahme an der Durchsuchung zu ermöglichen?

2. Nicht nur in Frankfurt, sondern auch in Bochum, bei Herrn Bernhard K., fand eine Hausdurchsuchung statt, an der ein RUC-Angehöriger tätig teilnahm. Beide Herren stehen angeblich unter Verdacht, an einem Sprengstoffanschlag gegen eine britische Kaserne in der BRD teilgenommen zu haben.

Die dünne „Grundlage“ für diesen Verdacht enthielt der — vor zwei Monaten bereits ausgestellte

— Durchsuchungsbefehl: ein „Informant des BKA“. Tatsächlich legte keiner der beiden Herren eine Bombe oder hatte irgendetwas damit zu tun, daß eine solche gelegt wurde. Beide haben vielmehr aktiv die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze irische Volk vertreten und sich öffentlich gegen die Besetzung und Plünderung von Nordirland durch die britische Regierung gewandt.

Beide haben ebenfalls öffentlich gegen die Terrorpolitik der angeblichen Polizeitruppe RUC Stellung bezogen, die Gefangene sieben Tage ohne Angabe des Festhaltungsgrundes und ohne jeden Kontakt mit der Außenwelt — ohne Anwalt, ohne Angehörige, ohne Pflicht zur Benachrichtigung — festhalten darf. Es ist in Irland öffentlich bekannt, daß Zehntausende (in den letzten zwölf Jahren 80000) diese Prozedur im britisch besetzten Norden über sich ergehen lassen mußten. Allein im letzten Jahre kamen zwei Menschen nicht mehr lebend aus den Kellern der RUC.

3. Der „Verdacht“ gegen beide Herren ist so „schwerwiegend“, daß zwar das BKA die Durchsuchung durchführen ließ, aber es nicht einmal für nötig befand, eine Vernehmung durchzuführen oder durchführen zu lassen. Ein Delikt, das nicht unter fünf Jahren Haft Strafdrohung steht, ist keine weiterführende Maßnahme wert. Das, obwohl die westdeutsche Polizei für einen eher schnellen Zugriff bekannt ist. Das läßt den Schluß zu, daß das schäbige Geschäft, das hier betrieben worden

Liebe Redaktion!

Die Einrichtung der Leserbriefseite finde ich gut — so bin ich angeregt worden, auch ein paar Zeilen zu schreiben.

Zum Nahost-Problem: Unter meinen Kollegen im Krankenhaus finden angeregte Diskussionen statt. Der „Rote Morgen“ gab zwar die richtige Richtung an und behandelte auch einzelne Aspekte. Was mir zur besseren Diskussion fehlt, ist, noch mehr Hintergrundmaterial zu bekommen. Einmal wäre es wichtig, noch mehr zum Zionismus (Entstehung und Entwicklung) und mehr dokumentarisches Material zu veröffentlichen.

Zwei Anmerkungen

Wer hat zum Beispiel die Parole „Juden ins Meer“ herausgegeben? Kommt sie vielleicht von den Zionisten selbst? Was ist die PLO?

Interessantes Material fand ich im Palästina-Bulletin (Herausgeber Informationsstelle Palästina in Bonn, verantwortlicher Redakteur Abdallah Frangi). Was gibt es zum Beispiel an interessanten Broschüren oder Büchern? Könnt ihr vielleicht auch Fernsehdiskussionen der letzten Zeit etwas auswerten? Was, wo fehlen euch selbst Informationen und Material?

Zweiter Punkt ist nicht direkt der „Rote Morgen“, aber es gab zum Li-

banon-Konflikt auch ein Extrablatt der Zentrale.

Der Inhalt ist recht ordentlich. Aber der Stil! Müßen wirklich so viele Wörter wie Mord, Terror, Blut, Gemetzel (und so weiter) vorkommen? Das Flugblatt trieft vor Blut. Nein, Genossen. So können wir Kollegen nicht ansprechen. Eine Kollegin vergleicht manchmal den Stil mit der Springer-Presse. Ich meine, auch ohne diese Worte sollten wir gerade bei so einem Thema durch einen sachlichen, aber klar parteilichen Standpunkt überzeugen. Überlegt es euch einmal. Lest das Flugblatt nochmal durch.

Bis auf weiteres
Euer E., Westberlin

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

**200 000 DM Spenden für die
KPD bis zum Jahresende!**

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.

Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

...

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60.-

☐ halbjährlich
DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum:

Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD, Weilinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

PRESSE-
FEST

17 18 19 20 21 22 23 24

ROTER
MORGEN

AUS DEM PRO

Diskussionsrunden

• Der israelische Ausrottungsfeldzug gegen das palästinensische Volk und die Friedensbewegung. Wie können wir den gerechten Kampf der PLO unterstützen? Welche Rolle spielt das bundesdeutsche Finanzkapital und sein Staat in diesem Krieg? Welche Lehren muß die Friedensbewegung in unserem Lande daraus ziehen? Eingeladen wurden Vertreter der PLO und des Palästinensischen Arbeitervereins, sowie Vertreter verschiedener Strömungen in der Friedensbewegung.

• Wie weiter im Kampf gegen Sozialabbau? Auf dem Podium: Vertreter der KPD, Sprecher

verschiedener Initiativen gegen Sozialabbau und Rotstiftpolitik, Betriebsräte aus Großbetrieben. Stellungnahmen und offene Diskussion.

• Der Kampf um Gleichberechtigung und Befreiung der Frau. Zugewonnen auf den Kampf im Betrieb. Mit Vertretern der KPD und verschiedenen anderen Gruppen und Initiativen. Auch hier wie in beiden anderen Gruppen offene Diskussion.

Markt der
MöglichkeitenManifestation
gegen
Ausländer-
feindlichkeit

Kinderfest

Mit einem Kinderfest wird das Programm am Vormittag des 25.9. eröffnet. Für Kinderbetreuung ist während beider Tage gesorgt. Ein Grund mehr, sich nicht von dem Besuch des Pressefestes abhalten zu lassen!

Wir laden alle fortschrittlichen und demokratischen Organisationen und Initiativen ein, auf einem gesonderten Platz — dem „Markt der Möglichkeiten“ — an einem eigenen Stand und in der von ihnen selbst gewünschten Art und Weise ihre Arbeit darzustellen und für ihre Ziele zu werben. Mit vielen haben wir bereits in gemeinsamen Aktionen gestanden, und das wird mehr und nicht weniger vonnöten sein.

Unterschiedliche Auffassungen in den verschiedensten Punkten sind ein Anlaß zur Diskussion, zur Auseinandersetzung, kein Hindernis für gemeinsames Handeln. Dieser Erkenntnis entspringt unser Angebot. Wir hoffen, daß viele Gruppen davon Gebrauch machen.

Die Ausländerfeindlichkeit ein Nährboden des Faschismus. Angeheizt wird sie durch Gruppen verschiedener Art, von der NPD bis zu Bombenlegern der Wehrsportgruppen usw. Aber nicht von denen. Ausländerfeindlichkeit ist Bestandteil staatlicher Politik. Widerstand tut not. KPD hat verschiedene Initiativen eingeladen, an einer Manifestation gegen Ausländerfeindlichkeit mitzuwirken. Zu gleichberechtigter Teilnahme selbstverständlich; dies ist keine KPD-Veranstaltung. Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit ist unser Motto.

Zu dieser Manifestation gehört auch ein Kulturprogramm.

Seit 15 Jahren, trotz aller Schwierigkeiten und Verfolgungen, erscheint der „Rote Morgen“. Zunächst als Organ der Marxisten-Leninisten in der KPD, die den Verrat der Führer an den Interessen der Arbeiterklasse, am Kommunismus nicht mitmachen und die Mitglieder zum Widerstand aufrufen. Heute als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands. Immer und unbestechlich als Stimme der proletarischen Revolution, der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung. Das ist für uns ein Grund zu feiern. Dazu laden wir euch ein. Zu unserem Pressefest am 25. und 26. September in Dortmund-Lütgendortmund, Marienbornplatz. Für Anfragen steht euch jederzeit der Festausschuß zur Verfügung: Redaktion RM, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691.



Die KPD st

...nicht nur mit einer Rede. Das aber auch, nämlich am Sonnabend im Rahmen der großen Veranstaltung unter dem Motto „15 Jahre ‚Roter Morgen‘“. Dabei geht es nicht allein um

einen Rückblick auf 15 Jahre Zeitungsmachen und Kampf den Aufbau der Partei, der mancherlei Schwierigkeiten Rückschlägen begleitet war, dem Verfolgungen erfolgr



Wir stimmten alle gegen die Entlassungen. Ich hatte eine flammende Rede gehalten. War gar nicht nötig. Auch der Personalchef war keine Spur überrascht, als ihm das Ergebnis gesagt wurde. Er kennt sich im Betriebsrat bestens aus. Auch diejenigen, die ihn informieren, hatten gegen die Entlassungen der 150 Türken gestimmt.

Diese Leute waren die eigentliche Trumpfkarte der Direktoren.

Ich wußte es schon, als ich in der Betriebsratssitzung sprach. Sie hingen an meinen Lippen. Sie nickten, und einer klopfte auf die Tischplatte, als ich fertig war.

Danach ging ich erst mal durch die Hallen. In der Neuwerkskantine fragten mich meine früheren Kollegen, was Scheiße am Stiel sei.

Ich wußte es nicht. Sie meinten, ein Türke mit Holzbein und fanden das sehr lustig.

Da dachte ich, man hätte für die Entlassungen stimmen sollen.

Bruno kam hinter mir her, mein bester Freund aus früheren Jahren. Was ich denn hätte.

Ich sagte: „Ihr seid bescheuert mit euren Türkenwitzen. Wißt ihr nicht, worum es geht?“

Er: „Schon. Aber das hat mit den Witzen nichts zu tun. Früher gab's die Ostfriesenwitze, hat sich kein Mensch drüber aufgeregt.“ Wir stritten uns eine Weile, dann sagte er: „Ich komme nicht dagegen an. Wir sind mit sechs Kranführern, darunter ein Türke. Die Deutschen außer mir haben sich abgesprochen. Sie legen ihren Urlaub so, daß der Türke nicht mit Familie nach Hause fahren

niemand mit der Abfindung bis zur Rente auskommt.“

Dafür waren die Abfindungen auch nicht gedacht.

Aber mehr Türken als vorher wurden wegen Verfehlungen zum Personalchef geschickt.

Niemand braucht mit dem Personalchef allein zu reden. Man kann einen Betriebsrat hinzuziehen. Die türkischen Kollegen nehmen meistens einen türkischen Betriebsrat. Aber oft auch noch einen deutschen. Genauer: der türkische Betriebsrat holt einen bestimmten deutschen Betriebsrat hinzu.

Der Personalchef ist ein eleganter, freundlicher Mann in

So war das, und ich trank ziemlich viel Weinbrand in meinem Büro und ging früh nach Hause.

Dann rief Bruno mich an und sagte, ihrem Türken wollten sie an den Kragen.

„Dann werden seine Kollegen sich ja freuen.“

„Nein.“

Bruno hatte es hingebogen, daß Enis doch noch den Urlaub kriegte, den er brauchte. Als er vier Tage weg war, hieß es plötzlich, er habe unberechtigt Urlaub angemeldet. Der sei gar nicht angemeldet.

„Kann sein, daß der Meister das wirklich vergessen hat, aber es hat ihm jedenfalls nicht gepaßt, daß wir uns mit Enis geeinigt haben“, sagte Bruno.

Also bekam Enis einen Brief nach Hause, Vorladung ins Personalbüro, morgen. Ein Glück, daß er noch nicht abgefahren war.

„Ich will mitgehen“, sagte Bruno, „geht das?“

„Ja.“

„Ich habe eine Erklärung, daß Wolfgang und Enis ihren Urlaub getauscht haben, daß das dem Meister mitgeteilt wurde und er zugestimmt hat. Das ist von uns deutschen Kranführern unterschrieben. Wir waren nämlich alle dabei. Reicht das?“

„Ja“, sagte ich.

150 Türken

kann. Was habe ich dagegen angequatscht! Die redeten nicht mehr mit mir. Ein Türkenfreund war ich für die.“

Ich dachte, ich hätte dafür stimmen sollen. Aufstehen und sagen: „Im Sinne unserer Wähler spreche ich mich für die Entlassung der 150 Türken aus.“

Die Direktion bot Abfindungen an. Wer kündigt, kriegt ein paar tausend Mark. Aber kaum jemand kündigte, weil kaum jemand Aussicht auf eine neue, bessere Stelle hat, und weil

den besten Jahren. Er spricht sehr vorsichtig und leise, nur manchmal wird er zornig und seine Stimme schneidend. Am nettesten ist er, wenn eine Unterschrift unter einen Auflösungsvertrag gesetzt wird. Das ist meist, nachdem die Betriebsräte dem Kollegen bestätigt haben, daß er nur die Wahl hat zwischen einer Kündigung ohne Abfindung und dem Auflösungsvertrag mit Abfindung. Sämtliche Papiere hat der Personalchef immer schon auf dem Schreibtisch liegen, die Lohnsteuerkarte des Kollegen ganz oben auf.

Zwei Tage —

Zwei Tage Pressefest, zwei Tage volles Programm — die will man doch beide mitnehmen, wenn's irgendwie geht. Stellt sich die Frage: Wo verbringt man die Nacht dazwischen? Besonders für Besucher aus größeren Entfernungen. Wir bieten Übernachtungsmöglichkeiten an; für erprobte Camper auf einem Luftmatratzenlager, für andere und besonders für die reifere Jugend in Privart Quartieren im Raum Dortmund. Weil auch dies geplant sein will, bitten wir um möglichst frühzeitige Mitteilung. Wer die Möglichkeit hat, der nutze private Kontakte. Wer aber noch einen Schlafplatz benötigt — das gilt auch für die Genossen der KPD — der möge bitte den hier abgedruckten Abschnitt ausfüllen und an den Festausschuß (Redaktion RM, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30) einsenden.

Ich/Wir brauche(n)

Name

Anschrift

Bitte nicht auf Luftm

GRAMM



ellt sich vor

gemeistert wurden und bei dem wir insgesamt ein ordentliches Stück vorangekommen sind. Die KPD wird Stellung nehmen zu den aktuellen, brennenden Problemen des Klassenkamp-

fes. Es spricht: Genosse Ernst Aust, Begründer des „Roten Morgen“ und Vorsitzender der KPD.

Es stellen sich auch die Landesverbände der KPD vor, mit Beispielen aus ihrer Arbeit, über Gespräche mit Genossen aus allen Bereichen des Lebens, besonders natürlich aus den Betrieben. Vertrauensleute und Betriebsräte stehen Rede und Antwort an den Ständen der Landesverbände. Damit das Ganze nicht zu trocken wird, gibt es überall etwas Besonderes zu trinken — Spezialitäten aus allen deutschen Ländern sozusagen. Das gleiche gilt für's Essen. Damit jeder in jeder Hinsicht auf seine Kosten kommt.

In den Landesverbänden sind derweil die Planer und Architekten am Werk, um die Gestaltung der ihnen zur Verfügung stehenden Flächen auf dem Festplatz festzulegen. Wie unser Foto, das die ersten Vorstellungen von Genossen aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern zeigt, beweist, sind sie dabei zum Teil schon recht weit. Wir wünschen allen Genossen viel Spaß und viele Ideen.

und eine Nacht

☐ Schlafplatz/plätze

zen ☐ Luftmatratze geht auch ☐

Musikveranstaltung der KJD Laßt euch nicht BRDigen

STEINREICH

Rocktheater
NACHTSCHICHT

Steinreich

sind wir alle nicht. Steinreich sind auch nicht die Musiker, die in der Musiknacht des KJD am 25. September auftreten. Aber „Steinreich“ — so heißt das Programm der Truppe, die von sich selbst sagt: „Nichts ist uns mehr verhaßt als das ausgewogene bürgerliche Theater!“ Ihr

Name: **Nachtschicht** Rock-Theater aus Dortmund. Mit Ausschnitten aus „Steinreich“ bei uns zu erleben!

NACHTSCHICHT
ROCK-THEATER

Elbe 1

— Das ist kein Leuchtturm, kein Butterschiff auf Abwegen und kein Kutter mit giftigem Elbaal. **Elbe 1** ist Politrock aus Hamburg. Mit Liedern aus dem Alltag — aber was für welchen! Kommt und hört's euch an!

Blues

Aus dem Ruhrgebiet und doch „echt“. Dafür sorgt die **Kotten-Blues-Band** Ebenfalls auf der Musikveranstaltung der KJD.

Wir lassen uns nicht einmachen. Wir lassen uns nicht BRDigen. Bei uns ist was los. Also: Nichts wie hin!



Und zum
Ausklang:

Schmetterlinge

So ein Fest darf doch nicht müde ausplätschern. Und das wird es auch nicht, unser Wort darauf. Denn den Schlußpunkt setzen die

Schmetterlinge. Zum Abschluß ihres Deutschland-Gastspiels mit Auftritten beim DGB kommt die Musiktruppe aus Österreich zur KPD auf's Pressefest. Mit einem Querschnitt aus ihrem Programm. Wir laden euch dazu ein!

PRESSEFEST

15 Jahre „Roter Morgen“

In den letzten Wochen haben viele Menschen, die bisher Israel als den kleinen verfolgten Judenstaat betrachteten, der sich in einem Meer von Feinden behaupten muß, umgedacht. Angesichts des blutigen Gemetzels, das die israelischen Truppen im Libanon veranstalteten, mußten sogar in der bisher so stramm proisraelisch eingestellten westdeutschen Presse ein paar andere Töne genehmigt werden. Diese Entwicklung war ein Ausdruck des weltweit stattfindenden Meinungsumschwungs — gerade innerhalb der NATO-Länder, deren Regierungen in der Regel treue Stützen für Begin und Co. sind, war dies zu bemerken. Man versuchte deshalb, neue Propagandainhalte zu finden, um diesen Meinungsumschwung aufzuhalten. Die „kritische Haltung“ der USA gegenüber der Invasion des Libanon war eine dieser neu aufgetauchten Behauptungen. Die Libanesen als „Geisel“ der PLO die zweite. Beide wurden in den letzten Tagen durch die Realität widerlegt.

USA verhindern Maßnahmen gegen Israel

Die USA haben im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durch ihr Veto verhindert, daß es zu Boykottmaßnahmen gegen Israel kam. Sie haben sich vor der Weltöffentlichkeit geweiht, ihre täglichen Waffenlieferungen nach Israel einzustellen. Sie haben damit gezeigt, daß sie — jenseits allen Theaterdonners — den israelischen Überfallkrieg auf den Nachbarstaat Libanon rückhaltlos unterstützen.

Die Reagan-Regierung, daran sollte man gerade heute erinnern, hat ja nicht nur die Waffenlieferungen an Israel gegenüber früheren US-Regierungen weiter verstärkt — allein im ersten Halbjahr 1982 bezog Israel zu Sonderbedingungen Waffen im Wert von fast 2 Milliarden Dollar aus den USA. Zu Sonderbedingungen heißt hier, ohne Zinsen. Diese Regierung war es auch, die als erste Regierung der USA, als demonstrativen politischen Akt sozusagen, einen offiziellen Militärvertrag über Waffenlieferungen mit Tel Aviv abschloß. Was andere geheim betrieben hatten, sie unterstrichen es noch vor der Welt: jawohl, sollte das heißen, wir unterstützen Israel voll und ganz. Und die sogenannte Kritik oder Unzufriedenheit in den USA-Ämtern, sie sollte lediglich in einem kritischen Zeitpunkt über diese Haltung hinwegtäuschen. Die US-Entscheidung im Sicherheitsrat hat es jedoch wieder unterstrichen: ohne die US-

Waffen kein israelischer Krieg. Wenn Reagan und Co. tatsächlich gegen die Begin'schen Kriegsverbrechen gewesen wären, hätte es lediglich ihrer Zustimmung zu einer solchen UN-Entscheidung bedurft, weiter nichts. Und gerade das haben sie nicht getan, gerade eine solche Entscheidung haben sie verhindert.

Sie sind damit, nach der Bundesrepublik, der zweite Staat, der durch seine Haltung die Bemühung vieler anderer um eine Beendigung des Konflikts torpediert. Die Bundesregierung hatte vor kurzem dieselbe Haltung bei einer Resolution über das weitere Vorgehen der EG-Staaten an den Tag gelegt: Sie hatte alle Maßnahmen, die über Protest auf Papier hinausgehen sollten (etwa einen vorgeschlagenen Stopp der Finanzhilfe) verhindert.

Was schließlich die Schutzbehauptung betrifft, die PLO halte Libanesen sozusagen als Geiseln fest, eine Behauptung, die die Schuld am Tode Tausender von libanesischen Zivilisten vom Mörder dieser Menschen ablenken soll: auch sie wurde im Verlauf des Krieges und gerade in den letzten Tagen widerlegt.

Zum einen: Keiner, der über die grüne Grenze in den Osten Beiruts und ins Landesinnere wollte, wurde von der PLO daran gehindert, warum auch. Würde die PLO wirklich eine solch makabre Politik verfolgen, warum ließe sie dann so viele Menschen flüchten? Zum

zweiten: Immer wieder zeigen einzelne Fälle bei israelischen Angriffen, daß ganze Häuser, die ausschließlich von Libanesen bewohnt waren und sind, bombardiert wurden, daß nur Libanesen unter den Opfern von Begin's Bombenteppichen waren. Verschanzt man sich so hinter einer Bevölkerung? Wie sollte das denn überhaupt gehen? Hinter jedem Libanesen ein PLO-Kämpfer, der sein Leben bedroht oder was?

Nein, diese Lügenpropaganda versucht von einem der wichtigsten politischen Punkte der Lage im Libanon abzulenken: daß es ein echtes politisches und militärisches Bündnis zwischen der PLO und den politischen Organisationen der fortschrittlichen Libanesen und deren bewaffneten Verbänden gibt.

Denn die progressiven libanesischen Organisationen haben ihrerseits ja nicht nur ebenfalls bewaffnete Einheiten, sondern man hat auch ein gemeinsames Kommando. Mit einer solchen Struktur ließen sich — selbst wenn das jemand wollte — gar keine Teile der Bevölkerung als Geisel nehmen.

Wenn man überhaupt von Geiselnahme sprechen will, dann sollte man eher jene als Geiselnahme bezeichnen, die einen Nachbarstaat überfallen. Die dessen Hauptstadt mit der Ausradierung bedrohen. Das alles, um ihre Forderung einer „Neuordnung im Libanon“ mit dem Gernegroß Gemayel an der Spitze durchzusetzen.

Leere Versprechungen und neue Todesurteile in Südafrika

Mit großem Getöse war über längere Zeit hinweg eine Propagandakampagne zur sogenannten Verfassungsreform in Südafrika gemacht worden. Jetzt, da das Ergebnis vorliegt, wird es deutlich: Es wird sich nichts ändern im Rassistenstaat. Die schwarze Bevölkerung bleibt auch nach dieser Reform genau so rechtlos wie vorher. Fast exemplarisch ist es da zu nennen, daß zur selben Zeit, da die Reform verkündet wurde, erneut Todesurteile gegen drei Kämpfer des ANC gefällt wurden.

Die drei sollen sterben, weil sie verantwortlich gemacht werden für den Tod mehrerer Polizisten bei Angriffen auf Polizeistationen. Und zweifellos wehrt sich die schwarze Bevölkerung des Landes auch mit Waffen gegen dieses Regime, das sie als wilde Tiere behandelt, sie unterdrückt, ausbeutet und beleidigt. Und gerade zum Zeitpunkt dieser scheinbaren Verfassungsreform soll hier ein Exempel statuiert werden: wer kämpft wird bestraft, lautet die Botschaft der Regierung. Wartet darauf, bis wir, die weißen Herrenmenschen, euch als zivilisiert betrachten. Dann bekommt ihr auch ein paar — begrenzte — politische Rechte, vorläufig ist das nichts.

Neben diesem neuen Prozeß zeigt sich diese Haltung auch in der Weigerung der südafrikanischen Regierung — trotz starker internationaler Proteste — Nelson Mandela, der seit zwanzig

Jahren gefangen ist, freizulassen. Mandela, in dieser Zeit Symbolfigur des Widerstands geworden, darf nicht freigelassen werden, weil dies bedeuten würde, daß der Kampf der schwarzen Bevölkerung damit faktisch anerkannt würde. So drückte es ein Abgeordneter der rassistischen Partei aus.

Denn es ist nicht nur der bewaffnete Kampf, der geführt wird: Die erneut in Gang gekommene große Streikwelle der fast ausschließlich farbigen Minenarbeiter zeigt, daß die stets herrschende Unzufriedenheit der breiten Massen wieder einen Punkt erreicht hat, der zum Handeln drängt. Vor diesem Hintergrund sind auch die jüngsten — uralten — Schutzbehauptungen in der Bundesrepublik zu sehen, wo von einer „Verbesserung der Lage“ vom stärkeren Befolgen des „Verhaltenskodexes“ und anderen gut klingenden Dingen die Rede ist.

Der „Verhaltenskodex“ von den EG-Regierungen vor einigen Jahren verabschiedet, sollte dafür sorgen, daß die westeuropäischen Konzerne in Südafrika die rassistische Politik etwas abmildern, um zu verhindern, daß bei einer Revolution auch die Westeuropäer mitgegangen werden.

Gerade die Streiks der letzten Woche aber zeigen erneut, daß dies alles nur billiges Papier gefüllt hat: Auch die Belegschaften der westeuropäischen Konzerne kämpfen um dieselben Forderungen wie jene der amerikanischen und südafrikanischen Monopole.

Auch hier, in Südafrika, der bundesdeutschen Kapitalisten Lieblingsland, ist es so, daß die Herrschaft der Rassisten nur weiterbesteht aufgrund der aktiven Hilfe und Zusammenarbeit mit den Staaten der EG und den USA. Leere Versprechungen und Todesurteile sind deshalb auch im Sinne dieser „demokratischen Regierungen“ und ihrer kapitalistischer Hintermänner. Solidarität mit der südafrikanischen Bevölkerung heißt deshalb gerade bei uns, verstärkte Kritik an der Südafrika-Politik der Bundesregierung und des westdeutschen Monopolkapitals zu üben.

Kenia: Was bei uns Putschversuch genannt wird

„Es war ein spontaner, chaotischer Volksaufstand“

Zum wirklichen Gang der Dinge herrscht in Kenia nach wie vor Nachrichtensperre. Ein Putschversuch der Luftwaffe gegen den Regierungschef und Parteivorsitzenden der Kenia African National Union (KANU)-Partei, Daniel Arap Moi, ist von der loyalen Armee niedergeschlagen worden. Das ist alles, was es im allgemeinen zu erfahren gibt.

Tatsache ist, daß nicht nur 150 Soldaten der Luftwaffe erschossen wurden, sondern auch mindestens 200 Zivilisten umgebracht wurden. Die Universität wurde geschlossen, da die Studentenschaft sofort nach Bekanntwerden des Putsches auf die Straße ging, um für den Sturz Arap Mois zu demonstrieren. Über 1000 Menschen wurden verhaftet, ungefähr 600 liegen, mehr oder weniger schwer verletzt, in den Krankenhäusern.

Sie werden als Plünderer vor Gericht kommen. Und in der Tat — alle Berichte, die ein bißchen Inhalt haben, zeigen, dies — wurde geplündert. Geplündert wie noch nie zuvor. Die ganze Innenstadt Nairobis wurde ausgeraubt, alle Geschäfte, auch Fabriken. Es gibt angeb-

lich im Stadtzentrum keine einzige Glasscheibe mehr.

Jetzt werden sie gesucht: Polizei und Armee kämpten systematisch alle Vororte der schwarzen Bevölkerung durch, verhafteten und konfiszierten. „Es war ein spontaner chaotischer Volksaufstand“ so steht es in einem Korrespondentenbericht der „Frankfurter Rundschau“. Die Massen aus den Armeleuteghettos stürmten die Zentren, in denen nur die reichen Weißen und Inder und höchstens eine Handvoll reicher Schwarzer kaufen können und rechneten ab, holten sich, was ihnen verweigert wird. Zehntausende strömten, wie auf ein Kommando hin, bei der Nachricht des Putsches. Menschen, die im Angesicht des jahrelang beschworenen ostafrikanischen Wirtschaftswunders ebenso bettelarm blieben,

wie in der Zeit der Krise, die seit längerem andauert. Menschen, die auf dem Bürgersteig vor den Reichen ausweichen müssen, sonst kommt die Polizei. Menschen, die sehen mußten, daß nach dem teilweisen Abzug der britischen Besatzungsmacht eine neue Schicht von Reichen entstand, die „Wabenzis“ (Daimler-Benz-Fahrer), die genauso auf ihre Kosten, von ihrer Arbeit leben, wie die Kolonialisten.

Der angestaute Haß und Unmut brach hier auf, und das war die Ursache für die einmaligen Plünderaktionen. Die Zerschlagung dieser Rebellion, so schnell sie auch gelang, hat die Ursachen dafür jedoch keinesfalls beseitigt — im Gegenteil. Wenn jetzt die Reichen aus den Ghettos ihr „Eigentum“ mit Polizeischutz zurückholen, wenn jetzt verhaftet und erschossen wird, dann wird das den Unmut eher noch verstärken und das Regime der KANU wird sich vor harte Tage gestellt sehen. Und mit ihm seine westeuropäischen und nordamerikanischen Partner.

Verstärkte Betätigung als Waffenhändler

Deutsche Waffen in Mittelamerika und am Arabischen Golf

Immer neue Tatsachen über verstärkte bundesdeutsche Waffenlieferungen wurden in den letzten Wochen bekannt. Nachdem öffentlich gemacht wurde, daß Kolumbien gegen Nicaragua mit westdeutschen Waffen aufrüstet (siehe den letzten „Roten Morgen“) wurde sofort anschließend klar, daß auch Honduras seine Beteiligung am bereits begonnenen Feldzug gegen die Völker Mittelamerikas mit Waffen „Made in Germany“ bestreitet. Und ebenfalls in der selben Woche deckte eine Bremer Arbeitsgruppe Militärlieferungen an den Irak auf.

Waffen ist dabei ein Oberbegriff: selbstverständlich sind damit auch Panzerfahrzeuge aller Art und militärische Nachrichtensysteme gemeint — modernes Kriegsmaterial, genauso wichtig wie die Waffen selbst, um einen Krieg führen zu können.

Offensichtlich hat die „Reform“ aus Bonn, haben die neuen Bedingungen über Lieferungen von Militärgerät genau diese Auswirkung: daß verstärkt geliefert wird, nicht nur überallhin, sondern vor allem in die einst angeblich so sorgsam ausgesparten Spannungsgebiete. Daß Honduras gegen Nicaragua mitmarschieren würde, ist

bereits deutlich zugegeben worden. Daß der Krieg in Mittelamerika bereits angefangen hat, daß die Armee von Honduras gegen das Volk El Salvadors schießt, ist bekannt. Daß der Irak kriegsführende Partei ist, ist auch klar. Hier hieß es dann, es seien keine Waffen, nur Fahrzeuge...

Panzerfahrzeuge wohlgebet. Militär-Unimogs von Daimler beispielsweise. Niemand, außer den Regierungsbeamten und den Waffenhändlern selbst würde bestreiten, daß dies Kriegsmaterial ist.

Durch diese verstärkte Waffenlieferungen wird die Bundesrepublik international wieder

stärker an der Seite der extremen Reaktion auftreten, sich direkter gegen die Forderungen der betreffenden Völker stellen.

Die zahlreichen Abkommen über Ausbildung und Beistand mit Militär und Polizei solcher Staaten runden das Bild einer Regierungspolitik ab, die die schönen Worte über Nord-Süd und sonstige -Konflikte schon längst in die Mottenkiste gepackt hat. Die stattdessen, getreu deutschen Traditionen übelster Art, wieder zur allseitigen Zusammenarbeit mit der Reaktion übergeht.

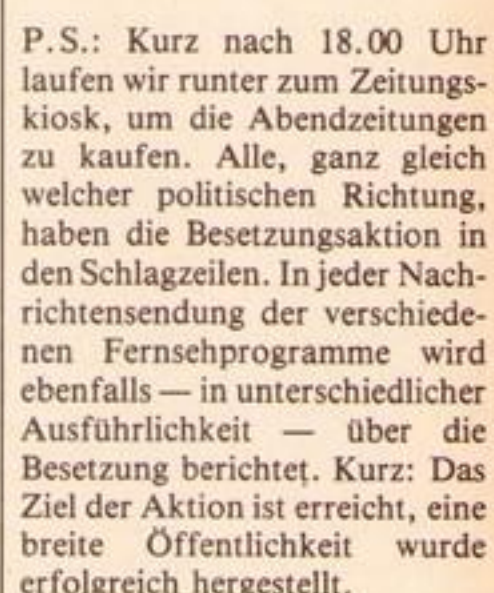
Die Zeiten, da man versuchte, Einfluß in „gemäßigten Befreiungsbewegungen“ zu erringen, scheinen sich dem Ende zu nähern. Schulterschuß ist angesagt. Nicht nur mit Begin in Israel, da war es immer so, auch nicht nur mit dem US-Imperialismus und dem britischen Imperialismus, sei es in Mittelamerika oder im Südatlantik, sondern auch mit den eigenen Geschäftspartnern in aller Welt und mögen sie noch so blutig sein.



Das 5. Internationale Jugendlager fand in der zweiten Julihälfte in Kanada statt. Unter den zahlreichen Delegationen aus verschiedenen Ländern war auch eine der Kommunistischen Jugend Deutschlands, des Jugendverbands der KPD, sowie eine Delegation des Jugendverbandes der Sozialistischen Volksrepublik Albanien. In herrlicher Landschaft wurden zahlreiche politische Diskussionen und Aktivitäten veranstaltet. Zum Abschluß wurde beschlossen, im nächsten Jahr das 6. Internationale Jugendlager in Dänemark durchzuführen.

Eindrücke

Kurz vor 14.00 Uhr verlassen alle Besetzer die Botschaftsräume und marschieren, die Internationale und das chilenische Venceremos-Lied sin-



HËRT RADIO TIRANA

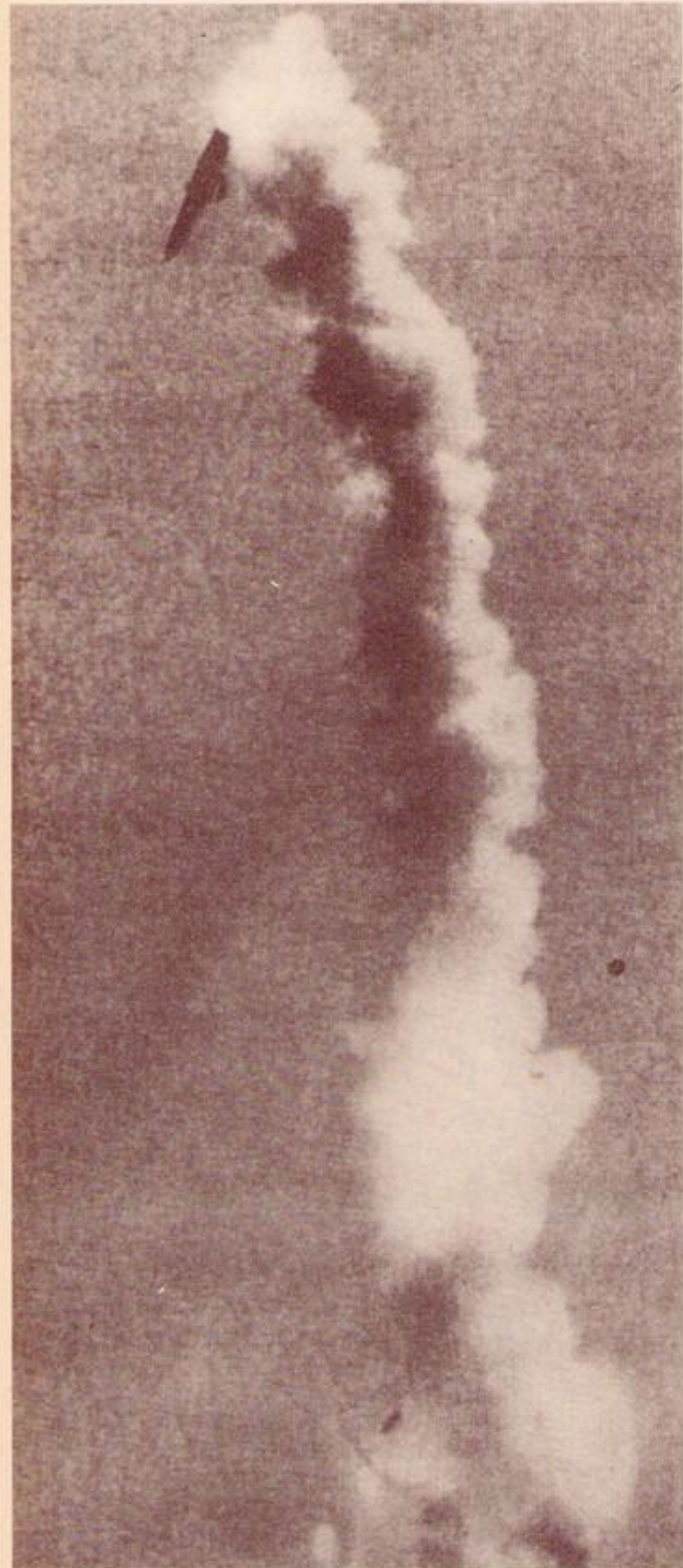
UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
14.00-14.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
22.30-23.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7310 9375	41 Meterband KW 31 Meterband KW



US-Atomrüstung

Neue Neutronen-Granaten in der Entwicklung

Pershing 2 zum ersten Mal getestet



Mißglückter Testflug der Pershing 2

Das war ein Tag, dem die Atomkriegsstrategen in Washington schon lange entgegengefeiert hatten: Am 22. Juli wurde zum ersten Mal die neue Erstschlagswaffe Pershing 2 in einem Testflug auf dem Gelände von Cape Canaveral erprobt. Das Ergebnis des Tests allerdings fiel enttäuschend für die Pentagon-Leute aus. Schon nach wenigen Sekunden war der Flug der Rakete beendet; sie brach in mehrere Teile auseinander.

Die Gründe für dieses Desaster sind offensichtlich. Die Produktion der Pershing 2 (ebenso wie die des Marschflugkörpers Cruise Missile) war schon von der Carter-Regierung beschlossen worden, sie war Bestandteil der von Carter formulierten Erstschlags-Doktrin. Denn die besonderen Eigenschaften dieser Rakete — sechs bis zehn Minuten Flugzeit bei einer Reichweite von maximal 1600 Kilometern, Treffgenauigkeit bis auf 30 Meter — machen sie zu einem geeigneten Instrument, um das sowjetische Atomwaffenpotential „vorbeugend“ in einem amerikanischen Erstschlag auszuschalten.

Nach den Plänen der Carter-Regierung sollte die Pershing 2 allerdings erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in Serienproduktion gehen. Und das dauerte den Reagan-Leuten viel zu lange. In ihrem Kurs der ver-

schärften Konfrontation gegen Moskau haben sie ja bekanntlich fest eingeplant, daß über

hundert Pershing-2-Raketen bereits im Herbst nächsten Jahres in der Bundesrepublik stationiert werden. Sie haben auch bereits mit dem Rüstungskonzern Martin Marietta einen Kaufvertrag über insgesamt 258 Pershing 2 abgeschlossen.

So mußte also die Entwicklungs- und Produktionszeit der Rakete erheblich verkürzt werden, und das führte offenbar zu der erwähnten Panne in Cape Canaveral. Ähnliche Probleme gibt es derzeit auch mit der anderen Mittelstreckenwaffe, die laut NATO-Beschluß vom Dezember 1979 in Westeuropa aufgestellt werden soll, mit der Cruise Missile.

Die Furcht, daß solche technischen Probleme zusätzlich zu dem massenhaften Widerstand gegen die neue Mittelstreckenraketen ihre Atomrüstungspläne in Europa verzögern könnten, hat die Kriegsplaner im Pentagon nun auf einem anderen Gebiet aktiv werden lassen. Wie jetzt bekannt wurde, arbeiten Wissenschaftler und Ingenieure in den USA gegenwärtig intensiv an der Entwicklung einer neuen Neutronenwaffe. Es handelt sich dabei um eine Granate mit der Bezeichnung W 82. Sie hat eine geringere Explosivkraft, dafür aber eine sechsmal höhere Strahlung als „normale“ Atomgranaten, ist also speziell für den Einsatz gegen Menschenmassen — Truppenteile, aber auch die Zivilbevölkerung — gedacht. Ebenso wie die jetzt schon entwickelten Neutronenwaffen würde die neue Granate beim Einsatz relativ wenig Zerstörungen an Sachen anrichten, dafür aber mit einem Schlag unzählige Menschen „versaften“, wie es im offiziellen Jargon der Atomkriegsplaner heißt.

Die W 82 ist zudem wesentlich kleiner als die jetzt schon vorhandenen Neutronen-Granaten. Und nach einer NATO-Faustregel gilt, daß je „handlicher“ eine Atomwaffe, desto größer ist die Möglichkeit ihres Einsatzes bei einer militärischen Konfrontation. Die Beschaffung dieser Granate durch die

Euthanasie im Atomkrieg?

Daß in den NATO-Ländern bereits konkrete Vorstellungen darüber bestehen, wie im Falle eines Atomkriegs das Gesundheitswesen zu organisieren sei, ist in der BRD einer breiteren Öffentlichkeit spätestens bei der Diskussion über das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz bewußt geworden. Die Planungen laufen darauf hinaus, das gesamte Gesundheitswesen der Kriegsführung unterzuordnen.

Eine besonders deutliche Sprache führt in dieser Hinsicht ein offizielles Dokument, das letzte Woche auszugsweise von der britischen Presse veröffentlicht wurde. Darin heißt es, daß man bei einem Atomangriff mit „massiven Opfern“ rechnen müsse. Viele Menschen würden aber nicht sofort tot und zu schwer verletzt sein, um ärztlich behandelt zu werden. Aufgabe der Ärzte solle es dann sein, regelrechte Selektionen vorzunehmen, das heißt, diejenigen Menschen zu bestimmen, bei denen

sich eine Behandlung nicht mehr lohne.

Die solchermaßen ausgesonderten Personen, so heißt es in dem Dokument weiter, müßten dann „schnell“ von Soldaten oder von der Polizei getötet werden. So soll also die von Hitler-Faschisten praktizierte Euthanasie, die Vernichtung von „unwertem“ Leben, wieder eingeführt werden. Eine Versorgung der strahlenverseuchten Zivilbevölkerung im Falle eines Atomkriegs wird erst gar nicht geplant. Das würde nur einen lästigen Kostenfaktor darstellen. Aufgabe des Gesundheitswesens soll es sein, ausschließlich die Schlagkraft der Truppe aufrechtzuerhalten.

Und für diejenigen, die für die Kriegsführung nicht gebraucht werden, soll dann gelten: Wer die Atomschläge des Gegners verletzt überlebt, wird durch die bewaffneten Organe des eigenen Landes gnadenlos liquidiert.

US-Armee würde also die Atomkriegsschwelle wieder einmal ein Stück heruntersetzen. Ein Sprecher des Pentagon hat inzwischen bestätigt, daß das US-Heer bereits die für die Massenproduktion der W 82 notwendigen finanziellen Mittel beantragt und daß die Regierung den US-Kongreß schon um die Bewilligung der Gelder gebeten hat.

Die Produktion der W 82 würde den Bestand der amerikanischen Neutronenwaffen vervielfachen. Bisher verfügt die US-Militärmaschine über

800 Neutronengranaten eines anderen Typs und über 380 Neutronensprengköpfe für Lance-Raketen. Von der W 82 sollen nach Angaben des Pentagon tausend bis dreitausend Stück produziert werden. Und auch über ihren künftigen Einsatzort gibt es bereits konkrete Vorstellungen. Kriegsminister Weinberger versicherte zwar, die neuen Neutronenwaffen würden in den USA stationiert. Im gleichen Atemzug fügte er jedoch hinzu, es sei kein Problem, sie „innerhalb weniger Stunden“ nach Europa zu bringen.

Neues? — aus deutschen Ländern

Das völlig neue CDU-Gefühl?

Als strammer Kommunist, aber auch als halbstrammer Linker, unstrammer Halblinker oder sonstwas konnte man in der letzten Woche wahrhaftig an seinem Weltbild zweifeln. Denn das lautet Schema F: CDU ist Unternehmerpartei, macht Unternehmerpolitik satt. Und jetzt das!

Zuerst Helmut Kohl. Die Regierungspolitik — nein er sagte nicht „in diesem unheimlichen LLLand“ — könne einem Gewerkschafter das Herz bluten machen. Oha! Kennt der vielleicht einen, der einen kennt, dem das Herz... Gefehlt, weit gefehlt — der meint sich selbst! Das war nicht der Witz der Woche. Man hatte ihm Volksnähe angesagt, also gab er sich so. Daß dies jetzt etwas tolpatschig war, darf man ihm nun wirklich nicht anlasten. Woher soll er wissen, welche Worte man als Gewerkschafter zu wählen hat. Was ein gestandener Gewerkschafter mit Bonner Bestbeziehungen gesagt hätte, wäre doch eher: die Faust ballen (in der Tasche natürlich) oder was in die Richtung.

Aber: man sage nicht, Helmut Kohl habe keine Führungsqualitäten. Kaum war bekannt, daß der CDU-Vorsitzende jetzt die Reihen schließt mit der — noch zu bildenden — gewerkschaftlichen Abwehrfront gegen den Sozialabbau, da zog die Partei schon voll nach.

Oder wie anders soll man es verstehen, wenn die CDU plötzlich „Entflechtung“ eines Konzerns fordert? Und das, ohne daß Dreggers Alfred oder Späths Lothar dagegen protestieren, ohne das Verdammungsurteil aus der Münchner Walhalla?

Nun, heute ist zwar manches möglich: rebellische Katholiken beispielsweise gibt's fast überall, sogar bei uns. Aber eher wird Josef Stalin Präsident bei Khomeiny, als die CDU gegen Konzerne.

Und es waren ja auch nicht irgendwelche Konzerne gemeint. Nicht der Flick-Konzern, nein. Der hatte ja nur das Ding mit den Steuermilliarden gedreht und dafür nicht mal die Hilfe von Helmut Kohl gebraucht. Auch kein Ölmulti sollte hier an den Pranger gestellt werden. Das bißchen Preistreiberei, das können gestandene Gewerkschafter wie Helmut und seine Parteifreunde noch allemal ab.

Nein, gemeint war die Neue Heimat. Der Gewerkschaftskonzern soll entflochten werden. Jawoll, ja, Antikapitalismus ist angesagt (das hatten wir schon letzte Woche in dieser Sparte), und da fällt Helmut und seinen Männern das alte Problem ein, daß in anderen Ländern schon Maggie Thatcher und Ronald Reagan sahen. Das der Gewerkschaftsmacht. So viel Korruption gäbe es da, und das schade ja nur den deutschen Arbeitern. Nun, darüber könnte man reden — aber nicht mit Helmut Kohl. Übrigens: auch nicht mit Augsteins „Spiegel“.

Das sollen sie mal hübsch den Gewerkschaftern überlassen, hier klar Schiff zu machen. Zu bereinigen, was not tut.

Vielleicht, wenn sie die Entflechtung der Neuen Heimat und des Siemens-Konzerns fordern würden, dann könnte man ja mal darüber reden, nur mal so als Vorschlag dahin gesagt. Aber wahrscheinlich würde dann Helmut's Herzblut nur noch so sprudeln.

Und das will doch keiner, oder? Höchstens der eine oder andere aus dem Parteivorstand... der CDU. Also: es wird vielleicht noch ein Weichen dauern müssen, mit dem völlig neuen CDU-Gefühl, für dieses Mal war's noch nix. Und das Weltbild bleibt erhalten, ob stramm oder nicht.

hrw

Tips

Montag, 16. August
20.15 Uhr, WDR/NDR/HR III
Das Beil von Wandsbek. Vor 50 Jahren, am 17. Juli 1932, gelang es der werktätigen Bevölkerung Altonas, eine „Strafexpedition“ von 11 000 aus ganz Schleswig-Holstein zusammengezogenen Nazis gegen den Hamburger Stadtteil abzuwehren — unter großen Opfern allerdings. Viele Arbeiter wurden bei diesem als „Altonaer Blutsonntag“ in die Geschichte eingegangenen Terrorüberfall von den Nazis und von der Hamburger Polizei erschossen. Jahre später, nach ihrer Machtübernahme, rächten sich die Faschisten für ihre mißlungene Expedition: Vier Kommunisten, die an der Abwehraktion vom Juli 1932 teilgenommen hatten, wurden mit dem Handbeil hingerichtet.

Mit diesen Ereignissen beschäftigt sich der Film von Horst Königstein und Heinrich Breloer, gedreht nach dem Roman „Das Beil von Wandsbek“, den der antifaschistische Schriftsteller Arnold Zweig Ende der dreißiger Jahre im Exil in Palästina geschrieben hat. Im Anschluß an den Film wurden Zeugen des „Altonaer Blutsonntags“ interviewt.

Montag, 16. August

21.20 Uhr, ZDF
Die Mädchen von Wilko. Als deutsche Erstausführung zeigt das ZDF diesen 1979 gedrehten Film des polnischen Regisseurs Andrzej Wajda („Der Mann aus Eisen“), ein Spiegelbild der polnischen Gesellschaft in den dreißiger Jahren.

Dienstag, 17. August

21.20 Uhr, ZDF
Zwischen Düsseldorf und Josefthal. Bericht von Werner Doye und Ulrich Hartter über das politische Kabarett in der Bundesrepublik.

Mittwoch, 18. August

22.15 Uhr, ZDF
Ende und Anfang. Der letzte Teil der „Alpensaga“, mit der Peter Turrine die Geschichte eines österreichischen Dorfes gestaltete, führt in die Zeit nach der Befreiung vom Faschismus. Mit Anna Linde Prelog, Bernd Spitzer, Elisabeth Stepanek u. a.

Freitag, 20. August

20.15 Uhr WDR/NDR/HR III
Aus heiterem Himmel. In der Reihe „Projektionen 82“ haben neun Westberliner Filmemacherinnen diesen Beitrag über die Kriegsgefahr produziert.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 Bremen (Wall), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231/832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 (92)

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: 0611/491918

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo + Fr 16.3 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Über die Zusammenarbeit der Zionisten mit dem Hitler-Faschismus

Der antijüdische Teufelspakt

Mit der 1945 von der sowjetischen Roten Armee eingeschlossenen Reichshauptstadt Berlin verglich Menachim Begin kürzlich das von israelischen Truppen umzingelte Westbeirut. Und Yassir Arafat, so Begin, sitze nun in seinem Versteck wie damals Adolf Hitler in seinem Bunker. So pervers ein solcher Vergleich auch ist, für den Führer des israelischen Staates haben derlei Sprüche durchaus Methode. Stets hat er es verstanden, alle Gegner seiner Politik als geistige Nachkommen Hitlers zu diffamieren und sich selbst mit dem Schein einer gnadenlosen Feindschaft gegen den Faschismus zu umgeben.

Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, daß Begins Politik — von der rassistischen Unterdrückung der Palästinenser in den besetzten Gebieten bis hin zum Völkermord im Libanon — alles andere ist als der Ausdruck einer antifaschistischen Haltung. Wir wollen an dieser Stelle auf einige Tatsachen eingehen, die das Verhältnis der den heutigen Staat Israel tragenden zionistischen Organisationen zum Hitler-Faschismus beleuchten. Ein Thema, das in Israel selbst tabu ist — aus begreiflichen Gründen, wie man sehen wird.

Nur ein einziges Mal ist die Zusammenarbeit zwischen Faschismus und Zionismus in Israel breit öffentlich erörtert worden. Das war während des sogenannten Kastner-Skandals im Jahr 1953. Der israelische Autor Malchiel Greenwald hatte in einer Publikation Rudolf Kastner, in den 40er Jahren verantwortlicher Funktionär der zionistischen Organisation Jewish Agency in Budapest, beschuldigt, daß dessen damalige „Aktivitäten das Leben von Hunderttausenden von Juden gekostet haben“. Der Kern der Anschuldigung lief darauf hinaus, daß Kastner in einem Geheimabkommen mit dem Nazi-Schlächter Eichmann (damals verantwortlich für die „Lösung

nicht so seltsam, wenn man bedenkt, daß diejenigen, die in den vierziger Jahren Kastners Vorgesetzte in der zionistischen Organisation waren (etwa David Ben Gurion), inzwischen die höchsten Regierungämter in Israel bekleideten.

„...integraler Bestandteil der SS

Der Prozeß jedoch ging schlecht für die Regierung aus. Israels höchster Richter, Benjamin Halevi, mußte Greenwalds Beschuldigungen in allen Punkten bestätigen. In seinem Urteilspruch heißt es: „Die Opferung der Überlebensinteressen der Mehrheit der Juden für die Rettung von Prominenten war das Grundlemelement in dem Abkommen zwischen Kastner und den Nazis. Dieses Abkommen hielt die Teilung der Nation in zwei ungleiche Lager fest, eine kleine Gruppe Prominenten auf der einen Seite, die zu retten die Nazis versprochen, und die große Mehrheit der ungarischen Juden, die die Nazis für den Tod bestimmten, auf der anderen. Eine zwingende Bedingung für die Rettung des ersten Lagers

tungsabteilung unter der Regie von Kastner.“

Einer der NS-Vernichtungsstrategen, mit denen Kastner damals zusammenarbeitete, war übrigens jener SS-Offizier Kurt Becher, gegen dessen Berufung in den Aufsichtsrat der Hapag-Lloyd die ÖTV kürzlich energischen Protest eingelegt hat. Und es geht maßgeblich auf Kastner zurück, daß der notorische Judenschlächter Becher nach dem Krieg eine erfolgreiche Karriere als Getreidehändler starten konnte. Denn Kastner hatte sich nach der Niederlage des Faschismus als prominenter zionistischer Führer persönlich für den vor dem Nürnberger Gericht angeklagten Becher eingesetzt und erfolgreich um „die größtmögliche Nachsicht“ für den SS-Mann gebeten.

War der 1953 öffentlich gewordene Kastner-Skandal nur ein Einzelfall? Shmuel Tamir, Anwalt des Malchiel Greenwald in dem erwähnten Prozeß, war nicht dieser Meinung. Er kündigte nach dem Freispruch seines Mandanten an, er wolle nun Kastner selbst vor Gericht bringen — mit neuem Beweismaterial, das auch andere Personen belasten würde. Zu einem neuen Prozeß im Fall der so schmähsch verratenen ungarischen Juden kam es jedoch nicht mehr. Kastner nämlich wurde bald nach den Ankündigungen Tamirs von einem Mann namens Zeev Eckstein ermordet — einem Geheimdienstagenten im Dienst der israelischen Regierung.

Zwei Denkschriften

Auch wenn der Kastner-Skandal in den fünfziger Jahren auf diese Art zu den Akten gelegt wurde, gibt es doch genügend



Antijüdische Terroraktionen der SA kurz nach Hitlers „Machtergreifung“. Während jüdische Organisationen in aller Welt zu einem Boykott Nazi-Deutschlands aufrufen, organisierten die Zionisten eine umfangreiche Zusammenarbeit mit den Nazis.

wird energisch gegen den beginnenden antijüdischen Terror protestiert, werden Forderungen zum Schutz der jüdischen Bevölkerung gestellt, etwa nach der Aufhebung der inzwischen gegen Juden verhängten Berufsverbote, nach dem Stopp jeder Diffamierung der jüdischen Gemeinschaft usw.

Eine von der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (die auch Mitglied in der Reichsvertretung war) gesondert an die Nazi-Regierung gesandte Denkschrift spricht dagegen eine ganz andere Sprache. Hier findet sich kein einziges Wort des Protestes gegen die jüdenfeindliche Politik des neu errichteten Regimes. Im Gegenteil — der Jargon der Nazis wird hier weitgehend übernommen. So heißt es beispielsweise: „Wir sind der Tatsache gegenüber, daß eine Judenfrage existiert und weiter existieren wird, nicht blind. Aus der anormalen Situation der Juden erheben sich für sie schwere Nachteile, aber auch für die übrigen Völker schwer tragbare Verhältnisse.“ Anormal ist es nach der Meinung der Zionisten, wie auch in dieser Denkschrift entwickelt wird, daß Juden mit anderen Menschen zusammen in einer Nation zusammenleben. Deshalb wird die vom faschistischen „Staat gewünschte völkische Distanzierung“ grundsätzlich begrüßt, weil sie eben auch mit dem Ziel des Zionismus übereinstimme, nämlich alle Juden durch Auswanderung nach Palästina zu einer eigenen Nation zusammenzufassen. Die Konsequenz dieser Übereinstimmung ist dann das Angebot zur Zusammenarbeit: „Für seine praktischen Ziele glaubt der Zionismus auch die Mitwirkung einer grundsätzlich jüdenfeindlichen Regierung gewinnen zu können, weil es sich in der Behandlung der jüdischen Frage nicht um Sentimentalitäten, sondern um ein reales Problem handelt, an dessen Lösung alle Völker, und im gegenwärtigen Augenblick besonders das deutsche Volk, interessiert sind.“

Sabotage an Boykott-Aktionen

Dieser Haltung entspricht auch die Tatsache, daß bei dem XVIII. internationalen Zionistenkongreß, der im Sommer 1933 in Prag abgehalten wurde, die Lage der deutschen Juden nicht einmal auf die Tagesord-

nung gesetzt worden war, geschweige denn, daß man über wirksame Maßnahmen zu deren Unterstützung beraten hätte. Die Zionisten gaben sich eben nicht mit „Sentimentalitäten“ ab, sie betrieben ihre „Realpolitik“, und das bedeutete, die durch Hitlers Machtübernahme entstandene Situation eiskalt für das politische Ziel des Zionismus, die Errichtung des Staates Israel, auszunutzen.

Als jüdische Organisationen in aller Welt als Reaktion auf den in Deutschland einsetzenden antisemitischen Terror zu einem Boykott deutscher Waren aufrufen, um so das Hitler-Regime unter Druck zu setzen, schlossen die Zionisten im Herbst 1933 mit eben diesem Regime das sogenannte Haavara-Abkommen ab. Es regelte die Auswanderung von vermögenden Juden aus Deutschland nach Palästina. Sie konnten nach diesem Abkommen ihr Kapital nicht direkt transferieren; es blieb vielmehr auf einem Sperrkonto in Deutschland, von dem aus deutsche Exporte nach Palästina finanziert wurden. Empfänger der Waren war die Jewish Agency, die dann die entsprechenden Beträge in Landeswährung an die Emigranten überwies. So wurde zu einer Zeit, in der Juden überall für einen wirksamen Boykott Nazi-Deutschlands kämpften, ausgerechnet Palästina von deutschen Waren überschwemmt.

Spionagedienst für die SS

Auch auf anderen Gebieten kam es im Verlauf der dreißiger Jahre zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den Zionisten und den Organen des faschistischen deutschen Staates. Im Februar 1937 kam Feivel Polkes nach Berlin. Er war offizieller Emissär der Haganah, einer Militärorganisation, die von den Zionisten in Palästina aufgebaut worden war und aus der 1948 die israelische Armee hervorging. Polkes nahm in Berlin sofort Kontakt zum Referat II 112 (dem sogenannten Judenreferat) im Reichssicherheitshauptamt auf und konferierte dabei vor allem mit dem SS-Untersturmführer Adolf Eichmann, damals Mitarbeiter dieser Abteilung im SD.

Über den Inhalt der Gespräche fertigte der SS-Offizier Franz Six ein Protokoll an, aus dem hervorgeht, daß Polkes auf der Linie der oben angeführten zionistischen Denkschrift nun

auch die Mitarbeit der SS, des schlimmsten Terrorinstruments der Faschisten, für die Durchsetzung der zionistischen Ziele suchte. Als Gegenleistung bot Polkes unter anderem Spitzeldienste für die Nazis an. Dazu vermerkt das Protokoll von Six: „Auch für Deutschland erklärte er sich bereit, Dienste in Form von Nachrichten zu leisten, soweit sie nicht seinen politischen Zielen entgegenstünden. Er würde u. a. die deutschen außenpolitischen Interessen im Vorderen Orient tatkräftig unterstützen.“

Von seinen faschistischen Gesprächspartnern erwartete der Abgesandte der Haganah laut Protokoll: „Auf die Reichsvertretung der Juden in Deutschland wird ein Druck dahingehend ausgeübt, daß sich die aus Deutschland auswandernden Juden verpflichten, ausschließlich nach Palästina, nicht in irgendein anderes Land zu gehen. Eine solche Maßnahme liegt durchaus in deutschem Sinne und wird bereits durch Maßnahmen der Gestapo vorbereitet.“

Zur Intensivierung der Kontakte schlug Polkes bei seinen Gesprächen in Berlin vor, Eichmann nach Palästina zu schicken. Der SD nahm diesen Vorschlag auf, und schon im Herbst 1937 reisten Eichmann und der SS-Offizier Herbert Hagen, zu dieser Zeit Leiter der Abteilung II 112, nach Haifa ab. Weil sie dort wegen eines Aufstands der arabischen Bevölkerung gegen die britische Mandatsverwaltung in Palästina das Schiff nicht verlassen konnten, mußten sie nach Kairo weiterfahren, wo es dann am 10. und 11. Oktober zu neuen Gesprächen Feivel Polkes, dem Beauftragten der Haganah, kam. Hier setzte nun der zionistische Funktionär sein in Berlin gemachtes Angebot in die Tat um. Über die „Informationen“, die ihm Polkes in Kairo lieferte, notierte Eichmann unter anderem: „Der in Berlin sitzende Pan-Islamische Weltkongreß e.V. soll laut Information Polkes in direkter Fühlungnahme mit den beiden sowjetfreundlichen eingestellten Araber-Führern Emir Schekib Arslan und Emir Adil Arslan stehen.“ Und eine andere Mitteilung, für die sich die Schergen des faschistischen Mordregimes besonders interessierten: „Der in Deutschland besonders stark durchdringende illegale kommunistische Sender soll nach Polkes Angaben, auf einem Lastwagen montiert, längs der deutsch-luxemburgischen Grenze seine Sendetätigkeit ausüben.“ (Fortsetzung folgt)



Urteilsverkündung beim Prozeß gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann. Am 31. Mai 1962 wurde der Judenschlächter in Israel hingerichtet. Was beim Prozeß verschwiegen wurde: Gerade mit Eichmann hatten zionistische Führer intensiv Kontakte unterhalten.

der Judenfrage“ in Ungarn) sich dazu verpflichtet hätte, die geplante Vernichtung von 800000 ungarischen Juden stillschweigend zu tolerieren. Als Gegenleistung hätte Eichmann die Ausreise von 600 bekannten Zionisten aus Ungarn nach Palästina zugesichert. Diese ungeheuerliche Anklage brachte Greenwald ein Verleumdungsverfahren ein — angestrengt wurde es seltsamerweise nicht von Kastner selbst, sondern von der israelischen Regierung. Aber vielleicht war das doch

durch die Nazis war, daß Kastner nicht in die Aktion der Nazis gegen das andere Lager eingreifen würde und sie nicht an der Ausrottung hindern würde. Kastner erfüllte diese Bedingungen... Die Kollaboration zwischen dem Rettungskomitee der Jewish Agency und den Mördern der Juden wurde in Budapest und Wien konsolidiert. Kastners Pflichten waren integraler Bestandteil der SS. In Ergänzung zu ihrer Vernichtungs- und Plünderungsabteilung eröffnete die Nazi-SS eine Ret-

andere Fakten, die eine umfangreiche Zusammenarbeit zwischen Faschisten und Zionisten belegen. Die Grundlage, auf der sich diese Zusammenarbeit entwickelte, wird deutlich, wenn man sich die Reaktionen der verschiedenen jüdischen Organisationen in Deutschland auf den Machtantritt Hitlers vor Augen hält. Im Januar 1934 übermittelte die Reichsvertretung der deutschen Juden, in der alle diese Organisationen vertreten waren, der neuen Reichsregierung eine Denkschrift. Darin

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 32, 13 Ağustos 1982

Yıl: 16

1 DM

KPD'nin AEG işletmeleri için çıkardığı bildiri:

Salı günü sabahleyin KPD'nin işyeri grupları Batı Berlin'deki AEG işletmelerinin önünde aşağıdaki bildiri dağıttılar. Aynı bildiri hafta içinde Federal Almanya'da da bir çok AEG işletmesinin önünde dağıtıldı. AEG işletmelerinde çalışan işçiler, işyerlerini korumak için mücadele etmeye hazır olduklarını bir kez daha gösterdiler. Şimdi görev, IG Metall'in işçilerin mücadele azmini örgütlü bir güce dönüştürmesidir. Tekelin parçalara bölünmesi planına ancak bankaların AEG krizinin faturasını ödemesi talebi gerçek bir alternatif olabilir.

Tasfiye dilekçesinin geri alınması için grev!

Dün, 9.8 tarihinde AEG tekelinin Denetim Kurulu, iflasın önlenmesi için tasfiye önergesinin verileceğini açıkladı. Bunun için söz konusu taraflar arasında yapılan görüşmelerde hiç bir sonuca varılamadığı ve 1982 yılında zararların beklenilenden daha fazla olacağı ileri sürülmekte ve böylece "AEG" taslağında bir neticeye varılamadığı belirtilmekte. Aynı zamanda AEG'nin diğer bir biçimde "feniks gibi dirileceği" hakkında teminat verildi. Bankalar ve Federal Hükümet bunu destekleyeceklerini açıkladılar. Ancak özellikle eğlendirici elektrik tekniği ve ev eşyaları bölü-

lecekleri ve işe yaramayan parçaları geride bırakabilecekleri anı beklemekteler. Ve kim "parça olarak" satılan işletme kısımlarının yarın yeni sahibi tarafından da bir kez daha uygun bir biçimde olumsuz bölümlerinin atılmayacağını garantileyebilir. Bir şey daha: Şayet ilkin tasfiye yapılırsa, o zaman tasfiye hakimisi AEG hakkında yapmak istediği her şeyi yapabilecek tek paşadır. Bu adli tasfiye reddedilmelidir! Bizim taleplerimiz gene aynıdır: AEG tekeli bir bütün olarak kalmalıdır! Hele hele 1982 bunalım yılının kendileri için bir rekor yılı olduğuna göre,

Tüm AEG işçileri süresiz greve gitmelidirler!

Arkadaşlar, bir noktayı daha belirtelim: Henüz makinaların başındayız ve üretimi sürdürüyoruz. Öyleyse elimizden bu değerlerin basit bir biçimde alınmasına izin vermeyelim. Eğer durum kızılsacaksa, buna karşı sessiz kalmayalım. („Streik den Vergleich vom Tisch!“)



münde 20 000 çıkışın verileceği hesaba katılmalıdır. Tekniki bölümdeki 60 000 işyerinin tehlikede olmadığı ileri sürülmekte. Madem ki, durum bundan ibaret, peki bu tasfiyeye niçin gidiliyor? Birincisi (bu çok açık bir şekilde söylendi) tedirgin edici emeklilik maaşı sorumluluğundan sıyrılabilmek için. Bu durumda emeklilik maaşlarını, emeklilik sigortası derneği üzerine almakta. Ne varki onun emeklilik maaşlarını başlangıçta belirlenen miktarda ödeyip ödemeceği henüz sorun teşkil etmektedir. İkinci olarak ise bu tasfiye ile (bu ise açıklanmadı) ön adımı atılan AEG tekelinin çökertilmesine ve satılmasına devam edilmesi amaçlanmaktadır.

Bu durumda teknik bölümdeki 60 bin işyerinin tamamen güvence altına alındığına kanılabiliyor mi? Şüphesiz ki değil. Şimdi uluslararası alandaki alıcılar ölü soyucular gibi sadece AEG'nin henüz canlı olan cese-tinin üzerine koşuşturabilecekleri, en iyi parçaları soyabi-

bankalar AEG krizinin faturasını tek başına ödemelidirler. Bu yılın ilk altı ayında üç büyük banka rekor artış kaydettiler.

Deutsche Bank'ın altı aylık işletme verimi 902,3 milyon Alman Mark'ını bulmaktadır. ★ Geçen yıla göre artış; yüzde 16,7

Dresdner Bank'ın altı aylık işletme verimi 392 milyon Alman Mark'ı dolayındadır. ★ Geçen yıla göre artış; yüzde 41,4

Commerzbank'ın altı aylık işletme verimi 203,3 milyon Alman Mark'ı civarındadır. ★ Geçen yıla göre artış; yüzde 50,7

Arkadaşlar, dün Ulm'da 1500 işçi arkadaş işi bıraktılar. 450 işçi arkadaş Frankfurt'ta protesto etti. Aynı şekilde Berlin'de de iş bırakıldı. Bu doğru cevaptır, bugün bize artık hiç bir tezin faydası yoktur. Şimdi harekete geçilmelidir.

Tasfiye dilekçesi neyi değiştirir?

AEG'nin satışı gündemde

AEG Denetleme Kurulu'nun bu hafta pazartesi gecesi kararlaştırdığı tasfiye dilekçesi, yönetim kurulu ve basının çeşitli çevreleri tarafından mümkün olduğunca bir çok işyerini korumanın aracı olarak lansedildi. Diğer bir deyişle kötü şeylerin en küçüğü olarak gösterildi. Artık "yeni AEG"de teknik bölümde her zaman için 60 bin işyerinin korunacağı, eğlendirici elektrik tekniği ve ev eşyaları bölümleri için hazırlanan planlara devam edileceği ve böylece daha azı mümkün olmadığından sadece 20 bin işyerinin yok edileceği ileri sürüldü.

Ancak gerçek olan şu ki, bugün Telefunken hisselerinin Philips-Grundig-Grubu tarafından devralınması planının ne kadar işyerine malolacağını hiç bir kimse bilmiyor. Bu durum ayrıca Siemens'in ve Bosch'un bir rakiplerini ortadan kaldırmak için devralmak istedikleri ev eşyaları bölümü için de geçerlidir.

Öte yandan AEG Yönetim Kurulu Başkanı Dürr, AEG



Begin Batı Beyrut'a karşı bombalı terörü yoğunlaştırdı

Bu hafta içinde de İsrail tankları ve savaş uçakları aralıksız olarak Batı Beyrut'a bombalı saldırılarını sürdürdüler. Geçen çarşamba günü İsrail siyonistleri Lübnan başkentinin abluka altına alınmasından bu yana en yoğun saldırıya başladılar.

İsrail siyonistleri bu saldırılarda hedefli olarak sivil halkın oturduğu semtleri, kamu hizmeti tesislerini ve bir çok hastaneyi bombaladılar. İsrail savaş uçaklarının Amerikan Üniversitesi Kliniğine düzenledikleri terörcü saldırı sonucunda 55 kişi katledildi, 200'ü aşkın insan yaralandı. Geçen hafta sonunda Begin siyonistleri Güney Lübnanlı göçmenlerin yaşadıkları 8 katlı bir binayı bombalayarak 250 insanın ölmesine veya ağır bir şekilde yaralanmasına yol açtılar.

İsrail Kara Kuvvetleri Batı Beyrut'un merkezine girmek ve şehri doğu batı bölümünde bölmek için hava kuvvetlerinin saldırılarından faydalanmaya çalıştılar. Ancak onlar bu terörcü saldırıda sadece her kaç yüz metrelik alanı ele geçirebildi; Filistin Kurtuluş Örgütü'nün ve Lübnanlı milislerin çetin direnişlerinin sonucunda daha fazla ilerleyemediler.

Begin ve Sharon terörün en koyusunu estirmelerine rağmen İsrail siyonistleri ABD emperyalistlerinin desteğini almaya devam etmekte. İsrail Dışişleri Bakanı Shamir geçen hafta Washington'u ziyaret ettiğinde gene bilinen şu eski nakarat tekrarlandı: Reagan, İsrail'in saldırıları karşısında sahte bir biçimde endişeli olduğu resmi olarak açıklandı, bunun üzerine şürekası da basını sözüm ona ABD Başkanı'nın Shamir ile görüşmesinde onu tehdit ettiği bilgileri ile doldurdular. Ama öte yandan pratik ise ABD süper devletinin İsrail'e her hangi bir biçimde baskı yapmak için en

küçük bir adımı dahi atmadığını göstermektedir.

ABD temsilcileri bundan ziyade Birleşmiş Milletler'in oturumunda sistemli bir şekilde Begin rejimine karşı önlemlerin alınmasını bloke ettiler. Örneğin Birleşmiş Milletler'in İsrail'e karşı uluslararası alanda silah ticaretinin boykot edilmesi talebi ABD'nin direnişi üzerine karar altına alınamadı.

Begin ve Sharon ancak ve ancak ABD'nin desteğini aldıkları sürece Lübnan ve Filistin sorununun "askeri bir çözümünü" sürdürebilirler. Ancak ABD'nin desteğiyle Batı Beyrut'ta abluka altına alınmış Filistin Kurtuluş Örgütü (PLO) ve Lübnanlı solcu savaşçıları İsrail birlikleri şehri sistematik bir şekilde imha ederek tasfiye edebilirler. PLO'nun Beyrut'tan çekilmeye hazır olduğunu bildiren Lübnanlı arabulucuların açıklamaları üzerine İsrail yöneticileri ardından sınırsızca

Merkezi Lübnan Yürüyüşü 21 Ağustos Frankfurt'ta

İsrail'in imha savaşına karşı aralarında KPD'nin de yer aldığı ilerici örgütler merkezi bir yürüyüşe katılmaya çağırıyorlar. Yürüyüşün başlayacağı yer, saat ve çağrı bildirisinin kesin metni gazetemiz baskıya verildiğinde henüz hazır değildi. Bunun için kesin açıklamayı gelecek sayıda yapacağız.

KPD'nin Lübnan toplantısı

Merkezi Lübnan yürüyüşünün yapılacağı gün Partimiz KPD'nin Frankfurt Yerel Örgütü, Filistin Kurtuluş Örgütü'nden de bir temsilcinin konuşacağı bir toplantı yapacak.

21 Ağustos, saat 17'de
"Bürgertreff", Frankfurt-Bornheim, Saalburgstr. 17.

talepleri sıraladılar. Ve Sharon bunun üzerine "PLO'nun nasıl olsa şu ya da bu şekilde yok olmakla karşı karşıya kaldığını" mırıldandı.

Öte yandan uluslararası alanda Begin siyonistlerinin giriştikleri soykırıma karşı protestolar yaygınlaşmakta. Ürdün'de ve İsrail tarafından işgal altında tutulan Batı Ürdün'de grevlere gidildi. Ayrıca Kuveyt'te de 30 000 kişi sokaklara dökülerek diğer şeylerin yanında ABD ile her türlü ilişkilerin kesilmesini talep ettiler. Ayrıca diğer şehirlerde de protesto eylemleri düzenlendi, örneğin cumartesi günü Münih'te binin üzerinde kişinin katıldığı bir yürüyüş yapıldı. İsrail'de bile başta Lübnan'da şehit düşen bir askerin anne ve babasının yürüdüğü, binlerce kişinin yer aldığı bir yürüyüş düzenlendi. Bu yürüyüşte İsrail Birliklerinin derhal Lübnan'dan çekilmesi ve PLO ile görüşmelerin başlatılması talep edildi.

İsrail'in dışında bile tanınmış Yahudilerin Begin saldırısına karşı eylemleri yoğunlaştı. İngiliz Labour partisi milletvekili Leo Abse, sadece faşist zihniyete sahip olan insanlar bu kadar sutsuz sivil şahsın acımasızca bombalanmasını, katledilmesini ve sakat bırakılmasını uygun bulabileceğini belirtti. O, İsrail askerlerini görevlerini reddetmeye çağırdı. Bunun dışında Yahudi Dünya Kongresi'nin eski Başkanı Nohum Goldmann sadece Begin'in saldırısını sert bir dille yermekle yetinmeyip, aynı zamanda geniş nüfuzundan ötürü Lübnan'daki olaylarda İsrail'den daha fazla sorumluluğu olan ABD'yi de mahkum etti.

Her hafta
Cumartesi çıkar

KŞ-Dizisi

AEG'nin iflası

1. Bölüm

Federal Almanya ve Batı Berlin'de kendi dalında Siemens'ten sonra ikinci büyük elektrik tekeli olan AEG-Telefunken'in kuruluşu ve gelişmesi Almanya'da kapitalizmin yükselişi, bunalımları ve felaketleri ile bölünmez bir şekilde bağlantılıdır. O, aynı zamanda kendisinin de isim yaptığı elektrik tekniğinin gelişmesinden de ayrı düşünülemez.

Alman işverenlerinin bir zaman gururlu olan bu amiral gemisi, son beş yıl içinde işçilerin hesabına yapılan "reorganizasyon", ücret bölümlerinin kısıtlanması (örneğin işletme yaşlılık yardımı gibi) rasyonelleştirme dalgası ve işletmeyi kapatmak ile döşenmiştir. 1973'ten 1981 yılı sonuna kadar toplam işçi sayısı 50 bin azaltılarak 175 binden 124 bine düşürüldü. Sadece son üç yıl içinde AEG patronları 30000 işyerini yok ettiler.

Ne varki son zamanlarda onlar, işyerlerini yok etmede, artık bu durumdan etkilenen işçilerin kısmen çetin direnişleri ile karşılaşmaktalar. Buna Viedocolor'u örnek olarak gösterebiliriz. AEG, Ulm renkli televizyon ekranı fabrikasını Fransız Thomson-Brand tekeline satmıştı. Ki bu da işletmeyi kapatmak için satın almıştı. Bu beyler bunun için "pazarı temizleme" deyimini kullanmaktalar! Bundan ötürü bu yılın başında işçiler yaklaşık olarak üç hafta süren greve gitti ve işletmeyi işgal ettiler.

Ancak işçilerin gücü bu durumda işletmenin kapatılmasını önlemeye henüz yetmiyordu. Fakat bu eylem bir sinyal verdi.

Bugün AEG patronlarının kapatmak istedikleri Tübingen Çamaşır Makinası işletmesi Zanker işçilerinin de Videocolor işçilerinin gittiği yolu izlemeye kararlı oldukları görülmektedir. Tabii ki daha fazla başarı kaydetme umuduydu.

Zanker'de bir mücadele komitesi kurulmuş bulunmaktadır. Zanker işçileri, AEG işletmeleri arasında sadece tüm kararlılıkla tavizsiz bir mücadeleye yönelen işçiler olarak yalnız bırakılmamalı, onlarla diğer AEG işletmelerinin işçileri de dayanışmalıdır. Burada IG Metall bir bütün olarak harekete geçmelidir! Çünkü AEG'nin içinde bulunduğu kötü durumda ötürü 100 binden fazla işyeri olağanüstü tehlike ile karşı karşıyadır!

AEG'nin korkunç ekonomik ve sosyal etkileri

Bugün AEG-Telefunken işletmelerinde çalışan toplam 120 bin işçiden yaklaşık olarak yüz bini Federal Almanya ve Batı Berlin'de çalışmaktadır. 31.12.1982 tarihinde ülke içinde AEG işletmelerinde çalışan işçilerin sayısı tam olarak 99400'dü. Bunlar arasından 4700'ü de çıraktır. AEG'nin geçen yılki toplam satış muameleleri 14,83 milyar Mark tutmaktadır. Personel giderleri (ücretler, aylıklar, yasalar ve toplu sözleşmelere dayanan haklar ve yaşlılık aylıkları) 1981 yılında ülke içinde 4,8 milyar Mark tutuyordu. 1980 yılında tekel yaklaşık olarak 32000 mütahitte 5 milyar Mark tutarında sipariş verdi.

Bu rakamlar AEG-Telefunken'in çöküşünün korkunç

100 000 işyeri tehlikede

Federal Almanya'nın ikinci büyük elektrik tekeli AEG'nin günlerinin sayılı olduğu görülmektedir. Uzun zamandan beri akbalar hasta dev tekele konmak için koşuşturmaktalar. 100 000'den fazla işyeri sürekli tehlike içindedir.

Gerçi tekelin iflas temelinde ani ve şamatalı bir çöküşü pek muhtemel değil, çünkü bu durumda bunun hakim sınıflar, Federal Alman tekelci burjuvazisi için siyasi ve ekonomik zararı büyük olur. Ayrıca 120000 AEG işçisinin buna karşı olan tepkisinin radikalleşmesine yol açar. Örneğin son dönemlerde toptan çıkışlara karşı sık sık bir çok AEG işletmesinde greve gidildi ve işyerleri işgal edildi.

Ne varki AEG tekelinin 100. kuruluş yıldönümünü kutlamak istediği 1983 yılının onun ölüm yılı olacağı hiçte olanak dışı değildir. Büyük bankalar, hisse senetlerinin dağılımında çoktan AEG'de en büyük payları ellerine geçirmiş durumdadırlar. Ve onlar müthiş borçları olan tekelin kesin çöküşünü sağlamak için rotayı bile belirlediler.

Bugün kulislerde bankacılar, sanayiciler ve politikacılar AEG-Telefunken'in çöküşünün frenlenmesinde kimin hangi kazanımları elde edeceği, kimin tekelin verim sağlayan bölümlerini kendi denetimine alacağı ve kimin hangi çeşit

devlet primleri ile "verimsiz bölümleri" defnetme işlerini yüklenecisi üzerine görmektedirler.

Şüphesiz ki hepsi bir nokta da hem fikirler: — Her zaman olduğu gibi — zararını ise, dağıtım konulan iflas kütlesini kendi kol gücüyle yaratan AEG personelinin, ayrıca bunun dışında ise tüm ücretlilerin ödemesi gerekmektedir. Çünkü eğer bu çapta bir büyük tekel (şun an 120 000 işçi çalıştırıyor, yıllık satış muameleleri ise son olarak yaklaşık 15 milyar Mark civarındaydı) çökerse, o zaman bu işsizliğin daha da kabarmasına yol açar.

Öte yandan bankacılar ve sanayiciler çok usta bir biçimde masrafları son Pfennig'e kadar başkalarının sırtına yıkmayı da çok iyi becermektedirler. Tabii ki onlar bunu yaparken aynı zamanda içtenlikle devlet kasasından da faydalanmaktalar. Ve sonuncusuna gelince, Bonn'daki bakanların dar gelirli insanların sırtından devlet bütçesindeki açıklığı kapatmada ne kadar yüzüstü ve kurnaz oldukları bilinmektedir.

AEG tekelinin çöküşü ile ilintili olan bu vb. perspektiflerin, arkasında yatan nedenlerin, etkilerin ve sorunların açığa çıkarılması bu yazı dizimizin konusu olacak. Bu yazıda ayrıca AEG tekelinin niçin ve nasıl bu duruma geldiği soruları üzerinde de duracağız.

ekonomik ve sosyal etkilerinin olacağını yeterince gün ışığına çıkarmaktadır. Bunun için bazı rakamlar aracılığıyla bu etkilerin hangi bölgesel ağırlık noktalarından toplandığını ele alalım.

AEG-Telefunken, şubeleri, işletmeleri ve üretim alanları ile Federal Almanya'nın tüm bölgelerinde ve Batı Berlin'de temsil edilen bir tekele. Bugün Federal Almanya'nın 70'den fazla şehir ve kasabalarında AEG işyerleri mevcuttur. Geçen yıl sonunda Batı Berlin'de AEG-Telefunken işletmelerinde henüz yuvarlak olarak 11900 işçi çalışıyordu.

Federal Almanya'nın tek tek eyaletlerine gelince, Bremen ve Saarland Eyaletleri hariç tüm diğer eyaletlerde en azından bir kaç bin işçi AEG'de çalışmaktadır. Bremen'de yaklaşık olarak 1000, Saarland'da ise 1000'in üzerinde işçi AEG'de çalışıyor. Eyaletler arasında AEG işletmelerinde ağırlıklı olarak 26 bin işçinin çalıştığı Baden-Württemberg başı çekiyor. Bunu ikinci olarak yuvarlak olarak 15000 işçinin AEG'de çalıştığı Aşağı Saksonya Eyaleti izlemektedir. Ayrıca Bavyera ve Kuzey Ren Vestfalye Eyaletlerinde de AEG işletmelerinde çalışan işçilerin sayıları 10000 in üzerindedir.

AEG'ye 300000 işyeri bağımlıdır

AEG'nin ekonomik faktör olarak önemi hiç kuşkusuz sadece tekelde çalışan işçi ve memurların sayılarından çıkmamaktadır. Yukarıda da değindiğimiz gibi tekel 1980 yılında 5 milyar Mark tutarında siparişi yuvarlak olarak 32 bin mütahitte vermişti. Böylece verilen siparişlerin toplam değeri AEG'de çalışan 120 000 işçiye ve memura ödenen ücret ve maaşların miktarının oldukça üzerinde bulunduğuna ve hatta AEG'nin tüm personel giderleri miktarının da üzerinde olduğuna göre, AEG'nin kapanması durumunda, mütahitlere açacağı zararlarda göz önünde bulundurulursa, böylece AEG'de mevcut olan işyerlerinin en azından iki katının az veya çok etkileeneceğinden hareket edilmesi gerekmektedir. Tahminlere göre tekelin dışında ek olarak

AEG ile doğrudan 150000 işyerinin ilişkisi vardır. Bundan da şu sonuç çıkarılmalı: AEG tekelinin iflası durumunda toplam olarak 300 bine yakın işyeri etkilenmektedir ki, Batı Berlin'de dahil bunların en az dörtte üçü ülke içinde bulunmaktadır.

Mütahitlerin bölgesel dağılımına gelince, bu konuda Kuzey Ren Vestfalye Eyaleti dev sanayii bölgesi olmasından ötürü bu durumda AEG'den en ağır etkilenmektedir. Bu eyalette 1980 yılında tam olarak 3485 firma, toplam maddi hacmi bir milyar Mark'tan fazla olan AEG siparişlerini aldılar. Baden-Württemberg'te onun pek gerisinde kalmamaktadır. Burada da 3121 firma AEG'den 905 milyon Mark'ı tutan sipariş aldı. Bunları üçüncü sırada 2102 firmaya dağılan 731 milyon Mark sipariş hacmi ile Bavyera Eyaleti izlemektedir. Aynı şekilde Hessen'de de bir çok işletme kısmen ya da tamamen AEG siparişlerinden yaşamaktadır.

Örneğin burada 1980'de 1462 firma 520 milyon Mark değerinde siparişi yerine getirdi. AEG'ye mal veren firmalar arasında on binlerce küçük ve orta dereceli işletmelerin yanı sıra aynı şekilde büyük firmalar ve tekelde yer almaktadır. Bunlar arasında Siemens, Bosch, Krupp veya Farberwerke Höchst gibi AEG'nin rakipleri de bulunmaktadır. Bu tekelere verilen siparişlerin kapsamına göre, AEG'nin çöküşü durumunda bunlarda satış muamelelerinde zarara yol açabilir. Ayrıca AEG'nin kapanması durumunda çok tesirli bir biçimde on binlerce küçük ve orta dereceli firmalar da etkilenir.

Buna ilişkin olarak "Stern" dergisi bir makalede iki somut örnek veriyor. Sorunun daha iyi anlaşılmasını sağlamak için bu iki örneği burada ele alalım: Örneğin Hann-Münden'deki Warona işletmesi 35 işçi çalıştırmakta. Warona işletmesi, AEG'nin gelişmesine veya çok-



AEG'nin iflasından etkilenen AEG ve ona bağlı şubelerin işçileri mücadele silahına sarıldılar.

mesine yakından bağlıdır. Çünkü onun varlığı tamamen AEG buzdolapları için ürettiği döküm parçalarına dayanmaktadır.

Bundan oldukça büyük olan bir işletme ise, 200 işçinin çalıştığı Bavyera'nın Hilpoltstein şehrinde bulunan Horst Kegler GmbH'dir. Bu işletme yakın geçmişte büyük müşterisi olan AEG'nin durumuna güvenerek orta dereceli firmalar için bir meblağ anlamına gelen 2 milyonlu yatırım yaptı. Bu firma, AEG için çeşitli parçaları üretmektedir. Şimdi siparişler iptal edilecek olursa bu, işletme AEG tekelinin durumu hakkında duydukları haberlerden ötürü

yöneticisinin açıklamasına göre, firma için bir felaket anlamını taşımaktadır.

AEG tekeline mal satan 32000 firmadan 21 bini yıllık alışveriş hacimleri 10000 Mark'ın altında bulunan küçük firmalardır. Bu firmalar şimdi endişelenmektedirler. İflas yoluyla değil de, uzlaşma metodu üzerinden bile adım adım AEG tekelinin çöküşü sağlanmış olsa dahi, (ki, bu muhtemel bir şeydir) bu bile küçük işletmelerden bir çoğunu iflasın eşiğine sürükleyecektir. Bunun için rota şimdiden belirlenmiş durumdadır.

Yazının devamını gelecek sayıda yayınlayacağız.

AEG tekelinin kuruluşu ve elektrik sanayiinin tekelleşmesi

1883 yılında, yani genç birleşik Alman milli devletinin kuruluşunun ardından bir çok büyük fabrika ve tekelin oluştuğu bu dönemde Amerikan Edison tekelinin girişimi üzerine Alman Edison şirketi kuruldu. Böylece gelecekteki AEG tekelinin kuruluşu yönünde ilk adım atılmıştı. Alman Edison şirketi, 1879 yılında Edison tarafından bulunan ampulün üretimini sağlaması gerekiyordu.

Daha 1887 yılında Alman Edison şirketi o dönemdeki şubesi Städtische Elektrizitätswerke ile birlikte iflasın eşiğinde bulunuyordu. Ne varki Alman Edison şirketinin arkasında bulunan banka konsorsiyumu iflası önledi ve daha sonra ise sermayenin artırılması kararlaştırıldı. Ardından o ana kadar Fransız Edison Anonim şirketine olan bağımlılık çözüldü ve tekelin ismi Genel Elektrik Santralleri Şirketi (AEG) olarak değiştirildi.

AEG elektrik tekniğinin gelişmesinde önemli bir rol oynuyordu. O, şimdiki değin ana yapısında hiç bir değişiklik yapılmayan üç fazlı cırcıran motorunu ilk olarak geliştirdi.

Elektrik fabrikası tekniğine öncü rolü oynadı. Ayrıca 1945 yılından sonra da önemli teknik yenilikler de AEG'nin ismi ile birleşmektedir. AEG 1958 yılında Kahl am Main'de kurulan su reaktörü ile çalışan ilk Alman deneme elektrik fabrikasını yaptı. 1963 yılında ise Telefunken, Pal renkli televizyon sistemini geliştirdi.

AEG'nin her zaman rakibi olan Siemens tekel ile ilişkisi ta başından beri büyük rol oynuyordu. Siemens ile anlaşma ve ortaklaşa çalışma temelinde AEG, Almanya'nın elektrikleştirilmesinde belirli bir rol oynuyordu. 19. yüzyıl başlarında AEG, geçici olarak daha sonra başarısız olan bir adım atmıştı: O, Siemens'i geride bırakarak en büyük Alman tekelci derecesine yükselmişti. 20. yüzyılın başında ise AEG ile Siemens'in güçlü bir şekilde birbiriyle kaynaşmasının olduğu zaman arasında uzun bir dönem vardır.

Lenin "Emperyalizm, kapitalizmin en yüksek aşaması" adlı eserinde, tekelleşme ve giderek artan merkezileşme ile belirginleşmiş olan elektrik

sanayiinin gelişimini başından itibaren ele almaktadır. 1900'den önce Almanya'da elektrik sanayiisi dalında her birinin bir çok şirketten oluştuğu yedi ya da sekiz grup vardı. Bu grupların her birinin arkasında on bire yakın banka bulunuyordu. Lenin'in değindiği gibi 1908 ile 1912 yılları arasında bu grupların tümü iki grupta (eğer AEG'nin ve Siemens'in o dönemdeki birbiriyle kaynaşmasını göz önünde tutarsak, tek bir grupta) birleştiler. Buna bağlı olarak Lenin, "ünlü AEG'nin de (...) bu şekilde oluştuğuna" değinmektedir.

Lenin, ayrıca Avrupa'da sanayiide meydana gelen merkezileşmenin aynı şekilde Amerika'daki merkezileşme sürecinin bir parçası olduğunu ortaya koymaktadır. Burada da Edison tekelinin Thomson Houston Company ile birleşmesinin sonucunda General Elektrik Company (GEC) (bu hiç bir şekilde yakın zamanda iflasın eşiğinde bulunan AEG'nin verim sağlayan teknik bölümünü devralmak istediğini açıklayan İngiliz GEC şirketi ile karıştırılmamalıdır!) kuruldu. Öte yandan

AEG de, Thomson Houston Company tarafından Almanya'da Avrupa için kurulan Union Elektrizitäts Gesellschaft ile birleşti. İşte, Lenin "bu şekilde iki elektrik tröstünün oluştuğu" belirtiyor.

Bu iki tröst 1907 yılında dünya pazarlarının paylaşılması üzerine bir anlaşma yaptılar. GEC, Amerika Birleşik Devletlerini ve Kanada'yı "alırken", AEG'nin "payına" ise Almanya, Avusturya, Rusya, Hollanda, Danimarka, İsviçre, Türkiye ve Balkanlar düştü. Lenin, bu gelişmeyi esas hatları ile ele alarak şunları açıklıyor:

"Milyarlarca Mark sermayeye sahip olan ve 'şubeleri', temsilcilikleri, acentaları, ilişkileri vs. dünyanın her köşe bucagında bulunan, gerçekte birleşik ve tüm dünyayı kapsayan bu tröste karşı rekabetin ne kadar zor olduğu kolayca anlaşılabilir. Ancak dünyanın iki güçlü tröstün arasında paylaşılmış olması, hiç kuşkusuz güç dengesinin eşitsizleşme, savaşlar, iflaslar vs. sonucunda değişmesi yeniden bir paylaşmayı olanak dışı bırakmaz."

Filistin ve Lübnan halkıyla dayanışmamızı güçlendirelim!

Lübnan'daki siyonist soy kırma son!

Yaklaşık olarak 2 ayı aşkın bir süredir İsrail siyonistleri Lübnan', Filistin halkına ve onun mücadelesinin önderi Filistin Kurtuluş Örgütü'ne (PLO) karşı azgınca saldırılarını sürdürmektedirler. İsrail siyonistlerinin bu savaşı başlatmalarındaki amacı, "PLO'yu yok etmek", "Filistin sorununu kesin çözüme ulaştırmak" ve "Lübnan'da yeni bir düzen oluşturmaktır!" İşte bu amcına ulaşmak için siyonistler ABD ve Batı Alman emperyalistlerinin maddi ve siyasi yardım ve destekleri ile Lübnan'ı yakıp yıkmakta, Filistin ve Lübnan halkını hunharca katletmektedirler.

6 Haziran'da Lübnan'a havadan, karadan ve denizden bombalı saldırıya geçen İsrail orduları o günden beri vahşi saldırılarını olanca hızla sürdürmektedirler. Artık bu koyu saldırı başladığından beri yakılmamış, bombalanmamış köyler, şehirler ve özellikle de Filistin halkının yaşadığı kamplar kalmadı. Bir taraftan en azgın saldırılarını sürdüren İsrail orduları, öte yandan da yaralıların her türlü tıbbi bakımını, sivil halkın en temel ihtiyaçlarının karşılanmasını önlemekte, dışarıdan Batı Beyrut'a yiyecek ve ilaç yardımlarının ulaşmasını bloke emekteler.

İsrail orduları yakıp yağmaladıkları köy ve şehirlerde eli silah tutacak herkesi esir almakta, İsrail'in çeşitli bölgelerinde kurulan toplama kamplarına doldurulmaktadır. Bu kamplarda tutsaklara en ağır ve insanlık dışı işkenceler yapılmakta ve estirilen bu koyu terör sonucunda onlarca hayatını yitirmektedir. Sayıları 10000 civarında tahmin edilen Lübnanlı ve Filistinli tutsaklara İsrail Hükümeti savaş tutsakları statükosunu tanımayı reddet-

izlediği doğru dış politikanın bir ürünü olarak Sovyetler Birliği delegasyonu 1947 yılında Birleşmiş Milletler'in oturumunda "Filistinliler ve Yahudiler için ortak demokratik bir devletin kurulması" önerisinde bulunmuştu. Ancak bu öneri, İngiliz ve ABD emperyalistlerinin entrikalarının ve kışkırtmalarının sonucu olarak gerçekleştirilmedi. Bunun içindir ki Stalin'in Sovyetler Birliği İsrail devletinin kuruluşunu desteklemedi ve İsrail ile olan her türlü diplomatik ilişkisini kesti.

İşte daha başından bile ırkçı bir temelde kurulan İsrail devleti Filistinlilerin üzerinde sistemli bir soykırım politikası izledi ve izlemektedir. Bunun içindir ki, Filistinliler bu tarihten beri kendi kaderlerini tayin etme hakkı, özgür, bağımsız ve demokratik bir Filistin için savaşmaktadırlar.

Filistinlilerin bağımsızlık ve özgürlük istemini bastırmak ve "Filistin sorununu kesin olarak çözmek" için İsrail daha öncede 1973'te Lübnan'a saldırmıştı. O, bu saldırılarını 1978 yılında Lübnan'ın Güneyini işgal etmekle sürdürdü. Gene aynı

ordusu bununla yetinmeyip, aynı zamanda suyu ve cereyanı keserek yiyecek ve ilaç yardımlarının ulaşmasını bloke ederek Filistin ve Lübnan halkını teslim almaya çalışıyor.

Lübnan'a saldırının İsrail olduğu ve bugün apaçık bir şekilde en vahşi metodlarla halk katliamına giriştiği halde Batı Almanya ve ABD, İsrail'e karşı boykot önlemlerinin alınmasını, onun saldırılarını mahkum edilmesini önlemeye çalışmaktalar. Falkland (Malvin) savaşında AET'nin Arjantin'e karşı boykot önlemlerinin alınmasını sağlayan Batı Alman Hükümeti şimdi ise onun İsrail'e karşı boykot önlemleri almasını önüyor. Çünkü bugün ABD'nin maddi, askeri ve siyasi desteğinin yanında İsrail'i ayakta tutan, onu maddi ve siyasi olarak destekleyen güçlerden biri de Batı Alman emperyalizmidir. Daha son olarak Batı Almanya bu yıl içinde 200 milyon Mark yardım İsrail'e verdi. Nitekim bugün ABD'nin yanı sıra, Batı Almanya'nın da Yakın Doğu'da AET ve NATO'nun daha iyi denetiminin sağlanması için "Lübnan"ı karşı girişilen "temizleme hareketinden" bir çıkarı vardır.

Öte yandan Birleşmiş Milletler Güvenlik Kurulu'nda İsrail'e karşı boykot önlemlerinin alınmasını engelleyen, dünya kamuoyu nezdinde İsrail'e silah ve maddi yardımlarını durdurmayı reddeden ve İsrail'in Lübnan'a karşı saldırısını hazırlayan, onu kayıtsız şartsız destekleyen Reagan Hükümeti son günler içinde birden bire sahte bir şekilde İsrail'in saldırısına karşı "eleştirici bir tutum takınmaya" girişti. Ancak Reagan ve Hükümeti hangi sahte açıklamalara, göz boyacılığına başvurursa vursunlar, şurası bilinen bir gerçektir ki, bugün İsrail'i ayakta tutan, onun savaşı sürdürmesini sağlayan ABD'nin maddi, askeri ve siyasi desteğidir. ABD Hükümeti sadece 1982'nin ilk yarısında İsrail'e kayıtsız şartsız olarak yaklaşık 2 milyar Dolar civarında silah yardımı buldu. Kısacası, ABD emperyalizminin silahları olmaksızın, İsrail bir gün dahi bu savaşı sürdüremez. Bugün anlamda da Reagan'ın İsrail'e karşı savurduğu "tehditler", bir manevradan başka bir şey değildir.

İsrail, Batı Beyrut'a saldırılarını aralıksız olarak sürdürmesine karşın, askeri zaferini henüz sağlayamamıştır. Begin siyonistlerinin Batı Beyrut'a vahşice saldırılarına karşı Filistin ve Lübnan halkı en zor şartlar altında direnişlerini sürdürüyorlar. Öte yandan Filistin halkının haklı davası her tarafta destek görüyor. Gerek İsrail'de gerekse dünyanın tüm diğer ülkelerinde İsrail'in, Lübnan'a saldırısına karşı protestolar yükseliyor, dayanışma hareketi giderek güçleniyor. Partimiz KPD'de gücü ve imkânları dahilinde Batı Almanya ve Batı Berlin'de gelişen dayanışma hareketi içinde yer almakta, Filistin halkının mücadelesini desteklemektedir.

İsrail'in saldırılarına karşı protestolarımızı yükseltelim, Filistin ve Lübnan halkıyla dayanışmamızı güçlendirelim.

İsrail derhal Lübnan'dan çekilmeli!

Batı Almanya, İsrail'e her türlü yardımını durdurmalıdır!

FKÖ, Filistin halkının tek yasal temsilcisi olarak tanınmalıdır!

(„Schluss mit dem Völkermord in Libanon!“)

5. Uluslararası Gençlik Kampı sona erdi



Temmuz ayının ikinci yarısında Kanada'da 5. Uluslararası Gençlik Kampı yapıldı. Kampa, çeşitli ülkelerden delegasyonların yanı sıra partimiz KPD'nin Gençlik Birliği, Kommunistische Jugend Deutschlands'ın (KJD) (Almanya Komünist Gençliği) ve Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti Gençlik Birliği'nin de birer delegasyonu katıldı. Olumlu hava şartlarında yapılan kampa bir çok siyasi tartışmalar ve faaliyetler düzenlendi. Kampın bitiminde gelecek yıl 6. Uluslararası Gençlik Kampı'nın Danimarka'da düzenlenmesi kararlaştırıldı. („In Kanada fand 5. Internationale Jugendlager statt“)

DDR'deki Komünist Muhalefetle dayanışma eylemleri düzenlendi

1981 yılının Mart ayında tutuklanan KPD Doğu Almanya Seksiyonu'nun üye ve sempatizanları uzun bir tutukluluk süresinin ardından haziran ayı ortasında yapılan duruşmalardan sonra ağır hapis cezalarına çarptırıldılar. Honecker rejimi, Doğu Almanya'daki komünist muhalefetin sesini susturabilmek için tesviyece Manfred Wilhelm'e 8 yıl ve diğer üç ayrı davada ise sırayla 3 yıl 10 ay, 4 yıl on ay ve 6 yıllık hapis cezaları verdi. Bu duruşmalarda tutuklulara en küçük bir savunma hakkı dahi tanınmadığı gibi, aynı şekilde bunlar kapalı kapılar ardında yapıldı. Kendisine "İşçi-Köylü devleti" adını veren bir ülkede de komünistlerin tutuklandığını gizlemek için yoğun bir çaba sarf eden Honecker rejimi, komünist muhalefetin duruşmalarına ailelerinin gelmesini bile yasakladı.

Tamamen göstermelik olarak yapılan bu duruşmalarda hakimler önceden hazırlanmış kararları okumakla yetindiler. Siyasi tutuklular ta ki mahkeme önüne çıkarıldıklarında ne ile suçlandıklarını öğrenebildiler. Tutukluluk süresi zarfında avukatları ve aileleri ile de görüştürülmediler.

Sosyal faşist Honecker rejiminin komünist muhalefetçiler üzerine koyduğu suskunluk çemberini kırmak, tutuklularla dayanışmayı güçlendirmek ve onların sesini her tarafta duyurmak için geçen yıl Batı Almanya ve Batı Berlin çapında kurulan "DDR'deki Tutuklu Komünist Muhalefetle Dayanışma Komitesi" ve KPD tarafından çeşitli eylemler düzenlendi. Bu doğrultuda Dayanışma Komitesi geçen yıl Doğu Berlin'in Alexanderplatz semtinde ilgi çekici bir eylem yaptı. Daha sonra ise Batı Berlin'de Doğu Berlin giriş kapılarının birinin önünde açlık grevine gitti.

DDR'de tutuklu komünist muhalefetle dayanışmayı güçlendirmek için temmuz ayında da eylemlere devam edildi. 5 Temmuz'da KPD'nin üye ve taraftarları, Doğu Almanya'nın Bonn'daki temsilciliğinin önünde kendilerini zincirleyerek Honecker rejiminin komünist muhalefete verdiği cezaları protesto etti ve Andreas Bortfeldt için halka açık duruşmanın yapılması talebinde bulundu. Yaklaşık 20 dakika süren bu eylemden sonra KPD üye ve taraftarları polis tarafından göz altına alındı ve daha sonra ise serbest bırakıldılar. Uluslararası alanda da DDR'deki tutuklu komünistlerle dayanışma eylemi geniş boyutlar kazandı. Çeşitli ülkelerden düzenlenen protesto

eylemlerine, DDR makamlarına gönderilen protesto mektuplarına, toplanan protesto imzalarına ve Uluslararası Af Örgütü'nün de Andreas Bortfeldt'i ve Manfred Wilhelm'i siyasi tutuklular olarak tanıdığını bildirmesine karşın Honecker rejimi bugüne değin bir kelime ile dahi komünist muhalefetin tutuklanmasından ve yargılanmasından bahsetmiş değildir. O, şu ana kadar komünist muhalefetin tutuklanmasını protesto eden imza listelerini almayı reddettiği gibi aynı şekilde komünist muhalefetin tutukluluğu hakkındaki suskunluğunu da sürdürmektedir.

DDR'deki tutuklu komünist muhalefetle dayanışma eylemleri Batı Almanya'da ve Batı Berlin'de temmuz ortasında yeni bir itilim kazandı. 16 Temmuz'da "DDR'deki Tutuklu Komünist Muhalefetle Dayanışma Komitesi"nin üyeleri, Batı Berlin'de DDR ziyaretçileri makamının bulunduğu büronun üzerine çıkarak bir pankart açtı ve DDR'de komünist muhalefete verilen uzun süreli hapis cezalarını protesto ettiler. Aynı anda sokakta eylemin içeriği ve amacı hakkında bildiri dağıtıldı.

17.7 tarihinde de KPD Doğu Almanya'daki tutuklu komünist muhalefetle dayanışmanın yeni bir örneğini sundu. O, 17 Temmuz Cumartesi günü DDR'e ve Batı Berlin'e giden otobanları, sınır kapıları olan Lauenburg'ta, Helmstedt'te ve Herleshausen'de bloke etti. Yaklaşık olarak 20 ile 45 dakika arasında süren bu eylemlere top-

lam olarak 100'ü aşkın yoldaş katıldı. Bu eylemler basında büyük yankı buldu. DDR'e giriş sınır kapılarında yapılan bu eylemlere çeşitli gazetelerde, radyoda ve televizyon haberlerinde de yer verildi. Otoban işgal eylemi özellikle de kamuoyunun ilgisini çekti, eylemi yerinde canlı olarak yaşayan bir çok insan bir taraftan Doğu Almanya'da da komünistlerin tutuklandığına ve Honecker rejimi tarafından kapalı kapılar ardında yapılan duruşmalarla mahkum edilmelerine şaşırıken, öte yandan da ilk olarak DDR'de sosyalizm maskeli sosyal faşist rejimi sadece lafta eleştirenlerin değil, aynı zamanda siyasi görüşlerini yayanların, bu doğrultuda örgütlenmelerin olduklarını öğrendiler.

Ayrıca bu eylemlerde, DDR'deki tutuklu komünist muhalefet için kamuoyuna açık duruşmaların yapılması talebi de eylemi yerinde izleyenlerin desteğini gördü.

DDR hakim sınıflarının yüreklerine korku salan bu eylem, bir taraftan çalışan halk arasında Doğu Almanya'daki sistemin gerçek yüzünün kavranmasına hizmet ederken, öte yandan ise DDR hakim sınıflarının suskunluk çemberinin kırılmasına hizmet etmektedir.

DDR'deki tutuklu komünist muhalefetle dayanışma eylemlerimizi sürekli kılalım, onlarla dayanışmaya girelim, protestolarımızı yükseltelim! DDR'deki tutuklu komünist muhalefete özgürlük!

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“
.....sayısından itibaren
ismarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halkları birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellingshofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.



mekte. Ancak uluslararası alanda yükseltilemeyen yoğun protestoların sonucunda bu kamplara Kızıl Haç'tan bir delegasyonun girmesine, tutsaklarla görüşmesine izin verildi.

Siyonistlerin Lübnan'a ve Filistin halkına karşı giriştikleri bu saldırı ne ilkidir ne de sonuncusu. Daha İsrail devletinin kuruluşu bile Filistin halkının özgürlük ve bağımsızlık istemini ayaklar altına alınması, Filistinlilerin vatanlarından en vahşi bir şekilde zorla kovulmasına dayanmaktadır. Ta o zamandan beri İsrail siyonistleri ırkçı ve terörist bir politika izlemekte ve yayılmacı savaşları sürdürmektedir. İsrail devletinin kuruluşu başta ABD olmak üzere batılı emperyalistlerin politikasının bir ürünüdür. Ve İsrail'in ilanından bugüne dek ABD'nin yakın Doğu'daki bir kale si durumundadır. O günden beri ABD emperyalistleri bu kalelerini askeri, siyasi ve maddi olarak beslemektedir. Zaten İsrail devletinin kuruluşuna bile emperyalistlerin entrikalarının sonucunda varıldı. Çünkü daha o dönemde bile Stalin yoldaşın

şekilde 1981 yılında da Lübnan'ın Güney Bölgeleri bombalanmıştı. Ancak İsrail siyonistlerinin bulundukları bu son saldırı şimdiye değin Lübnan'a ve Filistinlilere karşı düzenlenen saldırıların en vahşi olanıdır. İsrail ordularının başlattıkları bu saldırıda şimdiye değin 25000 Filistinli ve Lübnanlı hayatını yitirdi, onbinlerce insan ağır bir şekilde yaralandı. İsrail orduları ABD ve Batı Alman emperyalistlerinin bomba ve silahları ile Lübnan'ın köy ve şehirlerini yakıp yıkarak başkent Beyrut'a kadar ilerledi ve Beyrut'u abluka altına aldılar.

Şimdiye değin 8 kez ateşkes anlaşması yapılmasına rağmen, İsrail saldırgan ordusu her seferinde sahte bir şekilde Filistinlilerin ateşkes anlaşmasına "uyumadıklarını" ileri sürerek ABD'den aldıkları bombalarla Batı Beyrut'a saldırdılar. İsrail ordusu Batı Beyrut'u kuşatmak için son günlerde saldırılarını daha da yoğunlaştırdı. Filistin kamplarının bulunduğu ve 500000'den fazla Lübnan'lının oturduğu Batı Beyrut'u aralıksız olarak bombalayan İsrail